

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Dienstag, 7. Juni 2022 · Nr. 130 · 243. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 5.10



CHRISTOPHE ENA / AP

Rafael Nadal siegt wider den Schmerz

Der erfolgreichste aller Tennisspieler war er schon. Nun hat Rafael Nadal einen weiteren Grosserfolg errungen. Am Sonntag gewann der 36-jährige Spanier zum 14. Mal das French Open. Es ist sein 22. Triumph an einem der vier Majors. Obwohl Nadal von einer chronischen Fussverletzung geplagt wird, will er weitermachen. Doch möglich ist auch, dass der Final gegen Casper Ruud sein letzter Match als Profi gewesen ist. *Sport, Seite 14*

Lawrow muss Besuch in Serbien absagen

Der russische Aussenminister kann wegen der Luftraumsperre nicht nach Belgrad fliegen

VOLKER PABST, ISTANBUL

Mangelndes Selbstbewusstsein war nie ein Problem der russischen Diplomatie. Dass die eigenen Fähigkeiten nicht grenzenlos sind, weiss man aber auch in Moskau, wie ein Bericht der Nachrichtenagentur Interfax vom Sonntagabend zeigt. Ein ungenannter russischer Diplomat sagte dort, dass sein Amt zur Teleportation noch nicht in der Lage sei.

Als Teleportation wird die augenblickliche Versetzung eines Objekts von einem Ort zum anderen bezeichnet, ohne dass der Raum dazwischen durchquert wird. Freunden des Science-Fiction-Klassikers «Star Trek» dürfte auch der Begriff «beamten» vertraut sein.

Moskau reagiert empört

Hintergrund der kuriosen Äusserung ist der geplatzte Besuch Sergei Lawrows in Serbien. Der russische Aussenminister hätte am Montag für zwei Tage nach Belgrad reisen sollen, um sich dort mit Präsident Aleksandar Vucic, dem serbisch-orthodoxen Patriarchen Porfirije und Milorad Dodik, dem mächtigsten serbischen Politiker in Bosnien-Herzegowina, zu treffen. Serbien pflegt auch nach Russlands Überfall auf die Ukraine freundschaftliche Beziehungen zu Moskau.

Am Sonntagabend wurde jedoch bekannt, dass Serbiens Nachbarländer Lawrows Regierungsmaschine keine Überflugerlaubnis erteilen. Explizit genannt wurden Bulgarien, Nordmazedonien und Montenegro. Aber auch Rumänien und Kroatien dürften den Überflug verweigert haben. Damit wäre Lawrows Reise ins Binnenland Serbien tatsäch-

lich nur noch mittels Teleportation möglich – oder mit einer kommerziellen Flugverbindung. Am Montag bestätigte Präsident Vucic nach einem Treffen mit dem russischen Botschafter in Belgrad, dass der Besuch nicht stattfinden werde.

Lawrow reagierte empört auf die Verteilung seiner Reisepläne. Dieser «unvorstellbare Vorfall» zeige, wie weit EU und Nato bereit seien zu gehen, um Serbiens Partnerschaft mit Russland zu verhindern, sagte der russische Aussenminister am Montag. Er hoffe, seinen serbischen Amtskollegen Nikola Selakovic bald in Moskau empfangen zu können. Für Serbien bietet die Affäre jedoch einen eleganten Ausweg aus einer peinlichen Situation. Denn Lawrows Reisepläne kamen Belgrad sichtlich ungelegen, wie die bestenfalls lauwarmen Äusserungen im Vorfeld zeigten. Die serbische Regierung steht unter westlichem Druck, sich den europäischen Sanktionen gegen Russland anzuschliessen. Der Besuch des russischen Aussenministers hätte unweigerlich zu weiterer Kritik am serbischen Wankelkurs im Ukraine-Krieg geführt.

Krieg in der Ukraine

Donbass: Die ukrainische Armee bleibt trotz Verlusten handlungsfähig. Seite 3

Leitartikel: Der Druck der EU auf Serbien muss steigen. Seite 17

Zensur: Wie eine russische Journalistin gegen Putins Lügen kämpft. Seite 29

Dies gilt umso mehr, als Vucic erst vergangene Woche nach einem Telefongespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin verkündet hatte, dass man sich auf einen neuen Gasliefervertrag zu Vorzugskonditionen geeinigt habe. Zudem wird diese Woche auch Olaf Scholz in Belgrad erwartet. Der deutsche Kanzler dürfte die Sanktionsfrage erneut ansprechen. Es gab sogar Sorgen, Scholz könnte seine Reise absagen, wenn kurz vor ihm Lawrow in Belgrad empfangen würde. Die regierungsnahe Boulevardzeitung «Blic» titelte am Montag «Die Luftblockade ist Serbiens Rettung».

Serbien betont im Ukraine-Krieg zwar gerne seine Sonderrolle als neutraler Staat, der auch als Gastgeber für Verhandlungen zur Verfügung stehe. Doch in Realität verfügt Belgrad weder über das Gewicht noch über die Glaubwürdigkeit, um eine gestaltende Rolle einzunehmen. Das Gezerre um Lawrows Reise ist der beste Beweis dafür.

Serbien betont im Ukraine-Krieg zwar gerne seine Sonderrolle als neutraler Staat, der auch als Gastgeber für Verhandlungen zur Verfügung stehe. Doch in Realität verfügt Belgrad weder über das Gewicht noch über die Glaubwürdigkeit, um eine gestaltende Rolle einzunehmen. Das Gezerre um Lawrows Reise ist der beste Beweis dafür.

Serbien betont im Ukraine-Krieg zwar gerne seine Sonderrolle als neutraler Staat, der auch als Gastgeber für Verhandlungen zur Verfügung stehe. Doch in Realität verfügt Belgrad weder über das Gewicht noch über die Glaubwürdigkeit, um eine gestaltende Rolle einzunehmen. Das Gezerre um Lawrows Reise ist der beste Beweis dafür.

Gespräche in der Türkei

Grössere Hoffnungen sind mit Lawrows Besuch in der Türkei verbunden, wo der russische Aussenminister am Mittwoch erwartet wird. Ankara verhandelt seit einiger Zeit mit Moskau und Kiew über die Schaffung eines Korridors unter internationaler Aufsicht, um ukrainisches Getreide über den Hafen von Odessa auf die Weltmärkte zu bringen.

Laut dem Berater des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, Ibrahim Kalin, wird Lawrow mit einem Expertenteam in die Türkei reisen, um das Vorhaben zu besprechen. Die Ukraine hat den Plan aus Sorge um den militärischen Schutz Odessas allerdings noch nicht gutgeheissen.

Johnson übersteht Misstrauensvotum

Tory-Rebellion gegen den Premierminister scheitert

Wegen des fraktionsinternen Unmuts über seine Amtsführung hat sich Boris Johnson einem Misstrauensvotum stellen müssen. Der Premierminister ging als Sieger vom Platz. Und doch hat seine Autorität erheblich Schaden genommen.

NIKLAUS NUSPLIGER, LONDON

Nach Monaten der Kritik und der Spekulationen rund um die Partygate-Affäre ist es am Montag in Westminster zum Showdown gekommen. Boris Johnson musste ein parteiinternes Misstrauensvotum über sich ergehen lassen, nachdem ihm mindestens 54 Mitglieder der konservativen Parlamentsfraktion die Unterstützung entzogen hatten. Am Ende eines aufreibenden Tages blieb Johnson aber siegreich: Graham Brady, der Vorsitzende des mächtigen 1922-Ausschusses von Hinterbänklern, verlas am späten Abend das Resultat der geheimen Abstimmung und erklärte, 211 der insgesamt 359 konservativen Fraktionsmitglieder hätten sich hinter den Premierminister gestellt.

Damit konnte Johnson mehr als 180 Parteikollegen im Unterhaus hinter sich scharen, was ihn zum Verbleib an der Partei- und Regierungsspitze ermächtigt. Hätte er das Vertrauen der Hälfte der Fraktion verloren, hätte die Partei in den kommenden Wochen eine Ausrufung um Johnsons Nachfolge an der Partei- und damit indirekt an der Regierungsspitze organisieren müssen.

Nun aber hofft der Premierminister, dass er einen Schlussstrich unter die Party-Affäre und die medialen Spekulationen über seine Zukunft ziehen kann. In einer Ansprache vor der Fraktion hatte er am Nachmittag vor einem internen Bruderkrieg gewarnt, an sein Image als Siegertyp appelliert und versprochen, die Partei zu einem neuerlichen Wahlsieg zu führen.

Unkoordinierter Aufstand

Rund 160 Tory-Abgeordnete haben einen Posten im Kabinett oder in der erweiterten Regierung inne und hatten daher auch ein Eigeninteresse, Johnson die Stange zu halten. Vor diesem Hintergrund ist es für Johnson ein schlechtes Omen, dass 148 Hinterbänkler das Misstrauensvotum unterstützten – deutlich mehr als ein Drittel der Fraktion.

Seine Alliierten hatten am Montag eine Kampagne lanciert, um ihren Chef zu retten. Sie argumentierten, der Premierminister habe in den grossen Fragen wie dem Brexit, dem Covid-Impfprogramm oder dem Krieg in der Ukraine Führungsstärke bewiesen.

Demgegenüber mutete das Vorgehen der Rebellen wenig koordiniert an. Die Briefe an Brady gingen nicht in einer durchorganisierten Aktion, sondern tröpfchenweise ein. Schliesslich blieb auch unklar, welche potenziellen Nachfolger Johnson beerben könnten – womit die Aktion wie ein Sprung ins Ungewisse wirkte. Einzig der frühere Aussen-

und Gesundheitsminister Jeremy Hunt wagte sich am Montag aus der Deckung. Er wurde von der Kulturministerin und Johnson-Loyalistin Nadine Dorries umgehend frontal attackiert und für Verfehlungen in der Pandemieprävention verantwortlich gemacht.

Kritik wird kaum verstummen

Angesichts der hohen Zahl von Rebellen ist es unwahrscheinlich, dass die Kritik am Premierminister nun dauerhaft verstummt. Etliche Abgeordnete realisierten in den letzten Tagen im Gespräch mit Wählern, dass die Party-Affäre an Johnson kleben bleibt und seine Integrität nachhaltig beschädigt hat. Wegen seiner Teilnahme an einer der Feiern an seinem Regierungssitz während eines strikten Corona-Lockdowns hatte die Polizei gegen den Premierminister eine Geldstrafe verhängt.

Ein administrativer Untersuchungsbericht warf ihm und seiner Entourage schwere Verfehlungen bei der Einhaltung von Corona-Regeln vor, und ein parlamentarischer Ausschuss untersucht weiterhin, ob Johnson das Unterhaus in diesem Zusammenhang angelogen hat. Johnsons Popularität hat stark gelitten. Die Tories liegen in den Umfragen nach wie vor hinter Labour zurück, weshalb sie bei der nächsten Unterhauswahl ihre Mehrheit zu verlieren drohen.

Die Stimmungslage unter den Rebellen auf den Punkt brachte der langjährige Johnson-Vertraute Jesse Norman, der dem Premierminister am Montag das Vertrauen entzog. In einem vernichtenden Schreiben geisselte er nicht nur den Mangel an ethischen Standards, sondern formulierte auch inhaltliche Kritik. Er warf Johnson in der Flüchtlingspolitik oder beim geplanten Bruch des Nordirland-Protokolls eine Abkehr von konservativen Werten vor. Zudem erklärte er, die Regierung Johnson setze immer wieder auf pompöse Ankündigungen, deren Umsetzung nicht seriös geplant werde, und lasse einen langfristigen strategischen Kompass vermissen.

Gemäss den geltenden Parteiregeln kann innerhalb von zwölf Monaten bloss einmal ein Misstrauensvotum gegen einen Partei- und Regierungschef angesetzt werden. Doch hindert die Tory-Hinterbänkler wenig daran, die Regeln bei Bedarf zu ändern. Bei zwei wichtigen Nachwahlen Ende Juni drohen Sitzverluste zugunsten von Labour im Norden Englands sowie der Liberaldemokraten im Süden. Ein doppeltes Fiasko dürfte die Unzufriedenheit in den Reihen der Tories zusätzlich erhöhen.

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass die Autorität eines Premierministers oft auch nach einer abgewendeten Rebellion infrage gestellt bleibt. Theresa May gewann Ende 2018 ein Misstrauensvotum mit einer Mehrheit von 83 Stimmen und damit deutlicher als Johnson, musste dann aber im Mai 2019 zurücktreten. John Major setzte sich 1995 intern durch, nur um 1997 die Unterhauswahl klar zu verlieren. Margaret Thatcher konnte 1989 eine Rebellion abwenden, wurde aber 1990 nach einer zweiten Abstimmung zum Rücktritt gezwungen.

Frankreichs Bildungsminister spaltet das Land

Die Rechte reagiert auf die Ernennung des Historikers Pap Ndiaye empört

JUDITH KORMANN

Pap Ndiaye hat noch kaum Erfahrung in der Politik. Doch welche raue Töne dort herrschen, hat der 56-jährige Historiker bereits zu spüren bekommen. Kein anderes Mitglied von Frankreichs neuer Regierung war in den vergangenen Tagen so heftigen Anfeindungen ausgesetzt wie er. Dass der Sohn einer Französin und eines Senegalesen und Spezialist für amerikanische Sozialgeschichte und Minderheiten vor zwei Wochen zum Bildungsminister ernannt wurde, hat einen Teil von Frankreichs politischer Klasse richtiggehend in Rage versetzt.

Die in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl gescheiterte Rechtspopulistin Marine Le Pen bezeichnete Ndiayes Ernennung als «fürchterliche Wahl», die zur «Dekonstruktion unseres Landes, seiner Werte und seiner Zukunft» beitrage. Die neue Regierung nannte sie einen «Albtraum». Der Konservative Éric Ciotti nannte den Historiker einen Verfechter des «Islamogauchismus», ein Schlagwort, das in Frankreich eine angebliche Verbindung linker Strömungen mit dem Islamismus bezeichnet. Ciottis Parteikollege François-Xavier Bellamy erklärte, selbst der linksextreme Jean-Luc Mélenchon hätte es wohl nicht gewagt, jemanden zum Minister zu ernennen, der Frankreich des strukturellen Rassismus bezichtige.

Kein Provokateur

Ndiaye, der mehrere Jahre in den USA studierte, gilt als Pionier der französischen Anti-Rassismus-Bewegung und tritt für eine kritische Auseinandersetzung Frankreichs mit der eigenen Kolonialgeschichte ein. 2008 veröffentlichte er seinen Essay «La condition noire», in dem er sich, inspiriert von den amerikanischen «black studies», mit der Diskriminierung dunkelhäutiger Personen in Frankreich befasst. Bis zu seiner Ernennung als Minister lehrte er an der renommierten Pariser Hochschule Sciences Po. 2021 hatte ihn Emmanuel Macron zudem zum Direktor des Museums für Immigration in Paris berufen.

Ndiayes Kritiker von der nationalistischen und bürgerlichen Rechten werfen ihm vor, ein Vertreter der in den USA entstandenen «woke culture» zu sein. Sie warnen vor einem wachsenden



Pap Ndiayes Kritiker werfen ihm vor, ein Vertreter der «woke culture» zu sein.

CHRISTOPHE ENA / AP

Einfluss von identitätspolitischen Gedankengut im französischen Bildungswesen und sehen die Werte der Republik in Gefahr.

Tatsächlich aber ist Ndiaye kein Verfechter radikaler Positionen und auch kein Aktivist. Er ist nicht dafür bekannt zu provozieren, sondern vertritt seine Auffassungen ruhig und gemässigt. Zwar sieht er die Existenz von strukturellem Rassismus in Frankreich gegeben und sprach von rassistischen Praktiken innerhalb der Polizei. Anders als manche radikalen Aktivisten warf er dem Land aber keinen Staatsrassismus vor. Dies «würde voraussetzen, dass die Institutionen des Staates im Dienst einer rassistischen Politik stehen, was in Frankreich natürlich nicht der Fall ist», sagte er 2017 gegenüber «Le Monde».

Zu Anhängern der Wokeness-Bewegung hält Ndiaye eine gewisse Distanz. «Ich teile die Mehrheit ihrer Anliegen,

wie Feminismus, Kampf für Umweltschutz oder Antirassismus», sagte er letztes Jahr in einem Interview, «aber ich halte wenig von den moralisierenden oder sektiererischen Diskursen mancher Aktivisten.» Dass Ndiayes Ernennung zum Minister so grosse Aufregung ausgelöst hat, liegt aber auch daran, dass sie einem Bruch mit dem bisherigen Kurs im Bildungsministerium gleichkommt. Und das im Bereich der Schule, die als Pfeiler der Republik und Schmiede der Bürger in Frankreich einen besonderen Stellenwert genießt.

Ndiayes Vorgänger Jean-Michel Blanquer war als strikter Verfechter des in Frankreich verankerten Universalismus aufgetreten: der Auffassung, wonach einzig die Zugehörigkeit zur französischen Nation zählt und individuelle Unterschiede wie Hautfarbe oder Religion ignoriert werden. Nachdem im Herbst 2020 der Lehrer Samuel Paty von einem

Islamisten ermordet worden war, weil er im Unterricht Mohammed-Karikaturen gezeigt hatte, trat Blanquer besonders offensiv für strikte Laizität an den Schulen ein. Linker Identitätspolitik sagte er den Kampf an, und er warnte vor linksislamistischen Strömungen an den französischen Universitäten. Unter den Lehrern zog er damit auch Unmut auf sich.

Ndiaye vertritt eine andere Denkart. Er gilt als Befürworter positiver Diskriminierung. Als letztes Jahr eine heftige Debatte darüber entbrannte, ob Frankreichs Universitäten einen Vormarsch von Linksislamisten erlebten, erklärte er, das dafür verwendete Schlagwort «islamogauchisme» fusse auf keinerlei Realität. Es zielen vielmehr darauf ab, gewisse Zweige der Wissenschaft zu stigmatisieren. Zum Universalismus positioniert sich Ndiaye differenzierter als sein Vorgänger. Er betonte aber, dass es diesen unbedingt zu erhalten gelte.

Als er sein Amt antrat, widmete Ndiaye seine ersten Worte dem ermordeten Lehrer Samuel Paty. Als erste Handlung besuchte er die Schule, in der Paty unterrichtet hatte. Sich selbst bezeichnete er als Symbol der «Meritokratie», des Aufstiegs durch Leistung, dessen Pfeiler die Schule sei. Ndiaye, der in einem Pariser Vorort aufgewachsen ist, studierte an der angesehenen Hochschule ENS, bevor er in die USA ging. Sein aus Senegal stammender Vater hatte als erster Student aus Subsahara-Afrika die prestigeträchtige Ingenieurschule École nationale des ponts et chaussées absolviert. Er hatte sich aber früh von Ndiayes Mutter getrennt und war nach Senegal zurückgegangen. Ndiaye sagt, dass er selbst in seiner Jugend keine Diskriminierung erlebt habe. Erst bei seinem Studienaufenthalt in den USA sei ihm bewusst geworden, dass er schwarz sei.

Wahltaktische Überlegungen

Dass Präsident Macron Ndiaye an die Spitze des Bildungsministeriums berufen hat, ist zweifellos auch wahltaktischen Überlegungen geschuldet. Vor den Parlamentswahlen Mitte Juni ist Macron unter Zugzwang, mit seiner Regierungsmannschaft linke Wähler anzusprechen und so dem Wahlbündnis Nupes aus Linken, Sozialisten, Grünen und Kommunisten Stimmen streitig zu machen. Auch hofft der Präsident offenbar, dass ihm Ndiaye die Gunst der Lehrer einbringt. Etwa für seine derzeit in Marseille getestete Schulreform. Sie soll Pädagogen mehr Freiheiten einräumen. Umstritten ist aber, dass die Schuldirektoren auch bei der Rekrutierung des Lehrpersonals Mitsprache haben. Am Donnerstag verkündete Macron, der in Begleitung von Ndiaye in die Mittelmeermetropole gereist war, diese Reform auf das ganze Land ausweiten zu wollen.

Die Lehrgewerkschaften haben auf Ndiayes Ernennung vorsichtig optimistisch reagiert. Diese sei zwar ein Bruch, kommentierte die grösste Gewerkschaft, man werde sich aber nicht mit reiner Symbolik begnügen. Vielmehr gelte es, auf dringende Anliegen wie die geforderte Anhebung der Gehälter rasche Antworten zu finden. Auch leiden Frankreichs Schulen unter akutem Personalmangel. Fragen, zu denen sich Ndiaye bisher noch nicht im Detail positioniert hat.

Die Schanghaier blicken verunsichert in die Zukunft

Der Lockdown hat in der Metropole Spuren hinterlassen

MATTHIAS KAMP, PEKING

Nach den weitreichenden Öffnungsschritten in Schanghai am 1. Juni, als die Stadtverwaltung den Grossteil der 25 Millionen Bewohner in die Freiheit entliess, sind am Montag weitere Lockerungen in Kraft getreten. Nicht nur dürfen Läden wieder öffnen und Restaurants im Aussenbereich Gäste bewirten, sondern auch die Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen dürfen in ihre Klassenräume zurückkehren. Bald wollen die Schanghaier Behörden zudem Kinos und Fitnesscenter wieder öffnen.

Fast 60 Tage stand das öffentliche Leben in Chinas wirtschaftlich bedeutendster Stadt still, die Metropole gleich einer Geisterstadt. Noch etwas ungläubig traten viele Schanghaier in der vergangenen Woche vor ihre Häuser und Wohnungen. So richtig trauten sie der neuen Freiheit nicht, die am Ende schneller kam als ursprünglich geplant. Schliesslich begannen Ladenbesitzer damit, ihre Geschäftsräume zu putzen, vor Restaurants und Cafés bildeten sich erste Schlangen.

«Es war nicht überwältigend, aber es war zumindest ein wenig zurückgewonnene Freiheit», sagt Liu Yue* am Telefon. Am Abend der grossen Öffnung traf sie sich mit Freunden auf einen Drink in einem Kneipenviertel in der Innenstadt. «Überall waren Polizisten», erzählt die

Unternehmensberaterin, «wenn wir die Masken zum Trinken abnahmen, filmten sie uns.» Von Normalität sei Schanghai noch weit entfernt, meint Liu.

Nüchternheit statt Zuversicht

Liu, Mitte dreissig, kam vor gut sechs Jahren aus ihrer Heimatprovinz Shandong im Nordosten Chinas nach Schanghai. In der Tasche hatte sie einen Abschluss in Betriebswirtschaftslehre der renommierten Shandong University of Technology. Und sie machte schnell Karriere. Nach Stationen bei mehreren chinesischen und ausländischen Firmen arbeitet Liu heute für eine internationale Beratungsgesellschaft im Versicherungsektor.

Bevor sie Anfang 2016 in die «Stadt über dem Meer» zog, wie Schanghai auf Deutsch heisst, hatten Bekannte sie gewarnt. Die Schanghaier seien arrogant, sagten sie ihr, und: «Sie werden dich diskriminieren.» Doch Liu mochte Schanghai auf Anhieb. Die grösseren Freiheiten, die Weltoffenheit und das Interkulturelle seien grossartig. Doch nach zwei Monaten in ihrer Wohnung sind bei Liu die Zuversicht und der Optimismus einer neuen Nüchternheit gewichen. Die Mischung aus Dilettantismus und Brachialgewalt, mit der die Behörden den Lockdown durchsetzten, hat Liu überrascht. Die Regierung habe von oben

bis ganz unten den Befehl «Null Covid» durchgegeben, egal zu welchen Kosten.

Diese Politik führte zu den hässlichen Szenen, bei denen Wachleute Wohnanlagen mit Veloschlössern absperren, Bewohnern die Haustürschlüssel abnahmen, Erkrankten die ärztliche Versorgung verwehren und gewaltsam in Wohnungen eindringen, diese desinfizieren und dabei die Einrichtungen ruinieren. Der Stolz einer Weltstadt zertrümmert von einer leninistischen Partei, die mit einer Massenkampagne nach Art der Kulturrevolution ein Virus ausrotten will, kostete es, was es wollte.

Dazu kommt der enorme wirtschaftliche Schaden, den der Lockdown verursacht und der auch in Lius Geschäftsbüchern Spuren hinterlassen hat. Zwar konnte sie noch einige Abschlüsse tätigen. Doch weil sie keine Klienten mehr treffen konnte, waren es deutlich weniger. Dabei habe sie noch Glück im Unglück, findet sie. Viele Chinesinnen und Chinesen verlören jetzt ihre Jobs, sagt Liu, mit der Folge, dass immer mehr Menschen mit grosser Verunsicherung in die Zukunft blickten.

Feng Feng* hat noch Arbeit und möchte im Moment nur eines: zurück nach Schanghai. Die 42-Jährige arbeitet als Haushaltshilfe für mehrere Schanghai-Familien. Am 20. Mai, als die Regierung erste, vorsichtige Lockerungen ein-

leitete, genehmigten die Behörden ihren Antrag auf Entlassung aus der Isolation. Sie konnte zu ihrer Familie in der Provinz Zhejiang, nicht weit von Schanghai, reisen. Jetzt, da die Stadt wieder offen ist, will sie schnell wieder zur Arbeit.

«Es war einfach fürchterlich»

Anders als bei Liu Yue, die ein grosses Apartment bewohnt, waren die sieben Wochen Isolation für Feng eine Tortur. «Wir sind nur zum Essen kurz aufgestanden und haben uns dann gleich wieder hingelegt», sagt sie in einem Videogespräch. Es fehlte schlicht der Platz. Feng teilt sich in Schanghai mit einer weiteren Haushaltshilfe ein sieben Quadratmeter grosses Zimmer. Die Tage im Lockdown haben die beiden Frauen mit Fernsehen und am Handy verbracht. «Es war einfach fürchterlich», sagt Feng. Die Versorgung mit Lebensmitteln habe zwar funktioniert, doch die Preise seien exorbitant gewesen.

Das Risiko eines neuerlichen Lockdowns nimmt Feng bewusst in Kauf, denn die Bezahlung für Haushaltshilfen sei in Schanghai so gut wie in wenigen anderen Städten Chinas. «Ich will zurück nach Schanghai», sagt sie, «auch wenn ich irgendwann wieder eingesperrt werde.» Die Sorge über einen neuen Lockdown ist auch bei Liu ein ständiger Begleiter. Sie geht fest davon aus, dass bei steigen-

den Fallzahlen wieder einzelne Quartiere abgeriegelt werden, und fügt hinzu: «Das wäre wohl normal.»

Es ist die neue Normalität Chinas, wo der Staats- und Parteichef Xi Jinping die Nulltoleranzpolitik zur obersten Maxime der Pandemiebekämpfung erklärt hat. Längst geht es dabei nicht mehr nur um die Vermeidung schwerer Krankheitsverläufe. Vielmehr trägt Xis Null-Covid-Politik Züge einer Ideologie, der die Partei auch das wirtschaftliche Wohlergehen der Menschen unterordnet. Ungute Erinnerungen an die Ära Mao Zedongs werden wach. Gebildete und aufgeklärte Chinesinnen wie Liu wissen, dass diese Politik langfristig kaum durchhaltbar ist. «Statt die Menschen einfach wegzusperren, sollte die Regierung dafür sorgen, dass die Älteren endlich geimpft werden», fordert Liu. «Null Covid funktioniert nicht.»

In jüngster Zeit liegen die täglichen Neuinfektionen offiziell im ein- oder zweistelligen Bereich. Am Sonntag etwa meldeten die Schanghaier Behörden acht Neuinfektionen. Doch das kann sich trotz den ständigen Tests, die die Regierung verordnet hat, schnell wieder ändern. Dann dürfte sie wieder zu drastischen Massnahmen greifen. Der Frieden in Schanghai ist fragil.

* Name von der Redaktion geändert.

Blutiges Patt im Donbass

Die ukrainische Armee bleibt trotz hohen Verlusten handlungsfähig



Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski besucht am Sonntag eine Frontstellung in Lisitschansk.

UPPS/AP

IVO MIJNSSSEN (WIEN) UND GEORG HÄSLER

Wolodimir Selenski hat am Wochenende im Osten des Landes Präsenz markiert. Nachdem der ukrainische Präsident bereits vor einer Woche Charkiw besucht hatte, zeigte er sich am Sonntag an der Front im Süden und im Donbass. Er habe Soldaten bei Bachmut und Lisitschansk ausgezeichnet, hiess es aus dem Büro des Präsidenten. Mit dem Besuch versuchte Selenski, die Moral im entscheidenden Frontabschnitt des Donbass zu stärken.

Wie gefährlich dies ist, zeigte sich am Sonntag aufseiten der russischen Armee: Bei der Stadt Popasna fiel mit General Roman Kutusow einer der wichtigsten Kommandanten der «Volksrepublik» Donezk. Er ist der vierte General, dessen Tod Russland eingeräumt hat; die Ukraine behauptet, es seien gesamthaft sieben russische Offiziere dieses Ranges ums Leben gekommen. Mindestens zwei von ihnen tauchten aber laut Recherchen der BBC später wieder auf.

Dass die Russen erneut einen General verloren haben, der an vorderster Front seine Truppen anführte, lässt auf anhaltende Probleme bei der Motivation und Aufklärung schliessen. Diese sind ein ständiges Thema zwischen prorussischen Bloggern, die sich gegenseitig beschuldigen, die Armee schlechtzureden. Da die Fortschritte im Donbass trotz überlegener Artillerie und der Konzentration erheblicher Kräfte rund um Sewerodonezk bescheiden bleiben, steigt auch die Nervosität.

Varianten für die Verteidigung

In welchem Zustand sich die weiterhin von der Einkesselung bedrohten Ukrainer befinden, ist unklar. Vor wenigen Tagen sprach Selenski von täglich bis zu 100 Toten und 500 Verletzten. Dennoch gelingt es seinen Truppen, mit Gegenangriffen grosse russische Kräfte zu binden. Offensichtlich hat die ukrainische Armee weiterhin die Kontrolle über

die Verbindungsachse Sewerodonezk–Bachmut–Kramatorsk. Eine entscheidende Rolle dürfte der Flussübergang von Lisitschansk spielen. Die Ukrainer können noch immer neue Verbände an die Front bringen.

Damit bleibt die Handlungsfreiheit des Generalstabs in Kiew gewahrt. Er hat noch immer mehrere Varianten für die Verteidigung der Ostukraine. Trotz engen räumlichen Verhältnissen wagt es der Generalstab, den Kampf um die Stadt Sewerodonezk weiterzuführen, deren Fall letzte Woche kurz bevorzustehen schien. In den letzten Tagen dürfte die Armee Verbände mit starken Verlusten zurückgezogen und durch frische Kräfte ersetzt haben. Der Erfolg scheint allerdings durchgezogen. Nachdem der Leiter der Militärverwaltung der Region Luhansk, Serhi Haidai, zunächst die Rückeroberung der halben Stadt verkündet hatte, sprach er am Montag von einem Rückzug auf das Industriegebiet.

Nach wie vor ist über die Positionen und Bewegungen der ukrainischen Armee weniger bekannt als über die Truppen der Angreifer. Es gehört zum Vorgehen der westlichen Nachrichtendienste, alle medialen Kanäle mit Informationen über die russischen Truppenbewegungen zu fluten, aber die Operationen Kiews maximal zu schützen. Auf der Basis taktischer Überlegungen sind dennoch Deutungen der militärischen Lage möglich. Folgende Zielsetzungen sind denkbar:

■ **Täuschung:** Die ukrainische Armee will die russischen Kräfte in deren Schwergewichtszone binden, um die Gegenangriffe in den Nebenzonen nördlich von Charkiw und bei Mikolajiw im Süden zu verstärken. Tatsächlich gibt es Berichte, wonach die russische Armee weitere Verbände nach Sewerodonezk verlegt und die Ukraine im Süden begrenzte Geländegewinne verzeichnet. Bei diesem Szenario wären die Meldungen über Rückzug und Neuverlegung von Kräften wohl Teil eines Täuschungsmanövers.

■ **Brückenkopf:** Kiew will die Verbindung nach Sewerodonezk über Lisitschansk offen halten. Dies erlaubte es der Armee, Zivilisten zu evakuieren und damit zu verhindern, dass sich eine monatelange Belagerung wie in der südukrainischen Hafenstadt Mariupol wiederholt. Entscheidend dürfte der Schutz der Flanken sein. Ein Brückenkopf hielt auch die Möglichkeit offen, bei einer günstigen Lageentwicklung einen starken Gegenangriff zu lancieren.

■ **Gegenangriff:** Dank der zunehmenden Ausrüstung mit westlichen Waffen, insbesondere weitreichender Artillerie, könnte die ukrainische Armee bald in der Lage sein, die Zange um Sewerodonezk zu öffnen. Offenbar stehen den Verteidigern auch moderne Artillerieradar-Systeme zur Verfügung. Damit können gegnerische Feuerstellungen geortet und mit Konterbatteriefeuer gezielt vernichtet werden. Dies wäre eine Möglichkeit, die russische Feuerwalze zu bremsen und rasch vorzustossen.

Die Eroberung der Zwillingsstädte Lisitschansk und Sewerodonezk ist aber auch für die Angreifer entscheidend. Die Agentur Interfax meldete am Sonntag heftige Kämpfe zwischen den

irregulären Kräften der Separatisten und der ukrainischen Armee; der Generalstab in Moskau soll den Befehl ausgegeben haben, die beiden Städte bis zum 10. Juni zu erobern.

Doch Kiew scheint weiterhin über die lokale Informationsüberlegenheit zu verfügen. Die Wege zwischen der Truppe, die ein Ziel erkannt hat, zur Führung, die über eine Reaktion entscheidet, sind kürzer als auf russischer Seite. Dies erlaubt den präzisen Einsatz von Feuer zur richtigen Zeit am richtigen Ort.

Städte unter Beschuss

Die Konzentration der Kämpfe auf Sewerodonezk bedeutet keine Ruhe für andere Städte. So haben die Russen die Angriffe auf Slowjansk in den letzten Tagen verstärkt. Sie verfolgen dabei, bisher erfolglos, die Strategie einer grösseren Umschliessung der ukrainischen Kräfte in der Region. Auch Donezk, die Hauptstadt der gleichnamigen «Volksrepublik», wurde wiederholt beschossen, wobei sich beide Kriegsparteien die Schuld zuschieben.

In der ukrainischen Hauptstadt Kiew endete am Sonntag eine mehrere Wochen dauernde relative Ruhe, als Raketen in einem Eisenbahndepot einschlugen. Laut russischen Angaben wurden damit aus dem Westen gelieferte Panzer vom Typ T-72 zerstört, die Ukraine sprach von Getreidewaggons.

Der Verlauf der Front im Donbass



Enthusiastisch gefeiert, aber nicht kriegsentscheidend

Die Bedeutung der türkischen Bayraktar-Drohnen dürfte geringer sein als vielfach behauptet

ULRICH VON SCHWERIN

Es war eine Spendenaktion der besonderen Art: In nur wenigen Tagen haben die Litauer mehr als 5 Millionen Euro aufgebracht, um für die Ukraine eine türkische Kampfdrohne zu kaufen. Die Balten waren in Massen dem Aufruf des lokalen Journalisten Andrius Tapinas gefolgt, Geld für den Kauf einer Drohne vom Typ Bayraktar TB2 zu spenden. Der Hersteller Baykar war davon so beeindruckt, dass er am Donnerstag vergangener Woche entschied, die Drohne Litauern zu schenken. Hübscher Nebeneffekt für die Firma von Erdogans Schwiegersohn Selcuk Bayraktar: eine Menge Publicity für ihren Verkaufsschlager.

Laut Tapinas sollen 1,5 Millionen der gesammelten Spenden nun für die Ausrüstung der Drohne verwendet werden, während der Rest als humanitäre Hilfe an die Ukraine fliessen soll. Das litauische Militär will das unbemannte Kampfflugzeug in drei Wochen nach Litauen fliegen, von wo es nach der Ausstattung mit passenden Raketen baldmöglichst an die Ukraine geliefert werden soll. Der Hersteller veröffentlichte am Donnerstag auf Twitter schon Fotos, welche die symbolische Übergabe der Drohne an die Litauer zeigten.

Die Aktion rückt ein Waffensystem in den Fokus, das sich in den Konflikten in Syrien, Libyen und Nagorni Karabach den Ruf einer Wunderwaffe erworben hat. Auch in der Ukraine sollen die TB2-Drohnen Dutzende von russischen Fahrzeugen, Schiffen und Raketenwerfern zerstört haben. Heute sind sie so populär, dass es sogar ein Lied mit dem Refrain «Bayraktar, Bayraktar» gibt, das ihren Einsatz feiert. Auch ein Polizeihund und ein Reptil im Zoo von Kiew wurden nach dieser Drohne benannt.

Als Wunderwaffe beworben

Schon vor dem Krieg waren die Bayraktar von verschiedener Seite als «Game-Changer» beworben worden. Besonders im Krieg um Nagorni Karabach im Herbst 2020 sollen aserbaidshische TB2 Hunderte von armenischen Kampfpanzern, Raketenwerfern, Artilleriegeschützen und gepanzerten Fahrzeugen zerstört haben. Als im Oktober 2021 eine TB2 von den Ukrainern erstmals im Donbass gegen ein Artilleriegeschütz der prorussischen Separatisten eingesetzt wurde, reagierte Moskau entsprechend alarmiert.

Kiew hatte seit dem Frühjahr 2019 von der Türkei 20 Bayraktar erworben. Unmit-

telbar nach Kriegsausbruch konnte noch eine neue Lieferung von 16 Maschinen in die Ukraine gebracht werden, wie deren Verteidigungsminister Anfang März mitteilte. Die Armee veröffentlichte in den folgenden Wochen zahlreiche Aufnahmen, die den erfolgreichen Einsatz der Drohnen gegen russische Konvois zeigen sollen. Von den Ukrainern wurden die Videos enthusiastisch gefeiert.

Die Liste der von Bayraktar-Drohnen zerstörten russischen Waffen ist tatsächlich lang. Laut der Plattform Oryx, die anhand von Videos und Bildern die Verluste beider Seiten in der Ukraine dokumentiert, haben die TB2 13 Flugabwehrsysteme, 10 Helikopter, 5 Marineschiffe sowie drei Dutzend gepanzerte Fahrzeuge, Geschütze und andere Geräte zerstört. Auch im Kampf um die strategisch wichtige Schlanginsel vor Odessa sollen sie eine wichtige Rolle gespielt haben.

Allerdings sollte die Bedeutung der Drohnen nicht überschätzt werden. Experten mahnen schon länger, dass die in den sozialen Netzwerken zirkulierenden Videos der Treffer einen falschen Eindruck vermittelten. Bedenkt man, dass laut den Daten von Oryx allein über 1200 russische Kampfpanzer und gepanzerte Fahrzeuge zerstört wurden,

erscheint die Zahl der Treffer durch TB2 eher gering. Im Vergleich zur Artillerie sowie zu tragbaren Panzer- und Flugabwehrwaffen spielen die Bayraktar letztlich nur eine marginale Rolle.

Auch ist unklar, wie viele TB2 die Ukrainer überhaupt noch haben. Von Oryx sind bis heute acht Abschüsse dokumentiert, doch dürfte die reale Zahl höher sein. Schon in Syrien und Libyen hatten sich die Bayraktar als verletzlich erwiesen. In der Schlacht um Idlib und im Kampf um Tripolis wurden im Frühjahr 2020 zweiundzwanzig TB2 abgeschossen. Zwar sind sie wegen ihrer kleinen Grösse vom Radar schwer zu orten. Einmal geortet, sind die relativ langsamen Drohnen aber ein leichtes Ziel.

Keine offizielle Militärhilfe

Militärexperten hatten sich vor dem Ukraine-Krieg skeptisch geäussert, dass die TB2 von grossem Nutzen sein würden gegen eine Militärmacht wie Russland mit einer modernen Luftwaffe, einer ausgefeilten Flugabwehr und Mitteln der elektronischen Kriegsführung. Allerdings wurde die russische Armee womöglich auch in diesem Bereich überschätzt. Bis heute hat sie nicht die komplette Lufthoheit errungen, so dass die

ukrainischen Kampffjets und Drohnen weiter fliegen.

Die Ukraine und die Türkei halten sich bedeckt zur Frage, ob seit Anfang März zusätzliche TB2 an Kiew geliefert wurden. Der Baykar-Chef Selcuk Bayraktar hat keinen Zweifel an seiner Sympathie für die Ukrainer gelassen. Da er der Schwiegersohn von Präsident Recep Tayyip Erdogan ist, ist ihm die Rückenbedeckung der Regierung gewiss. Doch Erdogan versucht auch, zwischen Kiew und Moskau zu vermitteln. Die Lieferung der Drohnen ist denn auch keine offizielle Militärhilfe der Türkei, sondern läuft als gewöhnliches Rüstungsgeschäft.

Statt der Türkei wollen nun die USA offenbar Drohnen liefern. Nach Informationen von Reuters hat Präsident Joe Biden grünes Licht für die Lieferung von vier Drohnen vom Typ MQ-1C Gray Eagle gegeben. Sie sind dreimal so gross wie die Bayraktar, haben eine höhere Reichweite, können länger in der Luft bleiben und werden nicht per Funk, sondern per Satellit gesteuert. Auch können sie mit acht Hellfire-Raketen ausgestattet werden. Militärisch dürften sie daher deutlich nützlicher sein als die türkischen Drohnen. Deren Popularität und Ruf als Wunderwaffe wird dies aber wohl keinen Abbruch tun.

«Israels Strategie ist gescheitert»

Der langjährige israelische Geheimdienstmitarbeiter Danny Citrinowicz plädiert für eine Rückkehr zum Atomabkommen mit Iran

Herr Citrinowicz, Iran hat genügend hoch angereichertes Uran, um eine Atombombe zu bauen. Müssen wir uns darauf vorbereiten, dass Iran ein Nuklearstaat wird?

Das ist eine Frage der Definition. Iran ist eigentlich bereits ein Nuklearstaat. Iran hat ein sehr fortgeschrittenes Atomprogramm mit zwei Anreicherungsanlagen. Es ist dort mit vielen Problemen fertig geworden. Es ist nur eine Frage der politischen «Entscheidung», ob sie auf einen Reinheitsgrad von 90 Prozent, also waffenfähiges Spaltmaterial, anreichern wollen. Aber: Eine Bombe zu bauen, ist mehr als nur Anreicherung. Man muss einen Atomsprenkopf bauen. Das ist ein einzigartiger Prozess, für den es ein Programm braucht. In der Vergangenheit hatte Iran dafür das Amad-Projekt. Heute hat Iran kein solches Programm, das sagen die amerikanischen Geheimdienste, und das ist auch die Einschätzung des israelischen Nachrichtendienstes. Iran hat noch nicht entschieden, ob es eine Bombe bauen will. Die Tatsache, dass Irans Anreicherung sehr weit fortgeschritten ist, muss uns beunruhigen. Aber es steht nicht kurz vor dem Besitz einer Atombombe. Es gibt also in vielerlei Hinsicht keine Dringlichkeit. Wir müssen schauen, dass Iran im zivilen Bereich des Atomprojekts bleibt und nicht in den militärischen wechselt.

Der ehemalige Armeechef Gadi Eizenkot sagt, ohne Israels Eingreifen wäre aus Iran ein zweites Nordkorea geworden. Ich habe höchsten Respekt vor Gadi Eizenkot, unter dem ich als Soldat diente. Doch Iran ist nicht Nordkorea. Iran betrachtet sich als Supermacht, die Verbindungen nach Ost und West braucht. Es



«Iran ist kein Schurkenstaat.»

Danny Citrinowicz
Experte des
amerikanischen Think-Tanks Atlantic Council

ist kein Schurkenstaat. Es schottet sich nicht nach aussen ab. Sein Volk, seine Führung wollen Kontakte mit der Aussenwelt. Das iranische ist also nicht das nordkoreanische Modell. Was die israelischen Aktivitäten betrifft, müssen wir uns daran erinnern, dass Iran bis 2003 tatsächlich eine Atombombe wollte. Dann entschied es sich jedoch, das Waf-



Die Atomanlage Natanz wurde 2021 zum Ziel von Sabotageakten. Die Iraner machen dafür die Israeli verantwortlich.

GETTY

fenprogramm zu beenden und sich auf das zivile Programm, die Anreicherungsanlagen, zu konzentrieren. Israel konnte also nicht etwas stoppen, was es gar nicht gab. Wer das nicht weiss, könnte meinen, Israels Strategie habe funktioniert. Tatsächlich ist Israels Strategie aber gescheitert. Sie war nicht, Iran am Bau einer Atombombe, sondern es überhaupt am Aufbau eines Atomprogramms zu hindern.

Was sollte Israel jetzt tun?

Israels Strategie basierte auf der Kampagne des maximalen Drucks, einer glaubwürdigen militärischen Drohung und den Dingen, die in den Atomanlagen passiert sind (Sabotageakte; Anm. d. Red.), wofür Israel zum Teil die Verantwortung übernommen hat. Alle drei sind gescheitert: Israel war gegen jede Verhandlung mit Iran. Dabei zeigte sich die Wichtigkeit des Atomabkommens (JCPOA). Es war zwar keine optimale Vereinbarung. Aber es hat das iranische Atomprogramm zurückgeschraubt. Danach versuchte es Israel mit maximalem Druck. Das Ergebnis sehen wir jetzt.

Israel hat zwei Optionen: Die eine ist, was Ministerpräsident Naftali Bennett gerade tut, nämlich seinen Vorgänger Benjamin Netanyahu zu kopieren, Verhandlungen abzulehnen, mehr Druck zu fordern und Drohungen zu äussern. Aber niemand wird China daran hindern, iranisches Öl zu importieren. Die USA werden am Golf nicht gegen iranische Tanker vorgehen. An einer glaubwürdigen militärischen Drohung zweifle ich. Dazu müsste Iran vor der Wahl stehen: entweder das Atomprogramm oder das Überleben des Regimes. Das gab es nur 2003, als die Amerikaner im Irak und in Afghanistan intervenierten. Die andere Option ist, wovon ich überzeugt bin: Wir müssen unseren Kurs überdenken. Wir müssen vom Baum der Nullanreicherung herunterklettern. Selbst im Fall eines Regimewechsels würden die Iraner das Atomprogramm nicht aufgeben. Darüber gibt es einen Konsens, in der Führung, aber auch in der Bevölkerung. Wir müssen uns dieser Realität stellen und darüber nachdenken, was tatsächlich unsere roten Linien sind. Die Inspektionen sind entscheidend. Akti-

vitäten im Dual-Use-Bereich wie die Herstellung von Uranmetall sind ebenfalls wichtig. Dafür braucht es ein Abkommen. Aber in Israel ist die iranische Frage so politisiert, dass eine Diskussion kaum möglich ist.

Die Verhandlungen über eine Neuauflage des Atomabkommens hängen an einem seidenen Faden. Ist das Abkommen noch zu retten?

Es gibt viele Probleme. Das erste ist, dass es keine direkten Kontakte zwischen den Amerikanern und den Iranern gibt. Das ist sehr schlecht. Dann haben wir das Problem mit der Einstufung der Revolutionswächter als Terrororganisation durch die USA, das für Khomeini sehr wichtig ist. Er befürchtet, dass die USA auch nach einem Abkommen hochrangige Revolutionswächter töten werden, sollten diese auf der Terrorliste bleiben. Für Joe Biden wird es aus politischen Gründen sehr schwer sein, sich in der Frage der Revolutionswächter zu bewegen. Aber jemand muss Kompromisse machen. Eine Rückkehr zum JCPOA ist wichtig, nicht weil es der «ulti-

mative Deal» ist, sondern weil es der einzige Deal ist. Damit kann das Atomprogramm zurückgeschraubt werden und, noch wichtiger, die Inspektion der Anlagen gesichert werden.

Ist es heute wirklich noch möglich, Irans Atomprogramm zurückzustutzen?

Der JCPOA basiert auf der Grundlage, dass Iran ein Jahr braucht, um genug auf 90 Prozent angereichertes Uran für eine Bombe zu produzieren. Das ist vorbei. Selbst wenn Iran alle Anlagen zerlegt, haben sie immer noch alles im Kopf. Und sie haben die modernen IR-6-Zentrifugen. Wir werden mit Irans Anreicherungs-kapazitäten leben müssen. Doch mit den JCPOA-Restriktionen wird es zumindest nicht so sein wie heute, dass Iran nur ein paar Tage braucht, um auf 90 Prozent anzureichern. Und was extrem wichtig ist, es wird Inspektionen durch die Internationale Atomenergieagentur geben, auch wird Iran dem Atomwaffensperrvertrag unterliegen. Die Inspektionen sind aus zwei Gründen wichtig: Erstens halten sie Iran davon ab, das Material in Natanz oder Fordo zu nutzen. Und zweitens ermöglichen sie es der Staatengemeinschaft zu fragen, was in den Anlagen vor sich geht.

Und was geschieht, wenn die Verhandlungen scheitern? Israel spricht offen über die militärische Option.

Ich weiss nicht, ob Israel die Fähigkeiten für einen Angriff auf Irans Atomanlagen hat. Allgemein gesagt, haben wir drei Probleme: Erstens: Die Atomanlagen sind stark befestigt und stark gesichert. Zweitens: Die Iraner haben das Wissen. Das kann man nicht tilgen. Drittens: Sie haben die IR-6-Zentrifugen. Selbst wenn morgen Natanz und Fordo nicht mehr existieren sollten, werden die Iraner in der Lage sein, die Anlagen in einem abgelegenen Gebiet wieder aufzubauen. Um auf 90 Prozent anzureichern, brauchen sie nur einige Dutzende IR-6-Zentrifugen. Es gäbe keine Inspektionen, nichts. Anders als bei den Angriffen auf die Atomreaktoren im Irak 1981 und Syrien 2007 würde es diesmal Vergeltungsschläge geben, und zwar harte. Denn die Iraner und ihre Verbündeten müssten eine rote Linie ziehen. Die Lage könnte eskalieren, es könnte sogar einen Krieg geben. Danach würden die Iraner ihre Atomanlagen wieder aufbauen, und niemand könnte sie stoppen. Meines Erachtens gibt es daher keine militärische Lösung. Wir denken noch immer in der Mentalität von 2010, aber wir haben 2022.

Interview: Inga Rogg, Jerusalem

Kasachstan versucht einen Neustart

Das Volk nimmt die von Präsident Tokajew angestossenen Verfassungsänderungen an und bricht mit dem System des Vorgängers Nasarbajew

MARKUS ACKERET, MOSKAU

Die Liebe des Volkes lässt sich nicht einfach kaufen. In Kasachstan jedenfalls sind die Zeiten vorbei, da allein die Hoffnung auf Stabilität und Wohlstand den Herrschern freie Hand liess. Mit gut 77 Prozent haben die Kasachinnen und Kasachen am Sonntag den Verfassungsänderungen zugestimmt, die Präsident Kasym-Schomart Tokajew ihnen in einem Plebiszit vorgelegt hatte. Von den Jubel-Mehrheiten von über 90 Prozent in früheren Jahren ist das weit entfernt, erst recht bei einer Beteiligung von 68 Prozent der Stimmberechtigten.

Immerhin deuten die Ergebnisse darauf hin, dass sie einigermassen ehrlich sind. Für Tokajew stellt sich die Frage, ob dies genügt, um die Bevölkerung hinter dem Versprechen eines «neuen Kasachstan» zu scharen und sich bei der Präsidentchaftswahl in zwei Jahren die Macht zu sichern. Und für das zentralasiatische Land muss sich weisen, ob die Verfassungsänderungen die propagierten Ziele – mehr Mitsprache des Volkes, mehr Rechenschaftspflicht der Mächtigen, weniger Vetternwirtschaft – wirklich ermöglichen.

Im Januar hatte sich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf Kasachstan gerichtet. Ein regionaler Protest gegen höhere Treibstoffpreise erfasste das ganze Land und brachte es vorübergehend an den Rand der Anarchie. Das legte nicht nur sozioökonomische Verhältnisse offen wie die ungleiche Verteilung des Wohlstands und den Weg dazu.

Der soziale Frieden ist brüchig

Der Protest wurde schnell politisch und richtete sich gegen den Clan des früheren Präsidenten Nursultan Nasarbajew, der auch nach seinem Rückzug von der Staatsspitze 2019 noch immer die wichtigsten Fäden in der Hand behielt. Der Unmut projizierte sich besonders auf dessen eng mit Staat und Wirtschaft verbandelte Familie. Diese, so das Gerücht, habe die Finger im Spiel gehabt bei der Eskalation der Gewalt. Nasarbajews Nachfolger Tokajew sprach von einem «terroristischen Angriff» durch «20 000 auswärtige Kämpfer», erteilte einen Schiessbefehl gegen Demonstranten und Plünderer und rief das von Moskau angeführte Militärbündnis ODKB zu Hilfe.

Als der Spuk nach einer knappen Woche vorüber war, waren nicht nur Geschäfte geplündert und Verwaltungsgebäude brandschatzt. Das ohnehin angeschlagene Vertrauen in den Präsidenten und den Staat war nun erst recht erschüttert.

Unter den Festgenommenen waren enge Vertraute und Verwandte Nasarbajews wie der Geheimdienstchef und einstige Ministerpräsident Karim Masi-mow. Aber woher die «Terroristen» kamen, ist ungeklärt. Auch der Ablauf der blutigen Niederschlagung der friedlichen Proteste gewöhnlicher Bürger in Almaty, die mit Marodeuren nichts gemein hatten, ist nicht aufgearbeitet. Im Gegenteil: Einigen von ihnen wird nun der Prozess wegen der Teilnahme an Massenunruhen gemacht. Der soziale und politische Frieden ist brüchig.

Tokajew nahm die «Januar-Ereignisse» zum Anlass, sich von Nasarbajew zu distanzieren und ein «neues Kasachstan» auszurufen. Diese «zweite Republik» soll das Volk mehr teilhaben lassen an der Politik und am Wohlstand, die Allmacht des Präsidenten reduzieren – und dem «Elbasy», dem «Führer der Nation», der Nasarbajew über seine Präsident-

schaft hinaus geblieben war, den Einfluss und die Privilegien nehmen. Dieser scheint damit einverstanden zu sein.

Tokajew weckt Erwartungen

Zudem soll die Verfassungsänderung dazu dienen, Tokajews Wiederwahl 2024 sicherzustellen. Er war 2019 ohne eigene Hausmacht ins Amt gekommen; nach Ansicht des kasachischen Politologen Dosym Satpajew fehlt es ihm bis heute an dieser. Satpajew sieht in der kurzfristig anberaumten Verfassungsabstimmung einen Wert an sich für Tokajew, wie er gegenüber dem exilrussischen Portal Medusa erläuterte: Es gehe um politische Symbolik.

Dass der Inhalt der Änderungen weniger im Zentrum stand, zeigte auch das Fehlen einer echten Abstimmungskampagne. Über die Einzelheiten wurde kaum informiert. Zudem monierten Beobachter, der ganze Prozess der Verfassungsänderung sei von oben erfolgt. Auch das Plebiszit selbst war eher eine Abstimmung über Tokajew – und gegen den Nasarbajew-Clan und dessen Vorzugsbehandlung. Künftig ist es Verwandten des Präsidenten untersagt, hohe Ämter zu bekleiden.

Die Politik bleibt weiter auf den Präsidenten ausgerichtet. Das Parlament wird künftig teilweise im Proporz-, teilweise im Majorzverfahren gewählt, und die Gebietsgouverneure müssen von den Regionalparlamenten bestätigt werden. Innerhalb der Regierung werden einige Funktionen verschoben, und die Regierungsarbeit soll transparenter werden. Die grosse Frage ist aber, ob damit wirklich diese Institutionen gestärkt werden. Das wäre die Voraussetzung für die Abkehr vom personalisierten Regierungsmodell.

Die Bevölkerung ruft nach Veränderungen. Tokajews Schwierigkeit wird es sein, diese Erwartungen zu erfüllen und tatsächlich mit dem alten System zu brechen, für das der Gründerpräsident Nasarbajew stand. Zugleich ist Tokajew auf eine Machtelite angewiesen, die sich nicht alles nehmen lassen will. Und schliesslich hatte er mit dem Hilferuf an die ODKB die Frage aufgeworfen, wie sehr sich Kasachstan in die Abhängigkeit Moskaus begeben will. Manche Befürchtungen vom Januar haben sich bis jetzt nicht erfüllt. Aber das Thema ist durch den russischen Einmarsch in der Ukraine noch brisanter geworden.



OFFICIAL
TIMEKEEPER

HERZLICHEN
GLÜCKWUNSCH, IGA,

ZU DEINEM ZWEITEN
GRAND SLAM®-TITEL

Iga Świąteks Weg zum Roland-Garros war bemerkenswert. In den vergangenen sechs Monaten konnte die 21-Jährige fünf WTA-Einzeltitel für sich entscheiden. Mit ihrem jüngsten Triumph, ihrem 35. Sieg in Folge, gewann sie den Suzanne-Lenglen-Pokal zum zweiten Mal in ihrer vielversprechenden Karriere – als erste polnische Spielerin überhaupt. Mit ihrem entschlossenen und kraftvollen Spiel hat die Weltranglistenbeste nicht nur bewiesen, dass sie auf Sand überzeugt, sondern dass sie ein einzigartiges Allround-Talent ist. Als stolzer Unterstützer jeder neuen Generation von Sporttalenten gratuliert Rolex Iga zu ihrem Sieg in Paris. Und zu ihrer Erfolgsgeschichte.

#Perpetual



OYSTER PERPETUAL DATEJUST 36


ROLEX



Pathos, Kreativität und Patriotismus haben die viertägigen Feierlichkeiten zum 70. Thronjubiläum von Elizabeth II geprägt.

BILDER AP / REUTERS

Das nahende Ende einer Ära

Grossbritannien feiert seine Queen – doch die Monarchie steht vor einem schwierigen Übergang

NIKLAUS NUSPLIGER, LONDON

Wenn die Briten ihre Queen feiern, feiern sie auch sich selber. Zehntausende von Zuschauern waren am Samstagabend auf die Prachtstrasse The Mall und in den St. James's Park gezogen, um auf Grossleinwänden die Platinum Jubilee Party der BBC vor dem Buckingham-Palast mitzuverfolgen. Altmeister wie Diana Ross, Andrew Lloyd Webber und Elton John waren ebenso mit von der Partie wie der Rapper Diversity oder der Tiktok-Star Mimi Webb, um die britische Musikszene, aber auch die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite und Vielfalt abzubilden.

Zuschauer von jung bis alt hatten sich britische Flaggen umgebunden oder den Union Jack auf die Wangen geschminkt und sangen aus voller Kehle die Nationalhymne «God Save the Queen». Die Königin verfolgte das Konzert aus gesundheitlichen Gründen nicht vor Ort, sondern vor dem Fernseher auf Schloss Windsor. Doch hatte sie einen humorvollen Sketch beim Tee mit der beliebten Kinderbuchfigur Paddington aufgenommen. Die Menge jubelte jedes Mal frenetisch, wenn auf der Leinwand ein Bild der Monarchin eingeblendet wurde.

Farbenfroher Festumzug

Pathos, Kreativität und Patriotismus hatten die viertägigen Feierlichkeiten zum 70. Thronjubiläum von Elizabeth II. geprägt, die am Sonntag mit Strassenpartys im ganzen Land und einem farbenfrohen Festumzug beim Buckingham-Palast zu Ende gingen. Der fröhlich zelebrierte Nationalstolz wirkte weder dumpf noch ausschliessend. Viel-

mehr stellt die Queen als Landesgrossmutter eine positive Identifikationsfigur dar, auf die die Bevölkerung patriotische Gefühle ohne schlechtes Gewissen projizieren kann. Selbst viele Briten, die mit der Monarchie wenig am Hut haben, verspüren Respekt für die Lebensleistung der 96-jährigen Monarchin.

Im Gegensatz zu anderen Mitgliedern der Königsfamilie steht die Queen über allen Skandalen. Sie symbolisiert Werte wie Integrität, Fleiss, Uneigennützigkeit und Dienst an der Gemeinschaft. Umso schärfer wirkt der Kontrast zu Premierminister Boris Johnson, der in der Party-Affäre solche Werte vermissen liess. Als Johnson mit seiner Frau Carrie am Freitag zum Dankgottesdienst zu Ehren des Queen-Jubiläums in der Londoner St. Pauls-Kathedrale eintraf, musste er sich Pfiffe und Buhrufe anhören.

In den Würdigungen der letzten Tage war viel von der einigenden Wirkung der Königin die Rede, die Leitplanken für die harte politische Auseinandersetzung setzt. Zudem hält die Queen als moralische Autorität Politiker im Zaum. Man sagt, David Cameron habe sich regelrecht vor dem Gespräch mit der Queen gefürchtet für den Fall, dass Schottland 2014 für die Unabhängigkeit votiert hätte.

Die Königin und ihre Verdienste standen im Zentrum der Feierlichkeiten. Doch wurde beim Platin-Jubiläum auch deutlich, dass sich die Monarchie in einer Phase des Übergangs befindet. Die Queen wohnte am Donnerstag auf dem Balkon des Buckingham-Palasts der Geburtstagsparade «Trooping the Colour» sowie am Sonntag dem Festumzug bei, musste dazwischen aber mehrere geplante Auftritte aus gesundheitlichen Gründen absagen. Umso mehr rückte

die neue Generation von Royals ins Zentrum – nicht zuletzt die Enkelkinder George, Charlotte und Louis. Der Thronfolger Prinz Charles, der im Frühjahr bereits anstelle seiner Mutter das Parlament eröffnet hatte, nahm nun im Namen Ihrer Majestät erstmals die traditionelle Militärparade ab.

Junge sind kritischer

Damit gewöhnt sich die Bevölkerung langsam an den Gedanken, dass in absehbarer Zukunft Charles anstelle seiner Mutter auf den Thron rücken wird. Doch haben die Festivitäten auch deutlich gemacht, wie schwierig dieser Übergang sein wird, zumal Charles über deutlich tiefere Popularitätswerte verfügt als die Königin. Bei seinem Auftritt an der Seite seiner Gattin Camilla an der BBC-Party würdigte er seine Mutter auf rührende Weise. Doch wirkte der Prinz ungelent, und aus dem Publikum brandete ihm Applaus, aber kein Enthusiasmus entgegen.

Die Herausforderung für den 73-jährigen Charles ist umso grösser, als er die jüngere Generation wieder für die Monarchie begeistern muss. Eine Umfrage des Forschungsinstituts Yougov hat ergeben, dass die Zustimmung zur Monarchie in den letzten zehn Jahren von 71 auf 61 Prozent zurückgegangen ist, wobei sich 22 Prozent für ein gewähltes Staatsoberhaupt aussprechen und 17 Prozent keine Meinung äussern. Während die über 65-Jährigen die Monarchie am deutlichsten unterstützten, halten sich unter den 18- bis 24-jährigen Briten Befürworter und Gegner der Monarchie etwa die Waage.

Charles will die Monarchie abspecken und die Verantwortlichkeiten auf weniger Schultern verteilen. Noch stärker in den

William und Charles dürften versuchen, ihren Einfluss in den Dienst des Klimaschutzes zu stellen und damit auch die Basis für ihre Legitimation zu verbreitern.

Mittelpunkt rücken wird daher der populäre William, der nach Charles an zweiter Stelle in der Thronfolge steht. Der bald 40-Jährige liess am Samstagabend an der BBC-Party durchblicken, wie er die Monarchie künftig zu positionieren gedenkt. Er stellte seine Ansprache ganz ins Zeichen des Umwelt- und Klimaschutzes – ein Thema, das der jüngeren Generation besonders unter den Nägeln brennt.

Ungewisse Zukunft

William und Charles dürften versuchen, ihren Einfluss in den Dienst des Klimaschutzes zu stellen und damit auch die Basis für ihre Legitimation zu verbreitern. Anders als in den USA gibt es in Grossbritannien parteiübergreifende Unterstützung für die Klimapolitik, weshalb sich die Royals solche Positionsbezüge leisten können. Doch der Grat zwischen moralischer Autorität und politischem Aktivismus ist schmal, zumal die Queen als Staatsoberhaupt zu Neutralität verpflichtet ist.

Die grosse Dankbarkeit für die Queen und der Rückblick auf ihre siebzig Jahre auf dem Thron markierten das nahende Ende einer Ära. Nach dem Brexit und angesichts der akuten wirtschaftlichen Probleme blickt das Land einer ungewissen Zukunft entgegen, in der eher früher als später auch die stabilisierende Wirkung der Königin fehlen wird. Doch in ihrer Grussbotschaft zum Jubiläum zeigte sich die Queen zuversichtlich, dass ihre Nachfahren den Balanceakt zwischen Tradition und Erneuerung meistern werden. «Indem wir darüber nachdenken, was wir in den letzten siebzig Jahren erreicht haben, blicken wir auch der Zukunft mit Selbstvertrauen und Enthusiasmus entgegen.»

Der Ukraine-Krieg hat am WEF verschiedene Themen in den Vordergrund gerückt

Anzahl der offiziellen Panels, in denen die Begriffe Thema waren

2020 2022



QUELLE: WEF

NZZ / phw

Das WEF als Zukunftslabor

Ob Weltordnung im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg oder Corporate Governance im Metaversum: Es braucht internationale Kooperation zwischen Politik und Wirtschaft, wie sie das Weltwirtschaftsforum propagiert. Von Peter A. Fischer

Nach über zweijähriger Corona-Pause ist die Jahresversammlung des World Economic Forum (WEF) in Davos Ende Mai spürbar anders verlaufen als frühere Treffen: Anders, weil es statt knirschenden Schnee und Eis Frühlingssonne, farbige Blumenwiesen und Gewitterregen gab. Anders auch, weil das geforderte I-G-Regime (vollständige Impfung inklusive Booster plus wiederholtes Testen) und bereits gefüllte Terminkalender einige von einer Teilnahme abgehalten haben. Manche dürften aus Angst vor Covid-19 den Termin abgesagt haben. Die Russen fehlten diesmal, weil sie vom Veranstalter allesamt eingeladen worden waren, und von der chinesischen Regierung getraute sich nur der Klimabeauftragte nach Davos. Aufhorchen liess, dass er sich mit seinem amerikanischen Pendant John Kerry (dem ehemaligen US-Aussenminister) nicht nur dort, sondern danach gleich auch noch in Berlin und Stockholm getroffen hat. Wo es geht, kooperieren China und die USA eben doch noch.

Grosse Ukraine-Delegation

An den WEF-Panels war es spürbar einfacher als auch schon, einen Platz zu ergattern, und es gab wohl auch wegen des Kriegs in der Ukraine weniger Abendveranstaltungen und Partys. Der 24. Februar und seine Folgen dominierten dieses WEF. Fünf ukrainische Parlamentarierinnen aus den unterschiedlichsten politischen Fraktionen, der ukrainische Aussenminister und der junge Digitalminister waren ebenso angereist wie die Klitschko-Brüder (Witali ist seit 2014 Bürgermeister von Kiew). Der ukrainische Oligarch Wiktor Pintschuk sponserte (im ehemaligen «Russia House») eine Ausstellung über russische Kriegsverbrechen und organisierte eine hochkarätig besetzte Frühstücksdiskussion über die Zukunft der Ukraine. Auch der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski (der am WEF schon die Eröffnungsrede gehalten hatte) schaltete sich per Videolink dazu.

Auffällig geschlossen und einheitlich war die Botschaft, die alle Ukrainerinnen und Ukrainer verbreiteten. In unterschiedlichen Facetten erklärten sie, dass ihr Land sich schon länger von Russland ab- und Europa zuwenden wolle und anders als Putins unterdrücktes Reich von einer sehr lebendigen Zivilgesellschaft und Medienvielfalt profitiere. Sie gaben durchaus zu, dass die Ukraine vom jahrelangen Konflikt mit Russland, von politischen Streitereien, Rechtsunsicherheit und Korruption geschwächt worden sei und viele Transformationsziele auf dem Weg in die EU noch nicht erreicht habe.

Doch offensichtlich hat der Krieg nun alle Meinungsverschiedenheiten weggewischt. «Begrüßt endlich, dass wir auch für euch wild entschlossen kämpfen», lautete die einhellige Botschaft. Für Demokratie und eine offene Gesellschaft und gegen

Putins neoimperialen Despotismus der Angst und Unterdrückung. In einem Krieg, in dem der russische Aggressor unerbittlich Greueltaten verübt und auf Geländegewinne gegen den zum Feindbild stilisierten Westen setzt. Einhellig ertönte in Davos auch die ukrainische Mahnung an den Westen, dass Russland schon deshalb nicht gewinnen dürfe, weil dies Putin nur zu weiteren antiwestlichen Kreuzzügen ermutigen und verhindern würde, dass Russland seinen Krieg bereue und die russische Bevölkerung über ihre Fehlleistungen nachzudenken beginne.

Immer wieder war auch das glaubhaft vorgetragene Versprechen zu hören, dass all der Schrecken, die Angst und die humanitären Katastrophen das Land und seine Bevölkerung zusammengeschweisst hätten. Ungeachtet politischer Differenzen werde man beim Wiederaufbau zusammenstehen, um eine neue Ukraine nach westlichem Vorbild zu schaffen, mit Rechtssicherheit, transparenterem wirtschaftlichem Wettbewerb und ohne Korruption.

Nun rollt die russische Feuerwalze in der Ostukraine unerbittlich voran. Wieder flehen die Ukrainer den Westen um schnellere Unterstützung an. Die selbst von Menschenrechtsaktivistinnen drin-

Ein 100-Millionen-Projekt soll es WEF-Teilnehmern erlauben, im dreidimensionalen Raum des Metaversums zusammenzukommen.

gend erbetene «humanitäre Hilfe» sind schwere Waffen. Auch eine EU-Beitritts-Perspektive könnte Mut machen. Und wieder zögert Europa. Natürlich wird es am Ende Realismus brauchen und gilt es, ein nukleares Armageddon zu verhindern. Doch die Kompromisse sollten nicht zu früh kommen. Wenn der Westen jetzt nicht über seinen Schatten springt, wird «gut gemeint» wieder zur Katastrophe.

Viele Stimmen am WEF äusserten sich besorgt darüber, dass der Krieg und die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zum Vorwand werden könnten, die Klimapolitik zu vernachlässigen. George Soros warnte gar vor einem drohenden Weltuntergang. Doch Putins Herausforderung stärkt in den EU-Ländern auch das Bewusstsein, dass es nebst dem üblichen Gerangel um Subventionen und Transfers auch um grundsätzlichere Probleme geht und diese nur in internationaler Zusammenarbeit gelöst werden können. Selbst China scheint verstärkt auf globale Kooperation zu setzen und ein «russisches Szenario» für sich verhindern zu wollen. Die Einsicht ist verbreitet, dass Klimapolitik notwendig sei, aber horrend teuer zu stehen komme und wenig bewirke, wenn sie nicht die beste Technologie nutze und international kooperiere.

Und so gibt es zwar unübersehbare Anzeichen, dass das Streben nach mehr Resilienz und Unabhängigkeit zu einer etwas geringeren Verflechtung der verschiedenen Wirtschaftsräume führt. Das senkt die Effizienz und verstärkt den Inflationsdruck. Doch gleichzeitig scheint sich auch die Erkenntnis durchzusetzen, dass selbst ein harter Systemwettbewerb einen Rahmen aus multilateraler Kooperation braucht. Offen ist allerdings, in welchen Institutionen dieser Multilateralismus künftig stattfinden wird. Die Uno wird durch das Vetorecht der fünf Sicherheitsratsmitglieder gelähmt. Die Gruppe der grossen Industrie- und Schwellenländer (G-20) hat sich zwar seit der Finanzkrise zu einem internationalen Standardsetzer entwickelt, wird nun aber durch den Disput um Russland gelähmt. Die Welthandelsorganisation (WTO) wird schon länger durch ihr Einstimmigkeitsprinzip gelähmt.

Zu hoffen ist, dass das Bewusstsein für die Bedeutung des Multilateralismus derart zunimmt, dass eine Koalition der Willigen wieder mehr Bewegung in diese Foren bringt. Allenfalls können auch plurilaterale Kompromisse einen Ausweg bieten. Die für Mitte Juni geplante WTO-Ministerkonferenz in Genf (auf der man sich über ein Abkommen zur Pandemiebekämpfung und eines zur Fischerei einigen könnte) mag dafür zum Testfall werden.

Von der Gruppe der westlichen Industrieländer G-7 (die früher, als Russland noch dabei war, G-8 hiess) kam in Davos das Signal, dass sie von der Bildung eines für andere offenen Klimaklubs bis hin zu Finanz- und Währungsfragen bestrebt ist, durch Beizug von kooperationswilligen Schwellenländern zum initiativen Ideengeber zu werden. Allenfalls

könnte eine solchermassen erweiterte G-7 die G-20 ersetzen, sollte diese blockiert bleiben.

Daneben bleibt das WEF ein Ort, der immer wieder faszinierende Einblicke in die technologische Zukunft erlaubt. Diesmal war die Neuentdeckung des Metaversum (englisch Metaverse), in das Klaus Schwab sein Davos jenseits der physischen Treffen führen will. Ein laut Schwab 100-Millionen-Projekt, das zusammen mit Microsoft und Accenture lanciert wurde, soll es Teilnehmern künftig erlauben, im dreidimensionalen virtuellen Raum des Metaversums für einen guten Zweck zusammenzukommen. Kaum ist die Virtual-Reality-Brille aufgesetzt, kann der vorläufig nur aus Kopf und Rumpf bestehende digitale Zwilling auf andere zugehen, mit ihnen zusammenarbeiten sowie innerhalb von wenigen Sekunden sich wenn nötig über mehrere hundert Kilometer an einen anderen Ort in der Welt begeben.

Die Geschwindigkeit, mit der man sich auf einem Stuhl sitzend im virtuellen Raum bewegen kann, macht etwas schwindlig. Noch ist die Technologie offensichtlich nicht ganz ausgereift; ein Experte rechnet mit zehn bis zwanzig Jahren, bis sie verbreitet Anwendung findet. Doch bereits können virtuelle Kunstgegenstände und Grundstücke im Metaversum gekauft werden. Das Davos im Metaversum soll allerdings nicht kommerziellen Zwecken dienen, sondern die multilaterale Zusammenarbeit über grosse Distanzen hinweg erleichtern und realer machen. Microsoft scheint sich davon zu erhoffen, der heutigen Teams-Kooperationssoftware dereinst eine dritte Dimension zu geben.

Gemeinsam Früchte pflücken

Die Idee wirkt faszinierend. Tatsächlich erhält das Zusammenarbeiten im Metaversum eine andere Intensität, wenn man gemeinsam die Früchte eines Baobab-Baums pflücken und dreidimensional inspizieren kann. Oder auch nur durch die Räume des Convention Center zur Wandtafel eilt. Da lässt sich kaum mehr wie in gängigen virtuellen Meetings hinter dem Bildschirm versteckt etwas ganz anderes machen. Der digitale Zwilling verrät den anderen jede Bewegung.

Doch der Blick in die Zukunft wirft auch Fragen auf. Wird man sich in diesen Kunstwelten nicht verlieren? Kommt da das echte Zwischenmenschliche nicht zu kurz? Und wer garantiert eine Corporate Governance, die die Privatsphäre schützt? Wer darf über all die Daten wie verfügen, die sich aus dem Verhalten des digitalen Zwillings im Metaversum ableiten lassen? Und wer verhindert Missbrauch, Cyberattacken oder gar Spionage?

Es sind dies alles Themen, denen das WEF gerne breiten Raum einräumt und Initiativen widmet. Sie illustrieren, wie wichtig multilaterale Plattformen wie das WEF auch künftig sind, die Dialoge zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik erleichtern.



Diese Analyse ist auf NZZ PRO Global erschienen, unserem digitalen Blick voraus auf Weltwirtschaft und Geopolitik. Für unsere Printabonnenten drucken wir jeweils Anfang Woche hier einen Wochenkommentar des NZZ-Chefökonomen Peter A. Fischer oder eine Analyse des Aussenpolitik-Experten Ulrich Speck ab. Mehr Analysen und Hintergründe finden Sie auf nzz.ch/pro-global.

OPERNHAUS
ZÜRICH

BRYN TERFEL

Der walisische Bassbariton singt ein abwechslungsreiches Programm,
unter anderem mit Folk-Songs aus seiner Heimat, Liedern von Schubert,
Debussy und Schumann und Arien von Beethoven und Wagner

LIEDERABEND
MI, 15 JUN 2022, 19.30 UHR



VORSTELLUNGEN
3, 5, 8, 10 JUL 2022

FALSTAFF

«Alles auf der Welt ist Spass und der Mensch ein Narr».
Bryn Terfel steht am Opernhaus Zürich einmal mehr als Titelfigur
in Giuseppe Verdis «Falstaff» auf der Bühne.



OPERNHAUS
ZÜRICH

www.opernhaus.ch/falstaff

Dick Marty im zermürbenden Hausarrest

Der unbequeme Politiker steht aufgrund von Attentatsplänen gegen ihn seit eineinhalb Jahren unter Polizeischutz

MARCEL GYR, MARC TRIBELHORN

Es war kurz vor Weihnachten 2020, als Dick Marty einen Telefonanruf erhielt, der seinem Leben die Leichtigkeit nahm. Am anderen Ende der Leitung meldete sich der Kommandant der Tessiner Kantonspolizei. Marty solle keinesfalls sein Haus verlassen, sagte er. Er mache sich sofort auf den Weg zu ihm, bis dahin solle er sich möglichst unauffällig verhalten und auch keinen weiteren Anruf entgegennehmen.

Seither sind fast eineinhalb Jahre vergangen, und an der akuten Bedrohungslage hat sich nur wenig geändert. Marty, 77 Jahre alt, Jurist, ehemaliger Staatsanwalt, der gegen die Mafia vorging, freisinniger Regierungsrat und Ständerat aus dem Kanton Tessin, steht unter so massivem Polizeischutz, wie es die Schweiz bis anhin nicht gekannt hat – oder zumindest nie öffentlich wurde. In den ersten Monaten logierten bewaffnete Sondereinheiten direkt im Haus der Familie Marty. Sogar die Landesregierung befasste sich mit dem Fall: Justizministerin Karin Keller-Sutter stellte aufgrund eines Gesuchs der Tessiner Kantonspolizei dem Bundesrat den Antrag für einen befristeten Einsatz der Armee, um den Schutz Martys sicherzustellen. Später wurde das Dispositiv insofern gelockert, als die Bewacher ihren Auftrag inzwischen von ausserhalb wahrnehmen. Für den Notfall eines Angriffs unter Waffengewalt wurde in Martys Haus ein «safe room» eingerichtet, in den er und seine Familie flüchten könnte. Verlässt der Tessiner ganz selten einmal sein Domizil, dann nur mit kugelsicherer Weste und Bodyguards.

Hinweis aus Kosovo

Auslöser für den rigorosen Schutz, der für Marty und seine Angehörigen äusserst belastend ist, war laut Informationen der NZZ ein Hinweis aus Kosovo. Eine Quelle, mit der Schweizer Polizeikreise im Zusammenhang mit einem länderübergreifenden Strafverfahren seit längerem in Kontakt stehen, erzählte von einem Auftrag aus Serbien, Dick Marty zu liquidieren.

In der Sendung «Mise au point» des Westschweizer Fernsehens RTS, das den Fall publik machte, sprach Dick Marty im vergangenen April von «gewissen Kreisen des serbischen Geheimdienstes», die in Kosovo ehemalige Kämpfer als Auftragsmörder engagiert hätten.



Hoffen auf das Ende des Albtraums: Dick Marty in einer Aufnahme von 2009 im Bundeshaus.

KARIN HOFER / NZZ

So sollte eine falsche Spur gelegt werden: Die durch serbische Kreise beauftragte Liquidation würde den Kosovaren angehängt. Eine «False-Flag-Operation», wie es im Genre heisst. Serbien hat die Eigenstaatlichkeit Kosovos nie anerkannt und sieht die Republik weiterhin als eine «abtrünnige Provinz».

Doch weshalb Dick Marty? Der Tessiner, der 2011 von der nationalen Politbühne abtrat, sorgte international als Sonderberichterstatter im Auftrag des Europarats für Aufsehen. In dieser Funktion veröffentlichte er 2010 einen Bericht über mutmassliche Verbrechen von Angehörigen der UCK, der einstigen paramilitärischen Befreiungsarmee Kosovos. Darin wirft Marty der UCK unter anderem ethnische Vertreibungen, Hinrichtungen und den Handel mit Organen von Kriegsgefangenen vor. Dafür verantwortlich gemacht wird in erster Linie Hashim Thaci, ehemaliger UCK-Führer, bis 2014 erster Regierungschef und späterer Staatspräsident Kosovos.

Basierend auf Martys Bericht wurde vor zwei Jahren Anklage gegen Thaci

erhoben, wegen Verdachts auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Im November 2020 liess das Kosovo-Sondertribunal in Den Haag die Anklage zu. Thaci musste zurücktreten und wurde inhaftiert. Wenige Wochen später erhielten die Schweizer Polizeibehörden den Hinweis aus Kosovo zum angeblichen Auftragsmord gegen Dick Marty.

Gegen diese auf den ersten Blick abenteuerlichen Vorwürfe wehrte sich der serbische Nachrichtendienst BIA umgehend. Solche Behauptungen würden seinem Ansehen völlig zu Unrecht unermesslichen Schaden zufügen, hielt der BIA in einer Stellungnahme fest. Dass das Schutzkonzept im Umfeld von Dick Marty weiterhin aufrechterhalten wird, spricht allerdings dafür, dass der Hinweis aus Kosovo sehr ernst genommen wird.

Agenten in der Schweiz

Der Fall Marty ist von aussergewöhnlicher Brisanz. Dass ausländische Nachrichtendienste die Schweiz nicht bloss als

Umschlagplatz für Informationsbeschaffung nutzen, sondern auch für verdeckte Operationen, ist indes längst eine Tatsache. Man kann sehr leicht ein- und ausreisen und wird kaum je überwacht, besonders in Genf tummeln sich Diplomaten aus allen Herren Ländern.

Peter Regli, der ehemalige Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, beobachtet seit längerem, wie unverfroren Agenten «diktatorisch regierter Staaten» auf eidgenössischem Boden zu Werke gehen. «Besonders die Russen, Chinesen und Türken sind sehr aktiv. Sie bespitzeln die eigenen Landsleute, die in der Schweiz leben, und schrecken auch vor Drohungen nicht zurück. Viele geniessen diplomatische Immunität, weil sie offiziell als Botschaftsmitarbeiter gemeldet sind.»

Akute Gefährdungen wie im Fall Marty seien aber sehr selten. Es brauche dann massiven Personenschutz, wie nun beim Russen Boris Bondarew, der aus Protest gegen Putins Krieg in der Ukraine als Diplomat bei der Uno in Genf zurückgetreten ist. Bei an Leib

und Leben bedrohten Personen sei das Untertauchen mit neuer Identität an einem ausländischen Ort ein bewährtes Mittel der Behörden, sagt Regli. «Doch weshalb sollte ein Schweizer Staatsbürger wie Dick Marty seine Heimat verlassen? Der Staat muss seine Bürger schützen können, auch wenn es sehr lang dauern und hohe Kosten verursachen sollte. Und er muss politisch alle Hebel in Bewegung setzen.»

Die Bundesanwaltschaft und das Bundesamt für Polizei teilen auf Anfrage schriftlich mit: «Die zuständigen Schweizer Behörden stehen auf verschiedenen Ebenen in Kontakt mit den serbischen Behörden.» Insbesondere sei auf polizeilicher Ebene ein Informationsaustausch in Gang gesetzt worden. In diesem Rahmen hätten auch Treffen zwischen der Bundeskriminalpolizei und den serbischen Polizeibehörden stattgefunden. Dieser Austausch wird «als professionell und konstruktiv» bezeichnet.

Diplomatie auf dem Balkan

Laut Informationen, die der NZZ vorliegen, ist die Schweiz neu auch auf diplomatischer Ebene aktiv geworden. Staatssekretärin Livia Leu soll sich um das Dossier kümmern und diesbezüglich mit dem serbischen Aussenministerium in Kontakt sein. Auf Anfrage gibt sich das Aussendepartement (EDA) wortkarg. Die Kontakte mit dem serbischen Aussenministerium seien regelmässig und fänden auf verschiedenen Ebenen statt. «Sie ermöglichen es, alle Themen von gemeinsamem Interesse zu besprechen», schreibt das EDA. Bestätigt wird, dass Staatssekretärin Leu noch in diesem Monat zu politischen Gesprächen nach Belgrad und Pristina reist, den Hauptstädten von Serbien und Kosovo.

Dick Marty wird es erfreut zur Kenntnis nehmen. Schon vor langem hat er von den Schweizer Behörden gefordert, endlich alles zu tun, um seinen Albtraum zu beenden: «Man darf sich nicht auf den Schutz des Ziels beschränken, ohne eine Strategie zum Ausschalten der Bedrohung zu haben», sagte er im Westschweizer Fernsehen RTS. Eine Anfrage der NZZ hat Marty nicht beantwortet. Über seinen Freund Franco Cavalli, den früheren Fraktionschef der SP, lässt er aber ausrichten, an seiner prekären Situation habe sich grundsätzlich nichts geändert. Noch immer befinde er sich in einem zermürbenden Hausarrest – seinem persönlichen Lockdown.

Stau am Gotthard nun auch bei zweiter Röhre

Die Einsprache gegen eine Arbeitsvergabe blockiert den Bau des neuen Strassentunnels

ERICH ASCHWANDEN

Seit dem Freitag war auf der Gotthardstrecke wieder einmal Stopp und Go angesagt. Der Pflingstverkehr stockte. Die Automobilisten mussten sich auf der A 2 Richtung Süden in Geduld üben. Einige Reisende hatten deshalb Zeit, einen Blick zu werfen auf die Grossbaustelle kurz vor der Einfahrt in den Strassentunnel in Göschenen. Auf der linken Talseite graben sich die Schweizer wieder einmal durch den harten Gotthardgranit. Doch nun könnten die Arbeiten für die zweite Strassenröhre ins Stocken geraten.

Vor kurzem hat nämlich das Bundesamt für Strassen (Astra) die Einwohner von Göschenen darüber informiert, dass die Vergabe eines Bauloses durch ein Gerichtsverfahren blockiert ist. Ein Unternehmen, das bei der Submission nicht berücksichtigt wurde, hat eine Beschwerde gegen den Entscheid ans Bundesgericht weitergezogen. Gemäss dem «Urer Wochenblatt» handelt es sich dabei um das Los für die Materialbewirtschaftung und die Logistik.

Nähere Angaben zu der Einsprache machte das Astra mit Hinweis auf das laufende Verfahren nicht. Wie Daniel

Frey vom Bundesamt für Strassen anlässlich der Informationsveranstaltung im Urner Oberland ausführte, ist noch offen, wie stark sich die eigentlichen Bauarbeiten verzögern werden. Erste Konsequenzen für den eng getakteten Zeitplan hatte die rechtliche Auseinandersetzung bereits.

Eigentlich hätte bis Ende April klar sein sollen, welche Firmen den Vortrieb des Haupttunnels von Norden und Süden her vornehmen sollen. Diese Vergabe wurde nun gestoppt. «Es nützt nichts, die Hauptarbeiten zu vergeben, die Maschinen zu bestellen und den Aushub zu machen, wenn diesen dann niemand abnimmt», erklärt Frey. Bis das Bundesgericht sein Urteil gefällt hat, geht also in Sachen Vergabe erst einmal nichts.

Auswirkungen noch offen

Gemäss Terminplan sollen die Tunnelbohrmaschinen ihren Betrieb im Jahr 2024 aufnehmen. Der Durchschlag für das 2,14 Milliarden Franken teure Bauwerk ist für 2026 geplant, und Ende 2029 soll die neue Röhre eröffnet werden. Ab April 2020 verliefen die Bauarbeiten an den beiden Tunnelportalen in Airolo

und Göschenen reibungslos. Nur der offizielle Spatenstich musste aufgrund der Einschränkungen durch die Coronapandemie auf den September 2021 verschoben werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist also noch offen, wie stark sich die rechtliche Auseinandersetzung auf den Eröffnungstermin auswirken wird. Doch egal, wann dies der Fall sein wird, die Automobilisten dürfen sich nur wenig Hoffnungen machen, dass sie an den chronischen Stauwochenenden Ostern, Pfingsten und während der Sommerferien schneller in den Süden kommen werden.

Sobald die neue Gotthardröhre in Betrieb genommen wird, soll nämlich der 1980 in Betrieb genommene Tunnel geschlossen werden, damit dort die Sanierungsarbeiten in Angriff genommen werden können. Frühestens ab 2032 stehen gemäss Astra dann beide Tunnel mit einer Länge von 16,9 Kilometern zur Verfügung. Allerdings wird pro Richtung stets nur eine Fahrspur offen sein.

Mit diesem Verkehrsregime wird gewährleistet, dass die Verkehrskapazität auf der Alpentransitachse durch den Gotthard nicht erhöht wird. Das Thema Kapazitätsausweitung hatte den Ab-

stimmungskampf im Jahr 2016 dominiert. Linke und Grüne befürchten nämlich, dass diese Beschränkung eher früher als später fallen wird, wenn der Druck vonseiten der EU für freie Fahrt am Gotthard zu gross wird.

Pünktlich zum Stauwochenende an Pfingsten 2022 erfolgte zum ersten Mal öffentlich die Forderung nach der Öffnung aller vier Spuren. Geäussert wurde sie im «Tages-Anzeiger» vom SVP-Nationalrat Walter Wobmann, der sich im Parlament zu einer Art Schutzpatron der Automobilisten und Motorradfahrer entwickelt hat.

Obwohl sich die Reisezeit kaum verkürzen dürfte, werden viele Autofahrerinnen und Autofahrer froh sein, wenn beide Röhren in Betrieb gehen. Viele von ihnen beschleicht nämlich aufgrund des Gegenverkehrs ein ungutes Gefühl im längsten Strassentunnel in den Alpen. Frühestens ab 2032 wird der Verkehr richtungsgetreunt geführt, ausserdem werden seitliche Pannestreifen zur Verfügung stehen.

Auch die Einwohner von Airolo am Südportal des Tunnels dürften erleichtert sein, wenn die zweite Röhre in Betrieb geht. In der Leventina wird das Ausbruchmaterial aus dem Tunnel näm-

lich genutzt, um die Autobahn auf einer Länge von rund 1000 Metern zu überdecken. Ausserdem wird der Talboden durch einen Grüngürtel markant aufgewertet. Insgesamt können so 160 000 Quadratmeter zusätzliche Fläche ausgeschieden werden. Die Kosten betragen rund 100 Millionen Franken. Sie werden je zur Hälfte vom Bund und vom Kanton Tessin getragen.

Klagen wegen Baulärm

Ärger gibt es hingegen in Göschenen. Seit im Frühling 2020 mit den Vorarbeiten für die zweite Röhre begonnen wurde, häufen sich die Klagen von Bewohnerinnen und Bewohnern des sonst ruhigen Dorfes im Reusstal. Wie die Zeitschrift «Der Beobachter» berichtete, haben mehrere Einwohner eine Beschwerde und eine Strafanzeige eingereicht, weil die Ruhezeiten auf der Baustelle nicht eingehalten werden.

Über das Pfingstwochenende haben die Göschener immerhin Ruhe von der Baustelle für die zweite Röhre. An die langen Staus und die Schliessung der Ausfahrt Göschenen an den notorischen Wochenenden haben sich die Urner schon längst gewöhnt.

BLICK ZURÜCK

Welche Armee braucht die Schweiz?

In den 1860er Jahren forderten Offiziere die Volksbewaffnung – ihr Ideal waren Guerillatruppen mit flachen Hierarchien

URS HAFNER

Am Ende siegt Wille. Nach 1900 setzt der Korpskommandant Ulrich Wille, der zukünftige General, seine Vorstellung von der Armee durch. Ein einheitlicher, hierarchisch aufgebauter Apparat soll sie sein – mit Soldaten, die auf dem Kasernenhof gedrillt und herumkommandiert werden.

Es hätte anders kommen können. In den 1860er Jahren wird die noch kaum zentralisierte Schweizer Armee von einem Richtungsstreit heimgesucht. Führend sind die Exponenten des Establishments. Ihr Vorbild für die Milizarmee sind die stehenden Heere der Monarchien mit ihren Paraden und steifen Uniformen, deren Schmuckgrad mit dem Rang ihres Trägers korreliert. Je höher dieser auf dem Ross sitzt, desto bunter sind seine Epauletten.

Ein Zürcher in Zentralamerika

Herausgefordert wird das Establishment von den Verfechtern des Volksheers. Sie folgen einem republikanischen Militärideal, welches das Milizprinzip radikalisiert. Ob alt oder jung, alle Männer sollen bewaffnet werden, vielleicht sogar die Frauen; das müsste dann im Detail geklärt werden. Die Erfindung des sogenannten Repetiergewehrs, mit dem man schneller und genauer schiessen kann, kommt den Reformern entgegen: Das neue Volksheer soll ein Schützenheer sein. Die Uniformierung der Soldaten finden sie ebenso überflüssig wie



Schweizer Soldaten auf einem Holzschnitt von 1857

ALAMY

die Kavallerie und die Kommandokadetten, denn Guerillatruppen müssen selbstbestimmt und schnell agieren.

Die reformerischen Offiziere sind Aussenseiter und vorwiegend aristokratischer Abstammung. Aymon de Gingins-La Sarraz wohnt in seinem Waadtländer Schloss, er ist ledig. Karl Bürkli, verhaltensauffälliger Sohn einer Zürcher Patrizierfamilie und ebenfalls unverheiratet, hat sich dem Sozialismus verschrieben und befürwortet das Frauenstimmrecht. Der Berner Adlige Franz von Erlach, ein Anwalt, nervt seine Kollegen in der Offiziersgesellschaft, die seine

Volkskriegsideen immer wieder von der Traktandenliste streichen.

Stören sich die Reformer an der bürgerlichen Imitation höfischer Heere, die ja doch nicht mehr sein kann als eine schlechte Kopie? Oder wollen sie resolut mit dem Geist des Ancien Régime brechen? Selbstbewusst berufen sie sich auf ihre Kriegserfahrungen. Damit kann nun wirklich nicht jeder auftrumpfen, auch wenn manche Offiziere in ausländischen Regimentern ausgebildet worden sind.

Der Infanteriehauptmann Karl Bürkli zum Beispiel kämpfte 1856 in Nicaragua in der Kolonialarmee William

Walkers – gegen seinen Willen, wie er später behauptet. General Walker, der in Heidelberg und Paris studiert hat, will nicht weniger als Zentralamerika Freiheit und Aufklärung bringen. Dafür freilich muss er es erobern. Immer grösser wird der Widerstand, auf den seine Söldnertruppen stossen, nicht zuletzt unter den wohlhabenden Grossgrundbesitzern. Schliesslich begehen Walkers Truppen Massaker an den Einheimischen, er schwingt sich zum brutalen Diktator auf, seine Armee zerfällt. Aber da hat sich Bürkli bereits nach Honduras abgesetzt und von dort wieder nach Zürich.

Auch die Frauen kämpfen

Wie man mit seiner Truppe am besten kämpfe und den Feind töte, das habe er erst als «gemeiner Guerillero» unter «kriegstüchtigen und intelligenten Offizieren» gelernt, erinnert Bürkli sich 1865. Gentüßlich lässt er die Leserschaft am Schrecken des Geschehens teilhaben. «Mein Kriegsgewand war nicht brillant, aber äusserst bequem», nämlich Filzhut, Matrosenhemd und weite Hosen. «Die Stelle unseres unpraktischen und schweren Tornisters versah ein äusserst kommoder und leichter Sack, der am Rücken oder an der Seite getragen wurde», wie es dem Soldaten besser passte. Ein wasserdichtes Tuch diente als Decke, Mantel, Zelt oder Hängematte. «Etwas Praktisches, Leichteres und Billigeres kann es für den Wehrmann nicht geben.» Bürkli will die Uniformen abschaffen und ein «Zi-

vil-Wehrkleid» einführen, wie es schon die alten Eidgenossen getragen hätten.

Franz von Erlach, Oberstleutnant der Artillerie und Angehöriger des Generalstabs, ist nicht in Kampfhandlungen involviert, beobachtet aber 1863 in Polen den Januaraufstand gegen die russischen Besatzer. Der polnische Adel erringt im Partisanenkrieg einige Erfolge, doch am Ende ist die Niederlage nicht abzuwenden, weil die Armee unzulänglich bewaffnet ist und sich nicht alle bäuerlichen Schichten dem Aufstand anschliessen.

Dennoch ist von Erlach beeindruckt vom «vollkommenen Volkskrieg». Der Offizier wird nicht nur Zeuge mehrerer Gefechte, sondern er wird auch mehrmals inhaftiert, wie er in seinem Bericht von 1866 festhält. Positiv hebt er die Beteiligung von Frauen hervor, die «durch die nirgends so weit gediehene, auch vom Gesetz anerkannte Selbständigkeit des weiblichen Geschlechts» begünstigt werde.

Was wäre passiert, wenn sich die Armee reformer durchgesetzt hätten? Die Gesellschaft wäre stärker militarisiert worden als im 20. Jahrhundert. Das ausgeweitete Milizsystem hätte sie lückenlos erfasst, Bevölkerung und Armee wären miteinander verschmolzen. Umgekehrt wäre das Militär ziviler und enthierarchisiert worden, denn die republikanische Volksarmee wäre ein demokratischer Organismus gewesen. Einigen Reformern schwebt gar eine Art von Freiwilligenorganisation vor, die ihre Vorgesetzten selber wählt. Der General, dein Freund und Helfer – mit dieser Vorstellung kann Ulrich Wille nichts anfangen.

ANZEIGE

NEW IQOS ILUMA ONE

Das smarte
Format
für erhitzten Tabak.

Echter Tabakgenuss ohne Zigarettenrauch.



Gratis testen auf:
TryIQOS.ch



Empfehlung für Detailhandelspreis (RSP). IQOS ILUMA™ wurde ausschliesslich für den Gebrauch mit TEREATM Sticks konzipiert. Verwenden Sie IQOS ILUMA™ und TEREATM Sticks nicht mit früheren IQOSTM Generationen, denn dies kann Schäden an Ihrem Gerät verursachen. TEREATM Sticks keinesfalls einnehmen oder auseinandernehmen. Dieses Produkt enthält ein scharfes Metallteil, das bei Verschlucken zu schweren Verletzungen führen kann. Von Kindern fernhalten. Weitere Informationen auf iqos.com. Ausschliesslich für erwachsene Raucher bestimmt.



CHF
55.-

Dieses Tabakerzeugnis kann Ihre Gesundheit schädigen und macht abhängig. Ce produit du tabac peut nuire à votre santé et crée une dépendance. Questo prodotto del tabacco può nuocere alla tua salute e provoca dipendenza.

Im Schatten der Steueroase

Familien, die in Meierskappel wohnen, zahlen bis zu dreimal so viel an den Fiskus wie im benachbarten Risch

ERICH ASCHWANDEN (TEXT),
SIMON TANNER (BILDER)

Wer an der Postauto-Haltestelle Meierskappel Dorfplatz aussteigt, betritt ein bäuerliches Idyll: Dorfkirche, Dorfbrunnen, Dorfladen. Rund um das Zentrum des Ortes des 1500 Einwohner zählenden Ortes weiden Kühe. Den angekündigten Platz sucht man allerdings vergeblich, bildet doch eine Strassenkreuzung das Zentrum der Gemeinde im Kanton Luzern.

Die Wegweiser an dieser Kreuzung verweisen auf das Dilemma des 1500-Seelen-Ortes. Die Strassen des auf 500 Meter über Meer liegenden Dorfes führen nach Risch im Kanton Zug und nach Küsnacht am Rigi im Kanton Schwyz. Beide Gemeinden gelten als Steueroasen. Dies sogar in der Inner-schweiz, wo in den letzten Jahrzehnten die Abgaben an den Fiskus nur eine Richtung kannten: nach unten.

Besondere geografische Lage

Das Steuergefälle an der Grenze zwischen Luzern, Zug und Schwyz ist gewaltig. Ein Doppelverdiener-Ehepaar mit zwei Kindern und einem Bruttoeinkommen von 150 000 Franken zahlt in Meierskappel im Jahr 17 433 Franken an Einkommenssteuern. Würde dieses Ehepaar seinen Wohnsitz um ein paar hundert Meter über die Kantonsgrenze nach Risch verlegen, würden nur 5050 Franken Steuern anfallen. Auch ein Umzug nach Küsnacht am Rigi würde sich lohnen. Dort wären im Jahr Einkommenssteuern in der Höhe von 10 419 Franken fällig.

Zwar führt immerhin die Hauptstrasse durch Meierskappel in den Kantons-hauptort. Doch bis in die Stadt Luzern sind es 15 Kilometer, und sogar einen kleinen Pass gilt es zu überwinden. Die Einwohnerinnen und Einwohner von Meierskappel sind denn auch stark auf den Rischer Ortsteil Rotkreuz ausgerichtet. Wer in Zürich arbeitet, ist in exakt 50 Minuten mit Postauto und Bahn von Meierskappel Dorfplatz über Rotkreuz am Zürcher Hauptbahnhof. Auch zum Einkaufen fahren die Meierskappeler meist nach Risch oder nach Küsnacht am Rigi.

Der Gemeindepräsident Konrad Langenegger bringt das Problem des Ortes folgendermassen auf den Punkt: «Alles Wasser aus Meierskappel fliesst in den Zugersee. Unsere Steuern fliesen nach Luzern.» Zwar hat der grösste Innerschweizer Kanton die Fiskalabgaben für seine Bürger in den letzten Jahren gesenkt, doch mit der Konkurrenz aus Zug und Schwyz kann er nicht mithalten. Er bleibt im Sandwich der Zentralschweizer Tiefsteuerkantone.

Doch Meierskappel und der Kanton Luzern fremdeln nicht nur wegen der Steuern miteinander. Viele Luzernerinnen und Luzerner aus den übrigen Kantonsteilen wissen zum Beispiel nicht, wo genau Meierskappel liegt. Noch weniger bekannt ist, dass Luzern hier an den Zugersee anstösst. Die Meierskappeler beklagen sich denn auch, dass man für ihre besondere geografische Lage etwas wenig Verständnis zeige.

Die Zusammenarbeit mit Risch klappt demgegenüber bestens. Risch (11 200 Einwohner) ist so etwas wie der heimliche Star im ohnehin boomenden Kanton Zug. «Wir wurden später wachgeküsst als die Stadt Zug und Baar», sagt der Gemeindepräsident Peter Hausherr. «Dieser Rückstand hat sich für uns insofern positiv ausgewirkt, als wir zusammen mit den Bauherren die eingezonten Gebiete qualitativ hochstehend entwickeln konnten, als es früher möglich gewesen wäre.» Vor allem der



In den letzten Jahren sind junge Familien nach Meierskappel (LU) gezogen.

Ortsteil Rotkreuz hat sich daher rasant entwickelt. Das Zentrum rund um den Bahnhof hat mit neuen Hochhäusern einen städtischen Touch erhalten.

Rundherum haben sich dank tiefen Steuern und optimaler Verkehrsanbindung in den letzten Jahrzehnten Firmen von Weltruf angesiedelt. Darunter befinden sich Roche Diagnostics, Novartis Gene Therapies Switzerland oder Porsche Schweiz. Dank der Hochschule Luzern, die ihr Informatik-Departement ins ehemalige Industriegebiet Suurstoffi verlegt hat, ist Rotkreuz auch zu einem wichtigen Standort der Bildungslandschaft Zentralschweiz geworden.

Es lockt das günstige Bauland

Doch warum zieht jemand überhaupt nach Meierskappel, wenn er in der trendigen Nachbargemeinde jedes Jahr locker Tausende von Franken sparen kann? «In meinem Fall war es das günstige Bauland», sagt der Gemeindepräsident Langenegger, der sich auch nach fast vierzig Jahren im Dorf scherzhaft als Neuzuzüger bezeichnet. «Als Elektroingenieur, der bei Landis & Gyr in Zug arbeitete, konnte ich mir die Zuger Preise nicht leisten.» In Meierskappel habe der Quadratmeter damals 75 Franken gekostet, so dass es zum Bau eines Einfamilienhauses gereicht habe.

Tiefe Steuern und teure Bodenpreise in einer Gemeinde und hohe Steuern und vergleichsweise tiefe Bodenpreise in der anderen, da liegt die Idee einer Fusion nahe. Zumal die Zusammenarbeit über die Kantonsgrenze hinweg auch politisch gut funktioniert. Die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe von Meierskappel fahren jeden Tag mit dem Postauto ins Schulhaus Rotkreuz. Auch für den Lebensabend ist vorgesorgt. Im Alterszentrum Risch sind nämlich acht Plätze für Rentner aus Meierskappel reserviert, das kein eigenes Altersheim hat.

Im Jahr 2000 verlangten einige Einwohner von Meierskappel erfolgreich die Prüfung einer Gemeindefusion. Eine Machbarkeitsstudie der Universität Bern

kam zum Schluss, dass ein Zusammengehen gravierende Konsequenzen hätte. Wenig überraschend wäre dies bei den Steuern der Fall. Die Steuerbelastung für die Meierskappeler würde massiv sinken. Mittlere Einkommensklassen würden noch 38 Prozent der bisherigen Kommunalsteuern zahlen. Die Staatssteuern würden durch den Kantonswechsel von Luzern nach Zug auf knapp 60 Prozent des bisherigen Niveaus sinken.

Für Risch wäre der Deal finanziell zumindest kurzfristig ein Verlustgeschäft gewesen. Hingegen hätte der aufstrebende Ort seine Baulandreserven erheblich aufgestockt. Von «attraktivem

«Meierskappel hat mit seinem Ausblick auf den Zugersee und die Rigi durchaus seine Qualitäten.»

Peter Hausherr
Gemeindepräsident von Risch

Steuergefälle an der Grenze zwischen Luzern und Zug



Risch-Rotkreuz (ZG) hat sich rasant entwickelt und einen städtischen Touch erhalten.

Wohnland für bis zu 220 Einfamilienhäuser» war in der Studie die Rede. Ausserdem hätte Risch den begehrten Zugang zum Zugersee erweitern können.

Gescheiterte Fusion

Aus der ganzen Sache wurde nichts. Die Luzerner Regierung erklärte kategorisch, dass man die Meierskappeler nicht an den Kanton Zug abtreten werde. Endgültig aus war der Ofen, als die Einwohnerinnen und Einwohner von Risch im Juni 2005 einen Kredit von 400 000 Franken für weitere Fusionsabklärungen ablehnten. Das Thema Steuern habe bei dem klaren Nein der Nachbarn eine wichtige Rolle gespielt, erinnert sich Monika Diller, die damalige Gemeindeamtfrau und Finanzverantwortliche von Meierskappel.

Für Peter Hausherr, der seit 2009 als Gemeindepräsident von Risch amtiert, sprachen ausser der drohenden höheren Steuerbelastung noch andere Gründe für den Abbruch der Verhandlungen. «Eine Fusion hätte vorerst zu einer umfassenden Quersubventionierung zwischen Risch und Meierskappel geführt. Diese Aussicht, wie auch die ablehnenden Signale der Luzerner Regierung, hat viele unserer Einwohner abgeschreckt.» Er glaubt auch nicht, dass die damals verfolgte Strategie Boden gegen Steuern aufgegangen wäre. «Bereits zu Beginn der 2000er Jahre war es nicht mehr einfach, Bauland einzuzonen. Mit den neuen Raumplanungsgesetzen ist es praktisch unmöglich», betont Hausherr.

Wenig überraschend haben sich die beiden Gemeinden seither noch stärker auseinanderentwickelt. Ende 2019 konnte Hausherr den 11 000. Einwohner in Risch begrüßen. Das Wachstum der Bevölkerung und die sich daraus ergebenden Wohnbedürfnisse wurden von den Behörden gelenkt. Bevor es gesetzliche Pflicht wurde, führte die Gemeinde bei Umzonungen, Aufzonungen und Bauungsplänen eine Mehrwertabgabe für Grundeigentümer ein. Seit 2015 besteht ein Hochhausleitbild, unter das auch das höchste Holzhaus der Schweiz fällt.

Meierskappel hat seinen ursprünglichen Charakter weitgehend bewahrt. Die Zurückhaltung bei der Bautätigkeit erfolgte nicht ganz freiwillig. Meierskappel wurde vom Kanton Luzern als «ländliche Gemeinde» eingestuft, die einwohnermässig nicht mehr wachsen darf. In den vergangenen Jahren wurden vergleichsweise wenig neue Wohnungen und Einfamilienhäuser erstellt. In vielen wohnen Leute, die sich im Kanton Zug Wohneigentum nicht mehr leisten konnten.

«Wir wollen keine Überbauungen, wie sie in Rotkreuz mittlerweile dominieren», sagt Langenegger. «Wir leben hier oben im Paradies. Wenn nur die Steuern nicht wären», stellt der Gemeindepräsident fest. Dass dem so ist, bestreitet Peter Hausherr nicht: «Neid liegt mir fern. Doch Meierskappel hat mit seinem Ausblick auf den Zugersee und die Rigi durchaus seine Qualitäten.»

Auch in Sachen Steuern hat sich die Schere weiter geöffnet. So sank die Steuerbelastung für das beschriebene Ehepaar in Risch von 4,2 Prozent im Jahr 2005 auf 1,9 Prozent im Jahr 2018. In Meierskappel nahm sie im gleichen Zeitraum nur um 11 Prozent auf 9,7 Prozent ab. Doch Entspannung ist in Sicht. Auf dieses Jahr hat die Gemeinde den Steuerfuss von 2,15 auf 2,1 Einheiten gesenkt. Ausserdem wurde eine neue Steuerstrategie verabschiedet. Diese sieht vor, bis 2025 jeweils eine Steuerfussreduktion von 0,05 Einheiten zu budgetieren. «Allerdings greift dies nicht, wenn die Rechnung zweimal nacheinander mit einem Defizit abschliesst», relativiert der Gemeindepräsident Langenegger. Übermütig wird man in Meierskappel also nicht, und das Niveau von Risch bleibt ohnehin unerreichbar.

STEUERLAND SCHWEIZ

Wie entwickeln sich die Steuern? Dieser Frage gehen wir anhand von Daten seit 1995 nach, aufbereitet von der Università della Svizzera italiana und der Universität Basel. Die Serie erscheint jeweils dienstags und freitags.

NZZ nzz.ch/schweiz



Die Steuerbelastung in Ihrer Gemeinde
Eine interaktive Karte zeigt die Entwicklung seit 1995.

Covid-Geld fliesst auch nach dem Ende der Einschränkungen

Die Stadt Zürich unterstützt Künstlerinnen und Künstler weiter, obwohl das kulturelle Leben wieder auf Hochtouren läuft

MICHAEL VON LEDEBUR

In der Corona-Krise verhängte der Staat ein faktisches Auftrittsverbot. Der Ruf nach Unterstützung für Kulturschaffende wurde rasch laut – und rasch erhört. Doch während die Zahlungen auf Stufe Bund und Kanton nun langsam auslaufen, schöpft die Stadt Zürich nochmals aus dem Fördertopf.

4,75 Millionen Franken werden an 312 Kulturschaffende verteilt, in Form von «Covid-Arbeitsstipendien», mit einem Pauschalbetrag von je 15 000 Franken – «als Beitrag an die Lebenshaltungskosten für die Arbeit an künstlerischen Vorhaben während mindestens dreier Monate». Das hat die Stadt kürzlich verkündet.

Die Stadt begründet dies so: «Es droht der Verlust von Talenten und innovativem Potenzial, es droht eine Erosion von Kreation und Produktion mit stark negativen Folgen für das gesamte Kulturschaffen ebenso wie für das Publikum.» Dies umso mehr, als «mit der Aufhebung der behördlichen Einschränkungen Ausfallentschädigungen für Kulturschaffende wegfallen werden».

Mit anderen Worten: Die Kulturschaffenden erhalten von Bund und Kanton kein Geld mehr, weil die Auszahlung an die Massnahmen gebunden waren – die Stadt Zürich federt diesen «Ausfall» nun ab.

Leiden unter Programmstau

Ist denn die Unterstützung noch notwendig, nun, da die Massnahmen ausgelaufen sind und das kulturelle Leben wieder auf Hochtouren läuft? Rebekka Fässler, Co-Direktorin der Kulturabteilung, sagt, das Bild des wieder aufblühenden Kulturlebens könne täuschen. Das Bild sei für verschiedene Kulturschaffende sehr unterschiedlich. Viele litten unter Planungsunsicherheit oder unter Programmstau in den Konzertlokalen, in Theatern oder Galerien.

Allerdings: Obwohl die Unterstützung unter dem Titel «Covid-Arbeitsstipendien» läuft, mussten die Kulturschaffenden keinen konkreten Nachweis dafür erbringen, dass sie von Absagen und dergleichen betroffen sind.



66 Musikerinnen und Musiker aus den Bereichen Jazz, Pop und Rock erhalten ein «Covid-Arbeitsstipendium». Im Bild eine Gitarre auf der leeren Bühne im Zürcher Restaurant «El Lokal».

ENNIO LEANZA / KEYSTONE

Kriterium war vielmehr ein überzeugendes künstlerisches Vorhaben sowie der Leistungsausweis. Die meisten Gesuche wurden aus der bildenden Kunst und der Sparte Jazz/Rock/Pop eingereicht. Entsprechend werden auch aus diesen Bereichen am meisten Kulturschaffende mit Covid-Arbeitsstipendien unterstützt. 130 von 312 Zusagen entfallen auf die bildende Kunst, 66 auf Jazz-, Pop- und Rockmusikerinnen und Rockmusiker.

Wie die Situation für die Kulturschaffenden tatsächlich aussieht, ist schwierig zu eruieren und hängt wohl stark vom Einzelfall ab. Beim Kanton Zürich jedenfalls sind, anders als in der Stadt, keine weiteren Zahlungen vorgesehen.

Lisa Fuchs, stellvertretende Leiterin der Fachstelle Kultur beim Kanton, sagt, sie beobachte einen grossen Nachholeffekt bei kulturellen Veranstaltungen – auch wenn das Publikum vielerorts noch nicht vollständig zurückgekehrt sei.

Bürgerliche haben Vorbehalte

Vor allem bei Comedy-, Theater- und Musikveranstaltungen laufe derzeit sehr viel, sagt Fuchs. Stand Ende Mai sei die Zahl der Gesuche um Ausfallentschädigungen deutlich zurückgegangen. «Wir interpretieren den Rückgang so, dass viele Kulturschaffende und Kulturunternehmen keine oder kaum mehr Ausfälle verzeichnen.»

Bürgerliche Stadtparlamentarier haben Vorbehalte gegenüber der zusätzlichen Subventionierung in Zürich. SVP-Gemeinderat Stefan Urech sagt, er habe zwar Verständnis, dass es für Kulturschaffende schwierig sei, den Tritt wieder zu finden. «Dennoch: Es ist alles wieder offen, es gibt keine Einschränkungen mehr.»

Urech sagt, die Kulturschaffenden seien nicht die Einzigen, die mit Anlaufschwierigkeiten zu kämpfen hätten, das gehe manchen Gewerbetreibenden nicht anders. Trotz vielleicht schwierigen Umständen müsse der Einzelne nun aber wieder für sich selbst schauen. «Weshalb die Kulturbranche als einzige weiter unter-

stützt werden sollte, erschliesst sich mir nicht.» Die Unterstützung während der Pandemie habe er mitgetragen, sagt Urech. Aber es habe damals schon warnende Stimmen gegeben, die Subventionen würden auch nach der Krise nicht zurückgefahren. Deshalb sei es wichtig, jetzt einen klaren Schlusstrich zu ziehen.

FDP-Gemeinderätin Sabine Koch sieht 2022 noch als «Corona-Jahr». In der Kulturszene gebe es tatsächlich Anlaufschwierigkeiten. Deshalb sei die jetzige Unterstützung «okay». «Aber ab dem Jahr 2023 darf die Unterstützung nicht mehr im Budget figurieren.» Dieser Meinung sei sie selbst für den Fall, dass sich die Corona-Situation im Herbst wieder verschlechtern sollte. Laut Rebekka Fässler ist 2023 kein Stipendium mehr geplant.

2023 soll Schluss sein

Von linker Seite wird das Stipendium begrüsst. Grüne-Gemeinderat Urs Riklin sieht es allerdings als Schönheitsfehler, dass die Unterstützung nicht an die Einnahmesituation der Kulturschaffenden gekoppelt ist. Womöglich habe das Parlament dies zu wenig diskutiert, als es die Gelder im vergangenen Herbst bewilligte. Aber die Pandemie-Situation sei damals – und auch noch im März, als die Stipendien öffentlich ausgeschrieben wurden – noch eine andere gewesen.

Riklin sagt, es handle sich um keine riesigen Beträge, «und sie gehen an Leute, die nicht auf Rosen gebettet sind und die in der Pandemie keine einfache Zeit hatten». An der Vergabe müsse man nun, da die Subventionen ausgeschrieben wurden, auch festhalten. Denn für Kulturschaffende sei Planungssicherheit gleich relevant wie für andere.

Auch für Riklin ist klar, dass mit der Unterstützung 2023 Schluss sein muss. Allerdings findet er das Modell der Arbeitsstipendien «interessant». Er kann sich eine Fortführung dieses Förderinstruments unabhängig von Corona durchaus vorstellen.

Diese Subventionen würden dann wohl kein «Covid» mehr im Titel tragen.

Über die Leere sprechen, bevor sie da ist

Die Stadt will Depressionen bei Sekundarschülerinnen und -schülern bekämpfen – jeder sechste Jugendliche gilt als gefährdet

GIORGIO SCHERRER

Es ist ein Thema, über das niemand gerne spricht, am wenigsten die Betroffenen selbst. Und doch ist Reden der erste Schritt, um Hilfe zu bekommen. Depressionen und Angststörungen bei Jugendlichen sind in der Stadt Zürich nicht einfach ein Randphänomen. Bei jedem sechsten Jugendlichen gibt es Hinweise auf entsprechende Symptome. Das ergab die städtische Schülerbefragung schon vor gut fünf Jahren. Mädchen sind dabei etwas stärker betroffen als Jungen.

«Als wir das sahen, haben wir uns gedacht: Da müssen wir etwas machen», sagt Claude Hunold, der Direktor der städtischen Schulgesundheitsdienste. «Untereinander helfen sich Jugendliche zwar meist gut. Aber wenn es richtig ernst wird, tun sie sich oft schwer damit, auch Hilfe von aussen zu holen.»

Basiswissen vermitteln

Offen über die grosse Leere sprechen, bei Eltern und Lehrpersonen Unterstützung holen: Das will die Stadt nun mit einem Präventionsprogramm erreichen. «Heb Sorg!» heisst es, geschätzt 90 000 bis 100 000 Franken im Jahr kostet es,

und im Verlauf der nächsten drei Jahre wird es auf alle Sekundarschulen der Stadt ausgeweitet. Es umfasst Spezialkationen für Schülerinnen und Schüler, Informationsabende für Eltern und Weiterbildungen für Lehrpersonen.

Das Ziel ist einerseits, allen Beteiligten ein Basiswissen über psychische Erkrankungen zu vermitteln. Den Schülerinnen und Schülern soll jedoch vor allem auch gezeigt werden, wie sie sich selbst und anderen in Krisensituation helfen können. Dies mithilfe konkreter Beispiele und Rollenspiele dazu, wie sie reagieren können, wenn sich ihre Kollegen plötzlich aggressiv verhalten oder in sich zurückziehen.

Sieben Schulen testen das Programm bereits seit Sommer 2021 freiwillig. Am Freitag hat die Stadt nun eine positive Zwischenbilanz aus diesem Pilotbetrieb gezogen. Bei den involvierten Lehrpersonen sind laut einer Umfrage neunzig Prozent damit zufrieden. Es besteht allerdings noch Steigerungspotenzial: Bei den Schülern gibt nur die Hälfte an, dank dem Programm etwas Neues gelernt zu haben.

Es sei tatsächlich nicht immer einfach, die Jugendlichen zu erreichen, sagt Matthias Obrist vom Schulpsychologischen Dienst der Stadt. Er führt selbst Schullektionen zu psychischer Gesund-

heit durch. «Manche sagen: «Mit diesem Psycho-Zeugs will ich nichts zu tun haben.» Bei anderen merkt man aber auch: Die sind froh, endlich einmal offen über Ängste und Hilflosigkeit sprechen zu können.»

Helfer nicht überlasten

Besonders schwierig ist es laut Obrist, junge Männer für das Thema zu sensibilisieren. «Wenn man sie fragt, was sie tun, wenn es ihnen schlecht geht, sagen die meisten: Sport oder Gamen. Das muss zwar nicht schlecht sein. Aber wir wollen sie ermutigen, auch miteinander darüber zu sprechen.»

Dieser Ansatz – die sogenannte Peer-to-Peer-Hilfe – ist in der psychologischen Forschung nicht ganz unumstritten. Soziale Unterstützung durch Gleichaltrige ist zwar wichtig – gerade für Jugendliche in Pubertätskrisen. Doch wenn jemand eine psychische Erkrankung entwickelt, reicht diese Unterstützung nicht mehr aus.

Im Gegenteil: Die Helferinnen und Helfer laufen Gefahr, sich damit zu überfordern – und damit ihre eigene psychische Gesundheit zu gefährden. Deshalb will die Stadt Jugendliche ermutigen, auch mit Eltern und Lehrpersonen über Probleme zu sprechen –

und Letzteren wiederum vermitteln, wo sie für ihre Schützlinge die beste Hilfe finden. «Die Botschaft soll sein: Depressionen sind eine Krankheit wie andere auch», sagt Obrist. «Und wenn man sie hat, braucht man Hilfe.»

In einer Schulstunde bei ihm habe sich etwa eine Schülerin zum ersten Mal getraut, ihrer Klasse von ihrer Zeit in der Jugendpsychiatrie zu berichten. «Die anderen haben erst gestaunt – und ihr dann zugehört.»

Dass Depressionen in der Schule ein Thema sind, ist auch für die Eltern nicht immer einfach. Die Stadt habe gemerkt, dass man zunächst einen Informationsabend für sie veranstalten müsse, bevor die eigentliche Schulstunde zu psychischer Gesundheit stattfinde, sagt Claude Hunold vom Schuldepartement. Allerdings war bisher offenbar auch die Teilnahme an den Elternabenden nicht überwältigend.

Häufig in der Pubertät

Unbestritten bleibt bei all dem die Wichtigkeit von früher Prävention im Bereich psychische Gesundheit. Bei 75 Prozent der Betroffenen tritt eine psychische Erkrankung vor dem 24. Lebensjahr ein. Laut Entwicklungspsychologen gibt es einen klaren Zu-

sammenhang zwischen den hormonellen Veränderungen in der Pubertät und dem Auftreten von Depressionen und Angststörungen.

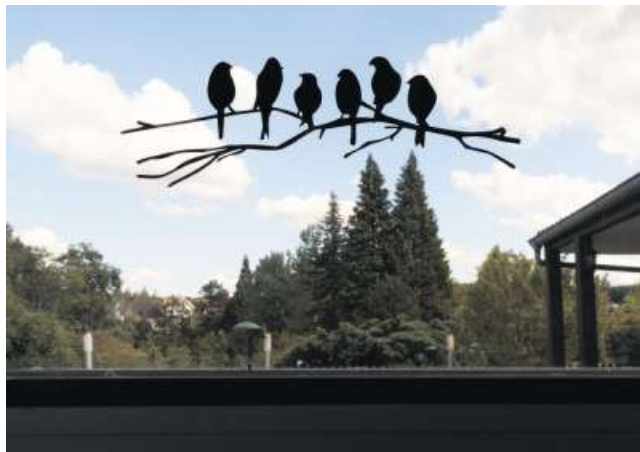
Etwa jeder dreizehnte Jugendliche zwischen 15 und 19 Jahren ist laut der Weltgesundheitsorganisation davon betroffen. Dass die Stadt Zürich jeden sechsten Jugendlichen als gefährdet ansieht, mutet im Vergleich dazu hoch an. Doch diese Diskrepanz ist nicht ungewöhnlich. Denn eine depressive Verstimmung mündet nicht immer in eine klinische Depression.

Verhindern, dass Jugendliche überhaupt depressiv werden: Das ist der Ansatz des neuen städtischen Präventionsprogramms. «Normalerweise kümmern wir uns vor allem um jene Kinder, die schon ein Problem haben», sagt Obrist vom Schulpsychologischen Dienst. «Jetzt wollten wir für einmal einen anderen Zugang wählen.»

Ob die Umsetzung dieser Idee erfolgreich sein wird, muss sich noch zeigen. Klar ist aber immerhin eines schon: Die bisher am Programm beteiligten Zürcher Jugendlichen sind bereit, einander auch in schwierigen Momenten beizustehen. Auf die Frage, ob sie Kolleginnen und Kollegen ansprechen würden, wenn es ihnen nicht gut geht, sagen achtzig Prozent klar: Ja.

Erfolgreicher Widerstand gegen Abriss

Ein Bauunternehmer will eine Minigolfanlage überbauen, doch Lokalpolitiker und Sportler retten das denkmalgeschützte Objekt



Die Minigolfanlage in Dietikon ist eine der letzten, die genau so erhalten sind, wie sie der Schweizer Gartenarchitekt Bongni entworfen hat, und die einzige in der Schweiz, die denkmalgeschützt ist.

CLAUDIA REY (TEXT),
KARIN HOFER (BILDER)

Es gab Tage, an denen Lucia Schibli gezweifelt hat, ob sie je eine weitere Chance bekommen würde. Das letzte Minigolfturnier auf der Heimanlage in Dietikon hatte sie verpasst, weil sie arbeiten musste. Ausgerechnet sie, die Präsidentin des Minigolfvereins Mühlematt Dietikon, arbeitete an diesem Tag im Pflegezentrum, anstatt die Konkurrenz vom Platz zu fegen. Zweieinhalb Jahre ist das her.

Jetzt sitzt Schibli, 59, neben ihrem Mann Edy, 66, in einem Plastikstuhl vor einem Kiosk in Dietikon und blickt über die Strasse, hinüber zur Minigolfanlage. Das Ehepaar Schibli würde die Anlage der Journalistin gerne zeigen, doch das geht nicht. Vor dem Eingang hängt ein Zahlenschloss. Und die Schiblis kennen den Code nicht. Der Parkplatz ist mit Gittern abgesperrt. «Betreten der Baustelle verboten», steht auf einem Schild. Und trotzdem freuen sich die Schiblis an diesem Tag. Denn sie haben erfahren: Hier wird nicht gebaut.

Ende April haben die Stadt Dietikon und der Kanton Zürich die Minigolfanlage für 3,55 Millionen Franken gekauft – und sie damit gerettet. Die Geschichte, wie es dazu kam, könnte einst

als Schwank auf einer Theaterbühne aufgeführt werden.

Am Anfang steht ein Bauernhof

Eine der Hauptfiguren in diesem Schwank wäre der Immobilienunternehmer Rolf Schuhmacher. Der 70-Jährige blättert an einem Frühlingmorgen in seinem Büro in Wallisellen durch einen Stapel Unterlagen, der seine Kaffeetasse überragt, und sagt: «Es ist eine sonderbare Geschichte.»

Angefangen hatte alles 1968. Damals erstellte ein Dietiker Bauer auf seinem Land eine Minigolfanlage. 18 Bahnen aus Beton, entworfen vom Schweizer Gartenarchitekten Paul Bongni, wurden auf einen Hügel oberhalb eines künstlichen Sees gebaut. Grüne Pilzlampen leuchteten den Weg. Und genau so blieb die Anlage erhalten.

Vor zehn Jahren kaufte Schuhmacher mit seiner Primobilia AG die Parzelle mit der Minigolfanlage und die benachbarte noch dazu. Darauf baute er drei Mehrfamilienhäuser. Die Minigolfanlage aber liess er stehen. Ein Baurechtsvertrag sicherte dem damaligen Betreiber der Anlage bis 2027 den Erhalt. Im Frühling 2018 klingelte bei Schuhmacher das Telefon, und die «sonderbare Geschichte» nahm ihren Lauf.



Edy Schibli
Mitgründer
Minigolfverein
Mühlematt Dietikon



Lucia Schibli
Präsidentin
Minigolfverein
Mühlematt Dietikon



Rolf Schuhmacher
Bauunternehmer

Der Betreiber der Minigolfanlage habe ihm mitgeteilt, er höre per sofort auf und mache ihm ein Angebot zur Auflösung des Baurechtsvertrags, erzählt Schuhmacher und blickt auf ein abgehangenes Gemälde am Boden, das einen Golfspieler zeigt.

Schuhmacher, der Hobby-Golfer, räumt in diesen Tagen sein Büro, er zieht sich aus dem Familienunternehmen zurück. Vier Abfallsäcke voller Papier hat er bereits entsorgt. Die Unterlagen zur Minigolfanlage aber will er behalten. Es war die speziellste Geschichte, der er in seinem Arbeitsleben begegnet ist.

Schuhmacher stimmte im Frühling 2018 der Auflösung des Baurechtsvertrags zu: Die Minigolfanlage sollte einem Mehrfamilienhaus weichen. Eigentumswohnungen habe er bauen wollen, «zu vernünftigen Preisen», sagt Schuhmacher, er sei kein Spekulant. Im November 2018 reichte er das Baugesuch ein und wurde von der Antwort der Behörden überrascht: Die Minigolfanlage sei in das Inventar des Denkmalschutzes aufgenommen worden und sei daher provisorisch geschützt. Seit Juli 2018. Schuhmacher hatte nicht einmal mitbekommen, dass die Denkmalpflege sein Grundstück angeschaut hatte. Er, der einst Fussball gespielt hat, sagt: «Es war wie ein Spiel gegen einen unsichtbaren Gegner mit einem unsichtbaren Ball. Plötzlich lagen wir 0:1 hinten.»

Der Umweg führt ins Ziel

In Dietikon hat es Lucia Schibli an diesem Nachmittag im Frühling doch noch auf die Minigolfanlage geschafft – zweieinhalb Jahre nach der verpassten letzten Vereinsmeisterschaft. Manuela Ehmman, EVP-Gemeinderätin und Mitglied der IG Minigolf, ist vorbeigekommen. Sie kennt den Zahlencode. Die IG soll die Minigolfanlage künftig im Sinne der Stadt Dietikon und mit Unterstützung der Schiblis führen.

Lucia Schibli zeigt mit dem Finger auf Bahn 17, in deren Mitte ein Betontunnel emporragt, und sagt: «Die Leute denken, man könne da nur geradeaus spielen.» Aber so einfach sei das nicht. Die Bahnen seien uneben, weil die Anlage in einen Hang gebaut ist. Lucia Schibli spielt deshalb über Bande. Der Umweg führt ins Ziel. So wie bei der Minigolfanlage. Die Pläne für das Mehrfamilienhaus waren gezeichnet. Das Baugesuch eingereicht. Doch ein Umweg über die Denkmalpflege verhinderte den Abriss der Anlage.

Warum die Denkmalpflege 2018 auf der Anlage war, wissen auch die Schiblis nicht. Bei der IG wisse man vielleicht mehr, sagen sie. Aber von den Mitgliedern möchte niemand etwas dazu sagen. Und bei der Denkmalpflege heisst es: «Die Baudirektion überprüft regionenweise das Inventar der Denkmalschutzobjekte von überkommener Bedeutung. 2018 fanden die Begehungen im Limmattal statt.» Es klingt nach Zufall. Aber in einem Schwank passiert nie etwas zufällig.

Die Schiblis wollen mit dem juristischen und politischen Geplänkel nichts zu tun haben. Sie wollen mit ihrem Verein Minigolf spielen. Aber so einfach ist auch das zurzeit nicht. «Die Infrastruktur fehlt. Wir können das nicht aus dem Ärmel schütteln. Da ist nichts. Keine Schläger. Keine Bälle. Das Hüttli ist leer», sagt Edy Schibli. Am Holzzaun neben ihm warnt ein Schild vor Sturzgefahr. Auf den Bahnen kleben Dreck und Blütenstaub, die Pilzlampen stehen schief. An einigen Ecken ist der Beton zerbröckelt wie ein mürbes Guetzli. Die Rolläden des Kassenhäuschens sind heruntergekurbelt. Das Wasser ist abgestellt, der Strom auch. In den nächsten Wochen wollen die Mitglieder der IG gemeinsam mit dem Verein die Anlage putzen, flicken und mit Schlägern und Bällen ausstatten. Noch vor den Sommerferien soll in Dietikon wieder Minigolf gespielt werden können.

Das Gerangel um die Parzelle mit der Minigolfanlage ging im Oktober 2019 in die nächste Runde. Damals reichte die

EVP-Gemeinderätin Ehmman ein Postulat ein, mit der Bitte an die Stadt, mit Schuhmacher über einen Verkauf der Parzelle zu verhandeln. Zeitgleich sass Schuhmacher in seinem Büro in Wallisellen und hoffte, die für ihn nutzlos gewordene Parzelle an die Stadt verkaufen zu können. Doch beide Parteien wurden enttäuscht.

Plötzlicher Sinneswandel

Der Dietiker Stadtrat hielt im Juni 2020 in einem Sitzungsprotokoll fest, er sehe keine Notwendigkeit für den Erwerb der Parzelle: «Der Stadtrat sieht den Betrieb einer Minigolfanlage denn auch nicht als städtische Kernaufgabe», heisst es da.

Schuhmacher blieb also sitzen auf seinem Minigolfplatz. Er ärgerte sich, ein Stück Land zu besitzen, mit dem er nichts anfangen konnte. Heute sagt er: «Es kam faktisch einer Enteignung gleich.» Während Schuhmacher sich ärgerte, sammelte Ehmman mit ihrer IG und dem Minigolfverein Unterschriften für eine Petition mit dem Ziel, die Stadt zu überzeugen, die Anlage zu kaufen. 2471 Unterschriften kamen zusammen.

Im Frühling gab es dann eine weitere Überraschung: Der Stadtrat entschied, die Anlage doch zu kaufen – gemeinsam mit dem Kanton. Schuhmacher sagt: «Ende gut, alles gut.» Wirklich glücklich klingt er dabei aber nicht. Er hätte lieber gebaut als verkauft.

Und Lucia Schibli sagt: «Es ist schön. Es wäre schade gewesen, die Anlage abzureissen.» Dietikon hat sonst wenig zu bieten. Es gibt ein Schwimmbad, einen Skilift und drei Autobahnanschlüsse.

45 Jahre lang wohnte Lucia Schibli in Dietikon, ihr Mann 58. Zuletzt lebten sie wenige Schritte entfernt von

Minigolf ist für Edy Schibli Spitzensport. Er hat an Europa- und Weltmeisterschaften gespielt.

der Minigolfanlage. Jetzt wohnen sie im Zürcher Weinland. 45 Autominuten entfernt. Die steigenden Immobilienpreise haben sie zum Umzug bewogen. Eigentum in Dietikon zu kaufen, blieb ein Traum.

Edy Schibli sagt: «Es ist nicht mehr so wie früher», und meint damit Dietikon und den Minigolfsport. Er hat den Minigolfverein Mühlematt Dietikon mitgegründet. Damals war er 14 Jahre alt. Minigolf ist für ihn kein Plausch, sondern Spitzensport. Er hat an Europa- und Weltmeisterschaften gespielt. In der Schweiz gibt es wohl kaum jemanden, der mehr über Minigolf weiss als er. Er war Trainer der Schweizer Senioren-Nationalmannschaft. Und manchmal selektionierte er auch seine Frau Lucia.

Edy Schibli liebt das Gesellige am Minigolf und den Wettkampf und dass er den Sport noch bis ins hohe Alter wird ausüben können. Genau das hat aber auch Nachteile. Minigolf überaltert, es fehlt Nachwuchs. Die jungen Dietiker gehen lieber ins Shoppingcenter im benachbarten Spreitenbach. Oder zum Fussball. Oder in diesen Kleiderladen, dessen Name Edy Schibli nicht einfällt und der dort steht, wo früher eine grosse Wiese war. Damals, als die Wiese noch Wiese war, zählte der Minigolfverein Mühlematt mehr als 100 Mitglieder, heute sind es 40. Viele wohnen ausserhalb von Dietikon.

Hat Minigolf also überhaupt eine Zukunft? Die Stadt Dietikon und die Denkmalpflege sind unsicher. Der Betrieb der Minigolfanlage ist deshalb vorerst nur für zehn Jahre gesichert. Fehlt danach das öffentliche Interesse am Minigolf, dürfte unter Umständen doch noch gebaut werden.

Als wäre die Zeit stillgestanden

17 Jahre nach seinem ersten Titel gewinnt Rafael Nadal zum 14. Mal das French Open

DANIEL GERMANN

Nachdem Rafael Nadal am 5. Juni 2005 als 19-Jähriger seinen ersten Titel in Roland-Garros gewonnen hatte, titelte die NZZ: «Rafael Nadal, eine neue Dimension im Tennis». Im Publikum sass der spanische König Juan Carlos, den Pokal übergab die französische Fussballlegende Zinedine Zidane, der damals noch für Nadals Lieblingsklub Real Madrid auf dem Rasen stand.

In der Würdigung schrieb die NZZ: «Die meisten Auguren sagen Nadal eine Weltkarriere voraus, wie Zidane sie erreicht hat. Der Iberer in den weissen Capri-Hosen und mit Oberarmen wie ein Möbelpacker gewann am French Open in dieser Saison seinen sechsten Titel – den bisher wichtigsten.»

Es war eine Art Vorhersage, wenn auch eine, mit der sich der Korrespondent nicht allzu weit aus dem Fenster lehnte. Nadals Talent war bereits bekannt. Noch wusste man aber nichts von dem hohen körperlichen Verschleiss, den er für seinen physischen Spielstil zahlte und noch zahlen würde.

Am 5. Juni 2022, auf den Tag genau 17 Jahre später, sass Nadal im grossen Interviewraum des Court Chatrier, die Coupe des Mousquetaires, mit der der Sieger in Roland-Garros ausgezeichnet wird, vor sich auf dem Tisch, und sagte: «Ich hätte niemals gedacht, dass ich mit 36 Jahren noch auf diesem Platz spielen würde, der der wichtigste in meiner Karriere ist. Es bedeutet mir viel, nein, es bedeutet mir alles. Es gibt mir die Energie, um es weiter zu versuchen.»

Am Freitag hatte Nadal den 36. Geburtstag gefeiert. Mit seinem Titel wurde er zum ältesten Roland-Garros-Sieger und übertraf den Landsmann Andrés Gimeno, der in Paris 1972 mit 34 Jahren gewonnen hatte. König Juan Carlos hat längst schon abdanken müssen. Sein Sohn und Thronfolger Felipe sass im Publikum und sah zu, wie Nadal von der Tennislegende und Frauenrechtlerin Billie Jean King zum 14. Mal als French-Open-Sieger geehrt wurde.

Der Schatten vom Rücktritt

Da lag noch ein Schatten über der Zeremonie. Denn vor und während des Finals hatte auf der Anlage von Paris das Gerücht die Runde gemacht, Nadal werde nach dem Match seinen Rücktritt vom professionellen Tennis bekanntgeben. Diese Befürchtung zerstreute er bei seiner Ansprache auf dem Platz. Mit dem Pokal in den Armen sagte Nadal: «Ich weiss nicht, was die Zukunft bringt. Doch ich werde kämpfen und versuchen weiterzuspielen.» Der Grossteil der 15 000 Zuschauer quittierte die Ankündigung mit Applaus und Jubel. Man kann sich den Tennis-Zirkus allgemein und Paris speziell nur noch schwer ohne Rafael Nadal vorstellen. Der Mallorquiner ist einer der populärsten und seit dem Australian Open auch der erfolgreichste Spieler auf der Tour, ja in der Geschichte. Anfang Januar hatte Nadal bei seinem Comeback nach einer halbjährigen Verletzungspause das Australian Open gewonnen und war damit zum alleinigen Rekord-Grand-Slam-Turniersieger aufgestiegen. Er profitierte damals auch davon, dass Novak Djokovic, dem grossen Dominator der letzten Jahre in Melbourne, die Teilnahme als Ungeimpfter verweigert worden war.

In Paris waren nun alle da, die auf Sand zur Weltelite gehören. Nadal schlug auf dem Weg zum Titel nacheinander die Top-Ten-Spieler Félix Auger-Aliassime, Novak Djokovic, Alexander Zverev und Casper Ruud. Einzig im Halbfinal hatte er Glück, weil sich Zverev am Ende des zweiten Satzes bei einem Fehltritt mehrere Bänder im rechten Knöchel riss und aufgeben musste. Doch niemand weiss, ob der Deutsche sein hohes Niveau bis zum Ende hätte durchziehen können.

Nadal ist ein Entfesslungskünstler, der in seiner Karriere immer wieder Wege aus scheinbar aussichtslosen Situationen gefunden hat. Er wendete Partien, in denen er eigentlich schon geschlagen schien – zuletzt im Viertelfinal am vergangenen Dienstag gegen Djokovic.



Rafael Nadal am Sonntag in Paris: Er will weiterkämpfen, wenn der Fuss ihn lässt.

MARTIN DIVISEK / EPA

Der Serbe ist zusammen mit Roger Federer der grosse Rivale in Nadals Karriere. Nach seiner Niederlage am Dienstag auf die Rückkehr von Nadal angesprochen, sagte er: «Bei ihm überrascht mich gar nichts mehr. Es ist nicht das erste Mal, dass er, nur wenige Tage nachdem er kaum mehr hat gehen können, auf den Platz läuft und wieder 100 Prozent fit ist. Er hat das in seiner Karriere immer wieder geschafft.»

«Der Fuss zur Hälfte gespalten»

Eigentlich müsste Nadal längst schon zurückgetreten sein. Seit seiner Jugend leidet er am Müller-Weiss-Syndrom, einer degenerativen Erkrankung des Kahnbeins im linken Fuss. Bereits als Jugendlichen legten ihm die Ärzte deshalb nahe, mit dem Tennisspielen aufzuhören. Nadal sagte einst: «Der Fuss ist praktisch in zwei Hälften gespalten. Es ist ein Problem ohne Lösung.» Doch der Spanier hat gelernt, damit zu leben. Nachdem er vor einem Monat in Rom – unfähig, richtig zu gehen – den Zweitrundenmatch gegen den Kanadier Denis Shapovalov verloren hatte, brach die Frustration aus ihm heraus. Man verliere die Freude nicht nur am Sport, sondern am ganzen Leben, wenn man ständig Schmerzen habe, sagte Nadal damals an der Medienkonferenz.

Auch deshalb war Nadal diesem Jahr in Paris ausnahmsweise nicht als Topfavorit angetreten. Er weigerte sich, während des Turniers über seinen Fuss zu sprechen. Erst am Sonntag, als er den Titel gewonnen hatte, sagte er, dass er nur habe spielen können, weil der Nerv vor jedem Match mit einer Spritze betäubt worden sei. «Ich habe den Fuss so nicht mehr gespürt. Gleichzeitig steigt damit auch das Risiko, sich den Knöchel zu verdrehen oder sich anderweitig zu verletzen. Doch anders hätte ich keine Chance gehabt, hier überhaupt anzutreten.»

Gleichzeitig schloss er aus, in drei Wochen unter ähnlichen Voraussetzungen auch in Wimbledon anzutreten. Deshalb wird sich Nadal in dieser

Woche einer Radiofrequenz-Therapie unterziehen. Dabei wird unter örtlicher Betäubung eine Sonde zum Nerv geführt und dieser mit Radiowellen verödet. Er soll dann keine Schmerzsignale mehr ans Hirn übertragen.

«Falls das funktioniert, werde ich weitermachen. Falls nicht, wird eine neue Geschichte beginnen.» Nadal sagte, er werde sicher nicht erneut mit regelmässigen schmerzstillenden Spritzen antreten. Eine Operation schliesst er aus. Sie würde die Beweglichkeit seines Fusses so stark einschränken, dass es wahrscheinlich unmöglich wäre, weiterhin wettkampfmässig Tennis zu spielen. Er mache Schritt für Schritt und entscheide dann, wie er das in seiner Karriere immer getan habe. Deshalb ist es möglich, dass

Es ist möglich, dass der Final vom Sonntag gegen den Norweger Casper Ruud Nadals letzter professioneller Match gewesen ist.

der Final vom Sonntag gegen den Norweger Casper Ruud doch der letzte professionelle Match gewesen ist.

Nadal ist in seiner Karriere bereits viel weiter gekommen, als das alle seine Beobachter und auch er selber für möglich gehalten haben: 14 Titel in Roland-Garros, dazu 4 am US Open und je 2 am Australian Open und in Wimbledon. 70 weitere Titel an kleineren Turnieren. Trotz seinen wiederholten Zwangspausen gehört Nadal seit 17 Jahren ununterbrochen den Top Ten an. Während 209 Wochen war er die Weltnummer 1. Man fragt sich, weshalb sich ein Spieler mit seinem Palmarès noch immer den Schmerzen, der Mühle der Tour aussetzt. Schon jetzt ist 2022 das Jahr von Rafael Nadal. Er hat beide Grand-Slam-Turniere und 30 von

33 bestrittenen Matches gewonnen. Im Ranking wird er neuerdings wieder als Nummer 4 geführt. Sein Rückstand auf den Weltranglistenersten Novak Djokovic beträgt knapp 1400 Punkte. Weil er in der zweiten Saisonhälfte kaum Punkte zu verteidigen hat, könnte Nadal dann noch einmal an die Spitze des Rankings zurückkehren.

Am Sonntag wurde Nadal gefragt, was ihn weiter antreibe. Er antwortete, es gehe ihm nicht um Rekorde oder darum, der Beste der Geschichte zu sein. «Ich habe es bereits mehrmals gesagt. Ich, aber auch Roger oder Novak – wir haben in unseren Karrieren Dinge erreicht, von denen wir nicht einmal zu träumen gewagt hätten. Es wäre arrogant, zu sagen, dass es mich nicht überrascht, 22 Grand-Slam-Titel und 14-mal hier in Paris gewonnen zu haben.»

Und was macht Roger Federer?

Es sei die Leidenschaft für das Spiel, Momente zu erleben und vor Menschen zu spielen wie am Sonntag. «Das sind Erinnerungen, die einem ein Leben lang bleiben. Sollte ich auf einmal nicht mehr konkurrenzfähig sein, dann werde ich auch nicht mehr geniessen, was ich tue.» Das ist wohl auch der Gedanke, der Roger Federer umtreibt und ihn das Comeback nach seinen drei Knieoperationen immer weiter hinausschieben lässt. Der letzte Eingriff liegt bald ein Jahr zurück, und doch fühlt er sich noch nicht bereit, sich der zum Teil nur noch halb so alten Konkurrenz, aber auch dem gnadenlosen Urteil seiner Beobachter zu stellen.

Nadal und Federer sind Legenden dieses Sports. Ihr Ruf wird ihre Karrieren weit überdauern. Und doch ist es für beide nicht einfach, sich zurückzuziehen. Weil sie mit dem Tennis auch den letzten Teil ihrer Jugend loslassen werden. Rafael Nadal hat die Zeit am Sonntag noch einmal zurückgedreht, zu jenem 5. Juni 2005, als diese neue Dimension im Tennis angekommen war und seine Regentschaft in Paris begonnen hat. Doch der Lauf gegen die Zeit ist ein Kampf, den man unweigerlich verlieren muss.

Emotionen für die Ewigkeit

Die Frauen des FC Zürich im Penaltyschiessen zum Meistertitel

NICOLA BERGER

Der Pfingstmontag hat dem Schweizer Fussball schon grosse Dramen beschert – oft wurde dann der Cup-Final der Männer ausgetragen. Diesmal waren es die Frauen des FC Zürich und von Servette, die in einer Partie mit Cup-Charakter für beste Unterhaltung sorgten. Die stärksten beiden Teams der Women's Super League standen sich in Lausanne im ersten Play-off-Final der Geschichte gegenüber – und lieferten den Beleg dafür, dass dieser Modus eine Bereicherung für den Fussball sein kann.

Der Final vor immerhin 2642 Zuschauerinnen und Zuschauern in Lausanne sorgte für jenes mediale Scheinwerferlicht, welches dieser Meisterschaft oft fehlt. Und er bot allerbeste Werbung dafür, wie attraktiv und kurzweilig der Frauenfussball auch in der Schweiz sein kann.

Mosers kitschiger Abschied

Es gab viele Spielerinnen, die in die Hauptrolle drängten. Martina Moser zum Beispiel, die Pionierin und ehemalige Rekordnationalspielerin im letzten Match ihrer Karriere. Moser, 36, glich acht Minuten vor Schluss per Penalty aus. Im Penaltyschiessen hätte sie den Schlusspunkt setzen können, als fünfte FCZ-Schützlin. Sie scheiterte – und konnte wenige Sekunden später trotzdem über den Titel jubeln. Sie sagte: «Es ist schon so ziemlich kitschig, dass ich mit dem Double aufhören darf.»

In einem spektakulären, hochstehenden Final rang der FCZ den Qualifikationssieger Servette nach einem prächtigen Fussballspiel mit dem Skore von 2:2 nach 120 Minuten mit 5:4 Penaltys nieder. Und sorgte für den dritten FCZ-Titel innert weniger Wochen nach dem Cup-Sieg der Frauen sowie dem Meistertitel der Männer.

Es sah lange nicht so aus, als ob die Zürcherinnen diesen neuerlichen Höhepunkt erleben würden. Servette führte zweimal, traf zweimal die Latte. Und doch blieben den Genferinnen am Schluss nur die Tränen. Das erste Mal flossen sie bereits in der 61. Minute, bei der jungen Mittelfeldspielerin Michèle Schnider. Schnider, 21 erst, erzielte früh das 1:0 für Servette und hätte die Partie dann mit mehreren Grosschancen entscheiden können. Stattdessen flog sie nach einer Stunde berechtigterweise mit Gelb-Rot vom Platz.

Ohnehin spielten gelbe Karten für Servette in diesen Play-offs eine wichtige Rolle. Im Halbfinal-Rückspiel gegen Basel hatte sich Servette erst drei Minuten vor Schluss in die Verlängerung gerettet und sich dann im Penaltyschiessen durchgesetzt. In der Schlussphase wurde die Captain Sandy Maendly, Servettes mit Abstand wichtigste Individualistin, verwarnet, was eine Gelbsperre zur Folge hatte. Maendly, die ihre Karriere im Sommer nach der Europameisterschaft in England beenden wird, fehlte in diesem Endspiel, der Cup-Sieger FCZ war entsprechend favorisiert.

FCZ als verdienter Champion

Doch irgendwie schienen die Zürcherinnen das entsprechende Memo nicht erhalten zu haben, sie traten seltsam passiv auf, so wie man das von diesem Team unter der gestrengen, fordernden Trainerin Inka Grings eigentlich nicht kennt. Der FCZ aber zeigte Charakter, glich zweimal aus und hatte im Penaltyschiessen die besseren Nerven. Die Zürcherinnen sind ein verdienter, ein logischer Champion. Sie hatten in der Qualifikation ein Torverhältnis von plus 52 aufgewiesen und in den Play-offs auf dem Weg in den Final alle Gegnerinnen dominiert.

Moser und Co. belohnten sich für eine exzellente Saison mit Emotionen für die Ewigkeit. Vor allem bleibt von diesem Furioso in Lausanne aber zurück, dass dieser Modus die um Anerkennung und Aufmerksamkeit kämpfende Women's Super League aufwertet.

Kommentar

Nationaltrainer Yakin sollte Captain Xhaka stärken statt schwächen

FABIAN RUCH, LISSABON

Vielleicht wird man sich irgendwann erzählen, am 5. Juni in Lissabon habe die Schweizer Nationalmannschaft realisiert, worum es im WM-Jahr 2022 geht. 0:4 unterlag die Auswahl am Sonntagabend gegen Portugal in einer Nations-League-Partie, in der sie nur dank im Abschluss grosszügigen Gastgebern nicht noch höher deklassiert wurde. So ist die Schweiz selten vorgeführt worden, letztmals verlor das Nationalteam vor 14 Jahren in einem Testspiel gegen Deutschland mit vier Toren Unterschied (ebenfalls 0:4).

Nach vier Länderspielen wartet die ambitionierte Mannschaft weiter auf den ersten Sieg in diesem Jahr. Der Auftritt in Lissabon war in jeder Hinsicht ungenügend. Es fehlte den Schweizern an Stabilität und an Spielfreude, an einem Plan und an der Mentalität, um sich gegen einen überlegenen Gegner zu wehren. Sie liessen sich immer wieder vom rasanten Umschaltspiel der Portugiesen überraschen, verteidigten nachlässig, waren gegen einen der WM-Favoriten überfordert.

Die Schweizer sehen sich auf Augenhöhe mit den weltbesten Teams. Nach einem erfolgreichen Start unter dem Nationaltrainer Murat Yakin im Herbst herrscht nun die grosse Frustration. Wie sich seine Mannschaft beim Debakel in Lissabon präsentiert hat, müsste Yakin zu denken geben. Er dürfte spätestens am Sonntag erkannt haben, dass es der Schweiz an der notwendigen Kaderbreite fehlt, um auf höchstem Level kompetitiv zu sein, wenn mehrere Stammspieler fehlen oder geschont werden. Von der Startformation gegen Portugal sind einzig Granit Xhaka, Xherdan Shaqiri und allenfalls Ricardo Rodriguez unbestrittene Stammspieler. Fallen beispielsweise wie am Sonntag die Innenverteidiger Manuel Akanji und Nico Elvedi angeschlagen aus,



0:4 in Portugal – so hoch hat die Schweiz seit 14 Jahren nicht mehr verloren.

LAURENT GILLIERON / KEYSTONE

ist der Qualitätsverlust eklatant. Fabian Schär und vor allem Fabian Frei fehlt es an Geschwindigkeit, der Rechtsverteidiger Kevin Mbabu bleibt ein Sicherheitsrisiko. Im Mittelfeld gingen die Schweizer gegen einen robusten Gegner unter. Und in der Offensive genügen nur Shaqiri sowie Breel Embolo und Noah Okafor höheren Ansprüchen. Der Vergleich mit den Portugiesen, die gleich zwei Mannschaften auf absolutem Topniveau stellen könnten, war ernüchternd.

Auch der Nationaltrainer ist 2022 nicht in bester Form. Letztes Jahr gelang Murat Yakin fast alles, was er anpackte. Er hatte etwa Fabian Frei gegen Italien überraschend im Mittelfeld eingesetzt und wurde für seinen taktischen Instinkt gelobt. Zuletzt ist Yakin vor allem mit sonderbaren Entscheidungen aufgefallen.

So stellte er den zentralen Aufbau der Djibril Sow beim 1:2 am Donnerstag in

Tschechien auf die rechte Seite. So ersetzte er am Sonntag in Portugal Ruben Vargas, der sich beim Einlaufen verletzt hatte, am linken Flügel kurzfristig durch den Defensivspieler Jordan Lotomba. Und so befeuerte er mit seinem taktischen Experiment gegen Tschechien unter anderem eine Debatte, die er schnellstmöglich beenden muss. Denn Yakin hat den Captain Xhaka destabilisiert.

Dem Trainer ist es noch immer nicht gelungen, Xhaka zu integrieren. Dieser hatte im Herbst wegen Corona und Verletzungen gefehlt. 2022 ist der selbstbewusste Mittelfeldspieler zurück, er hat aber bisher nicht überzeugt. Ausgerechnet Yakin, einst als Fussballer selber ein Leader mit dem Anspruch, eine Sonderrolle einzunehmen, fehlt es im Umgang mit Xhaka an Gespür. Wenn der Trainer sagt, es gebe für ihn keine Hierarchie im zentralen Mittelfeld, muss sich das für den

stolzen Xhaka wie eine Demütigung anhören. Unter Yakins Vorgänger Vladimir Petkovic war er jahrelang die dominante, zentrale Figur im Schweizer Spiel.

Und weil auch Xhaka zuweilen sehr emotional reagiert, ist eine heikle Situation entstanden. Zwar sagte der Captain nach dem Spiel in Portugal, Yakin sei der Chef. Und er meinte, er sei nach der Niederlage in Tschechien falsch verstanden worden, als er gesagt hatte: «Die Trainer, die mich kennen und wissen, welches meine Position ist, lassen mich tiefer spielen.» Im von Yakin ausprobierten 4-4-2-System hatte Xhaka eine ungewohnt offensive Rolle einnehmen müssen, in der er sich nicht wohlfühlte. Man konnte seine Aussage nur als Kritik am Nationaltrainer verstehen.

Murat Yakin ist auf einmal an verschiedenen Fronten gefordert. Er ist gut beraten, seinen Captain zu stärken – selbst

wenn Xhaka nicht perfekt zu seinen Vorstellungen passt, vertikal und schnell und dynamisch anzugreifen. Denn eine Schweizer Mannschaft ohne Xhaka ist derzeit schwer vorstellbar. Und wenn Yakin sagt, es fehle halt auch ein wenig das Glück, ist das eine Beschönigung der Tatsachen. Zumal er bei seinem fulminanten Einstand davon profitiert hatte, dass der Italiener Jorginho in beiden WM-Qualifikationsspielen gegen die Schweiz

Es fehlte an Stabilität und an Spielfreude, an einem Plan und an der Mentalität, um sich gegen einen überlegenen Gegner zu wehren.

einen Penalty verschoss. Das Schweizer Glück ist fragil.

Noch besteht für Murat Yakin und das Nationalteam kein Grund zur Panik. Doch die Stimmung hat sich verändert, nicht nur Xhaka reagierte zuletzt gereizt und patzig auf Fragen der Medien. Das muss kein schlechtes Zeichen sein, denn gerade der Captain hat seine besten Länderspiele absolviert, wenn bei den Schweizern eine Wagenburg-Mentalität geherrscht hat. Die zwei Nations-League-Heimspiele in dieser Woche in Genf, am Donnerstag gegen Spanien und am Sonntag gegen Portugal, werden unerwartet zum Charaktertest für die Schweizer.

Gemessen an der Vorstellung in Lissabon benötigt es viel Phantasie, daran zu glauben, dass die Schweiz Ende Jahr an der Weltmeisterschaft mit den stärksten Nationen mithalten können. Andererseits ist es nicht einmal zwölf Monate her, dass es der Nationalmannschaft in sehr kurzer Zeit gelang, nach einer heftigen Niederlage und vernichtender Kritik Kraft und Geschlossenheit zu demonstrieren. Wenige Tage nach dem schmerzhaften 0:3 in der EM-Vorrunde gegen Italien folgte der grandiose Sieg im Achtelfinal gegen den Weltmeister Frankreich.

Sein Antrieb ist die Angst

Kristian Blumenfelt schafft die Ironman-Distanz deutlich unter sieben Stunden – er ist das Phänomen des Triathlonsports

ELMAR WAGNER

Natürlich hat es Kristian Blumenfelt auch geschafft, als erster Mensch die Ironman-Distanz in weniger als sieben Stunden zu beenden. Am Sonntag unterbot er die Marke um gut eine Viertelstunde. 6:44:26 Stunden für 3,8 km Schwimmen, 180 km Radfahren und 42 km Laufen. Für den abschliessenden Marathon brauchte er 2:30 Stunden, so schnell ist noch niemand innerhalb eines Ironman gelaufen.

Das Sub7-Projekt auf dem Lausitzring im Osten Deutschlands war ein Rennen unter Laborbedingungen. Es waren in allen Disziplinen Helfer erlaubt, die Strecken waren flach, und beim Material gab es keine Vorschriften. So lässt sich leichter eine Bestmarke verbessern, zum Beispiel auch jene von 7:21:12 Stunden, aufgestellt an einem regulären Ironman – von Blumenfelt selber.

Bullig und sehr muskulös

An der Pressekonferenz vor dem Rennen am Sonntag sagte er: «Ich fühle mich ein wenig unschlagbar. Und er lächelte sanft dazu, kein bisschen verlegen.

Der 28-jährige Norweger gewinnt tatsächlich immer, oder genauer gesagt:

seit den Olympischen Spielen im letzten Sommer. Nach dem Olympiasieg wurde er noch Weltmeister über die kurze Distanz und versuchte sich im November an seinem ersten Ironman – er beendete ihn in Rekordzeit. Sein zweiter Ironman war die von Hawaii nach Utah verschobene Weltmeisterschaft im Mai. Ein Sieg, auch dort. Und nun jene Bestmarke auf dem Lausitzring, gut drei Minuten vor seinem Konkurrenten Joe Skipper.

Diese Überlegenheit auf den kurzen und den langen Distanzen macht Blumenfelt zu einem Unikum im Triathlon. Zwar gibt es den Olympiasieger Jan Frodeno, der auch zum Ironman-Dominator wurde, dazwischen lagen aber Jahre. Und es gibt auch jene Kurzstanz-Spezialisten, die über die halbe Ironman-Distanz brillieren und es dann über die ganze Strecke versuchen – doch das braucht Zeit und endet selten im Erfolg.

Blumenfelt ist ohnehin kein Triathlet, wie er im Buche steht. Er ist bullig, sehr muskulös; man wundert sich, dass er trotzdem so stilvoll laufen kann wie all die anderen feingliedrigen Athleten. Irgendwie passt es daher, dass er es auch schafft, sowohl auf langen als auch über kurze Distanzen erfolgreich zu sein.

Sein Trainer Arild Tveiten kennt Blumenfelt schon über zehn Jahre. Er



IMAGO

Kristian Blumenfelt
Triathlet

sagt, Kristian sei kein Supertalent, aber er habe ein starkes Herz und eine grosse Lunge. Und dass er in seiner Jugend ein begabter Schwimmer war, hilft ihm auch. Der Schlüssel zu seinen jüngsten Erfolgen liegt aber im Umstand, dass Tveiten vor zehn Jahren Sportdirektor des norwegischen Triathlonverbandes wurde und sich das ehrgeizige Ziel setzte, das weltbeste Nationalteam in seinem Sport zu formen.

Verlauf des Saumes optimiert

Blumenfelt sagt in einer Youtube-Dokumentation aus dem Jahr 2020 über seinen Coach: «Meistens ist es so, dass der Trainer seine Athleten in ihrem Eifer bremsen muss. Hier aber ist es umgekehrt: Manchmal muss ich den Trainer bremsen, weil er dermassen motiviert ist.» Diese Einstellung wurde quasi potenziert, als 2016 der Sportwissenschaftler Olav Aleksander Bu zum nor-

wegischen Team stiess. Dieser ist bekannt dafür, dass er jeden Morgen um fünf Uhr aufsteht und zuerst die Wissensportale nach neuen Erkenntnissen durchforstet, die den Triathlonsport weiterbringen könnten.

Unterdessen wird das norwegische Triathlonkader vollständig vermessen, jeder Milliliter Sauerstoff wird registriert, jede verbrauchte Kalorie. Dabei werden auch Fragen beantwortet wie: Kommt die verbrauchte Energie nun von den Kohlenhydraten oder vom Fett? Klar, dass auch jede minime Veränderung der Sitzposition im Windkanal ausgetestet wird. Bei Blumenfelt wird die Akribie auf die Spitze getrieben; selbst der Verlauf des Saumes an seinem Rennanzug wird im Windkanal optimiert.

Das Resultat dieser Bemühungen zeigte sich erstmals 2018 spektakulär: Im WM-Serie-Rennen auf den Bermudas standen gleich drei Norweger auf dem Podium, noch nie gab es eine solche Dominanz im Männertriathlon. Es siegte Casper Stornes vor Blumenfelt und Gustav Iden. Diese drei Athleten trainieren schon über zehn Jahre zusammen und treiben sich bis heute zu Höchstleistungen, auch ausserhalb des Trainings. «Wenn ich sehe, dass Casper und Gustav früher zu Bett gehen, mache ich das auch», erzählt Blumenfelt.

Sein Trainingsumfang beläuft sich auf unglaubliche 1300 Stunden pro Jahr; das sind rund 300 Stunden mehr als etwa die Spitzen-Langläufer buckeln, und die sind auch nicht als trainingsfaul bekannt. Der Coach Tveiten sagt, ganz nüchtern: «Kristian braucht viel Training.»

Wie vom Tier verfolgt

Für Blumenfelt bedeuten all die harten Einheiten zu Hause oder in Trainingscamps an einsamen Orten kein Opfer. Er habe sein Hobby zum Beruf machen können, «wieso soll da das Training ein Opfer sein?» Auch den Schmerz, wenn die Muskeln nur noch brennen, kann er problemlos relativieren: «Ich liebe den Schmerz nicht, aber noch weniger liebe ich es, ein Rennen zu verlieren.» Sein Antrieb sei die Angst, sagt er. Wenn es im Wettkampf in die entscheidende Phase gehe, stelle er sich vor, wie er von einem gefährlichen Tier verfolgt werde. Das schüttet genügend Adrenalin aus.

Und was kommt jetzt, da er eigentlich schon alles erreicht hat? «Ich möchte dieses Jahr alles gewinnen», sagt Blumenfelt. Der nächste Treffpunkt ist die Ironman-WM auf Hawaii im Oktober; schwer vorstellbar, wer diesem Norweger dort in die Quere kommen soll.

Wissenschaftler entdecken die vermutlich grösste Pflanze der Erde

Höchst erstaunliches, rund 4500 Jahre altes Gewächs vor der Küste Westaustraliens

BARBARA BARKHAUSEN, SYDNEY

Die Shark Bay in Westaustralien ist weit entfernt von allem: Bis Perth sind es von der idyllischen Bucht aus über 700 Kilometer, Broome ist fast 1300 Kilometer entfernt. In gewisser Weise scheint die Zeit dort im einsamen Westen Australiens stehen geblieben zu sein: So befindet sich in der Bucht eines der wenigen Beispiele lebender Fossilien. Die Stromatolithen, die ein wenig wie Steine aussehen, versetzen Besucher in die Anfänge der Erdgeschichte zurück.

Da überrascht die Nachricht, die australische Forscher vergangene Woche verkündeten, vielleicht weniger: In besagter Shark Bay glauben sie die vermutlich grösste Pflanze der Welt entdeckt zu haben – ein uraltes und unglaublich widerstandsfähiges Seegras, das sich auf einer Länge von über 180 Kilometern erstreckt und auf ein Alter von mindestens 4500 Jahren geschätzt wird.

Habitat für zahlreiche Tiere

Die Forscher der University of Western Australia und der Flinders University in Adelaide, die eine Studie zu dem Gewächs im Fachmagazin «Proceedings of the Royal Society B» veröffentlicht haben, vermuten, dass es sich bei der Pflanze um ein Exemplar der Art mit dem Namen *Posidonia australis* handelt.

Die riesenhafte Pflanze ist deutlich grösser als Pando, eine Klonkolonie der Amerikanischen Zitterpappel im Fish-lake National Forest im US-Gliedstaat Utah, die bisher als die grösste Pflanze der Welt galt. Das westaustralische Seegras beherbergt zudem eine Vielfalt von Tieren: Zwischen ihren Blättern tummeln sich Fische, Krebse und Schildkröten, aber auch grössere Säugetiere wie Delfphine und Seekühe.

Laut der Evolutionsbiologin Elizabeth Sinclair wollten die Wissenschaftler eigentlich untersuchen, wie genetisch vielfältig die Seegraswiesen in der Shark Bay sind und bei welchen Pflanzen es sich lohnen würde, Sprösslinge für Rekultivierungsprojekte zu sammeln. «Wir werden häufig gefragt, wie viele verschiedene Pflanzen auf Seegraswiesen



Über 180 Kilometer hinweg ein und dieselbe Pflanze: Der Seegrasteppich vor der australischen Küste ist gigantisch. RACHEL AUSTINE / AP

wachsen», sagte sie. Dies hätten sie mithilfe von genetischen Werkzeugen herausfinden wollen. Deswegen habe das Team an unterschiedlichen Stellen in der Shark Bay Seegrassprossen gesammelt und anhand von 18000 genetischen Markern einen sogenannten «Fingerabdruck» erstellt.

Die Antwort habe sie dann «umgehauen», sagte Jane Edgeloe, eine Studentin an der University of Western Australia und die Hauptautorin der Studie. «Es gab nur einen einzigen!» Dies bedeutete, dass eine einzige Seegraspflanze sich über eine Fläche von 200 Quadratkilometern ausgedehnt hatte. Letzteres kann man sich ein wenig wie Rasen vorstellen, der Ausläufer bildet und sich so immer weiter ausbreitet. Auf diese Weise dehnte sich die Seegraspflanze immer

weiter aus – bis sie eine gigantische Seegraswiese bildete, die inzwischen grösser ist als 28000 Fussballfelder. Um diese enorme Ausdehnung zu erlangen, muss die Pflanze – so schätzen die Forscher – mindestens 4500 Jahre alt sein.

Unter Extrembedingungen

Bei ihrer Studie stiessen die Wissenschaftler auf eine weitere Besonderheit: Das einmalige Gewächs scheint doppelt so viele Chromosomen wie ihre Verwandten im Meer zu haben. Das heisst, die Pflanze erhielt 100 Prozent des Genoms von jedem Elternteil, anstatt der üblichen 50 Prozent. Solche Pflanzen kommen laut den Forschern häufig an Orten mit extremen Umweltbedingungen vor. Letztgenanntes trifft auch auf die Shark Bay

zu: Der Salzgehalt ist dort doppelt so hoch wie im Indischen Ozean, und die Wassertemperaturen können zwischen 15 und 30 Grad Celsius schwanken.

Genetische Studien anderer Seegrasarten hatten bereits gezeigt, dass die Pflanzen zwischen 2000 und 100000 Jahre alt werden können, somit ist das Alter des Exemplars in der Shark Bay nicht ungewöhnlich. «Sie haben ein vielseitiges Wachstumsmuster», sagte Kathryn McMahon, eine Seegras-Expertin der Edith Cowan University in Westaustralien, die nicht an der Studie beteiligt war, dem «Guardian». Dieses flexible Wachstumsmuster trage zu der langen Lebensdauer der Pflanzen bei. So könnten die Pflanzen in Richtung nährstoffreicher Flecken wachsen oder aber hin zu Lücken, wo sie sich weiter ausbreiten könnten.

Keine Vermissten mehr nach Zugunglück

Fünf Todesopfer bei Garmisch-Partenkirchen

hmü./ (dpa) · Bei dem Zugunglück, das sich am Freitag bei Garmisch-Partenkirchen in Oberbayern ereignet hat, sind fünf Menschen ums Leben gekommen und mehr als 40 verletzt worden. Das fünfte und letzte Todesopfer wurde am Samstag gefunden. Es handle sich um einen Buben im Teenageralter, teilte die Polizei am Sonntag mit. Die vier zuvor bestätigten Toten seien erwachsene Frauen. Die Polizei geht nicht davon aus, dass es in den zerstörten Waggonen noch weitere Todesopfer geben könnte. Zunächst war nach dem Unglück noch von bis zu zwölf vermissten Personen die Rede, mittlerweile wisse man aber von allen Menschen, die als vermisst gemeldet worden waren, wo sie seien, teilte ein Sprecher des Polizeipräsidiums Oberbayern Süd am Sonntag mit.

Unklar ist weiterhin, weshalb die Regionalbahn am Freitagmittag kurz nach ihrer Abfahrt in Richtung München aus den Gleisen sprang. Eine Kollision mit einem anderen Fahrzeug hatte es zuvor nicht gegeben. Die Aufräumarbeiten gehen unterdessen weiter. Dabei kam auch ein 250 Tonnen schwerer Spezialkran zum Einsatz.

Blutiger Pfingstsonntag in Nigeria

Dutzende Tote bei Angriff auf Kirche – Hintergrund ist offenbar ein Konflikt um Weideland

SARAH FLUCK, KAMPALA

Die Pfingstsonntagsmesse in Owo war fast zu Ende, als eine Gruppe Männer kurz nach neun Uhr die katholische Kirche St. Franz Xaver stürmte. «Wir waren im Gottesdienst, als die Terroristen uns angriffen. Sie brachen in die Kirche ein, indem sie improvisierte Sprengsätze auf das Gebäude warfen», sagte Andrew Abayomi, ein Priester der Kirche im südwestlichen Gliedstaat Ondo, gegenüber lokalen Medien. «Wir versteckten uns in der Kirche, während sie wahllos auf uns schossen. Erst nach 20 Minuten zogen sie sich zurück.»

Videos im Internet zeigen blutüberströmte Männer, Frauen und Kinder in bunten Sonntagsgewändern, die leblos unter den Kirchenbänken liegen, während Menschen um sie wehklagen. Gemäss Abayomi ist es schwierig, genaue Angaben über die Zahl der Opfer zu machen, da sich die Verantwortlichen darauf konzentriert hätten, die Verwundeten in die Spitäler zu bringen. Einwohner und Kirchgänger sagten, dass etwa 70 Gläubige erschossen und andere entführt worden seien.

Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete unter Berufung auf Ärzte, Beamte und freiwillige Helfer, es gebe mindestens 50 Todesopfer, während Dutzende weitere mit Verletzungen behandelt werden.

Der Gouverneur des Gliedstaats Ondo, Arakunrin Oluwarotimi Akere-dolu, sprach von einem «schwarzen Sonntag» für Owo. Er verurteilte den «teuflischen und abscheulichen Anschlag» und versprach, die Angreifer zu finden. Der Vatikan erklärte, Papst Franziskus bete für die Opfer, die «in einem Moment des Feierns schmerzlich getroffen» worden seien.

Die Unsicherheit steigt

Anselm Ologunwa, der Vorsitzende der Christian Association of Nigeria (CAN) in Ondo, sagte: «Nirgendwo in Nigeria ist man sicher.» Er brachte das Massaker in der Kirche mit dem Angriff auf einen Zug in Verbindung, bei dem im April neun Menschen getötet und Dutzende entführt worden waren. Er erinnerte aber auch an die Entführung eines methodistischen Prälaten aus dem südöstlichen Gliedstaat Abia sowie zweier weiterer Pastoren, für deren Freilassung die Kirche 240 000 Dollar zahlen musste.

Auch Nigerias Staatspräsident Muhammadu Buhari verurteilte «die abscheuliche Tötung von Gläubigen». «Egal, was passiert, dieses Land wird niemals dem Bösen und den bösen Menschen nachgeben», versicherte der Präsident, dessen Regierung wegen des starken Anstiegs der Unsicherheit im Land in der Kritik steht. Während weite Teile Nigerias mit Sicher-

heitsproblemen zu kämpfen haben, war Ondo bisher relativ friedlich geblieben. In den letzten Jahren kam es jedoch auch dort vermehrt zu Entführungen und Angriffen im Zusammenhang mit Konflikten zwischen Hirten und Landwirten. Während niemand sofort die Verantwortung für den Angriff vom Pfingstsonntag übernahm, vermutete der lokale Abgeordnete Adeyemi Olayemi, dass die Täter islamistische Fulani-Hirten gewesen seien.

Möglicher Vergeltungsangriff

Die Viehzüchter liegen schon lange im Konflikt mit lokalen Bauern um den Zugang zu Land. Ursprünglich lebten die halbnomadischen muslimischen Fulani vor allem in der Sahelzone im Norden Nigerias. Anhaltende Dürre und Trockenheit liessen sie jedoch mit ihren Kuhherden immer weiter in das ethnisch und religiös gemischte Innere Nigerias sowie in den grösstenteils christlichen Süden ziehen. Im Streit um Weideland kam es dort oft zu blutigen Kämpfen.

Der Abgeordnete Olayemi glaubt, dass der Angriff Vergeltung für eine Weidebeschränkung ist, welche die Regierung Ondos im vergangenen August erliess. Sie verbietet das Weiden in Wäldern und trifft vor allem die Fulani-Kuhhirten.

Heftige Gewitter ziehen über die Alpen

Hagelschläge in der Schweiz – Französin stirbt in Schlammlawine

FRANCO ARNOLD, STEFAN HOTZ

In vielen Gebieten der Schweiz ist es am Sonntag zu heftigen Gewittern gekommen – teilweise mit Starkregen und Hagel. Bereits in den frühen Morgenstunden gab es laut SRF Meteo Hagelgewitter im Mittelland. Manchenorts wehte ein kräftiger Wind, in Egolzwil im Kanton Luzern wurde gar eine Orkanböe mit einer Geschwindigkeit von 133 km/h gemessen. Am späteren Nachmittag zogen die Gewitter weiter in Richtung Osten.

Zeitweise herrschte im Süden des Landes «Gefahr an Leib und Leben», meldete SRF Meteo. Der Bevölkerung wurde empfohlen, das Haus nicht zu verlassen. Besonders stark getroffen wurde der Campingplatz Tamaro in Tenero, wo die Sturmwinde mehrere Bäume entwurzelten. Gegen Abend verlagerten sich der Regen und die Gewitter weiter nach Italien.

Axenstrasse gesperrt

Vierorts kam es am Sonntag zu starkem Hagelniederschlag, so auch in Appenzell, wie Bilder von Meteo Schweiz zeigen. Im Kanton Uri musste aufgrund des Starkregens die Axenstrasse gesperrt werden. Wie die Kantonspolizei Uri mitteilte, sind einige Steine in die Schutznetze oberhalb der Strasse gefallen. Verletzt wurde dabei niemand, auch seien die Schutznetze laut ersten Erkenntnissen nicht beschädigt. Weitere Steinschläge oder Murgänge seien allerdings nicht ausgeschlossen, so die Polizei weiter.

Im Kanton Wallis stürzten aufgrund der starken Winde mehrere Bäume um. In Brigerbad wurden dabei auf einem Campingplatz zwei Personen verletzt, wie der Walliser Bote schreibt. Bei einem Musikfest in der Gemeinde Lalden und bei einem Junioren-Fussballturnier in Turtmann riss der Wind mehrere Zelte um. Auch in Turtmann seien zwei Personen leicht verletzt worden.

Hagelschäden in Bayern

Die Unwetter vom Pfingstweekende haben vor allem auch den Süden Deutschlands in Mitleidenschaft getroffen. Im Allgäu gab es wie in der Ostschweiz starke Hagelschauer. Das Portal «wetter.de» schreibt gar von einem «krassen Hagelschlag». Laut einer Meldung der Deutschen Presseagentur lagen die Eiskörner so dick auf dem Boden, dass Teile des Landkreises Lindau einer verschneiten Winterlandschaft glichen.

Der Starkregen führte zu vollgelaufenen Kellern, und die Sturmwinde rissen Ziegel von den Dächern. In Immenstadt blieben die Gondeln der Mittagbahn wegen des Unwetters stehen, vier Passagiere mussten daraus befreit werden. Ein Musikfestival in Memmingen wurde vorübergehend unterbrochen. Die Besucher mussten die Zelte verlassen und in den Autos Schutz suchen. Sturmschäden an Dächern und durch Wassermassen gab es auch in den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Hessen.

Unter Auto eingeklemmt

In Frankreich verlor eine Frau ihr Leben. Wie der französische Innenminister Gérald Darmanin am Sonntag mitteilte, wurde die Frau in Rouen, im Norden des Landes, von einer Schlammlawine mitgerissen und ertrank, weil sie unter einem Auto eingeklemmt war. 15 weitere Personen seien verletzt worden.

In Österreich stürzten an einigen Stellen Bäume auf die Strassen, so auch auf die Tauernautobahn. Wegen eines Stromausfalls mussten auf jener Strecke überdies zwei Tunnels zeitweise gesperrt werden.

Wie in der Schweiz beruhigte sich in den Nachbarländern die Situation in der Nacht auf Pfingstmontag, nachdem die Unwetter nach Osten abgezogen waren.



Die Brutalität des Ukraine-Kriegs weckt im Balkan schlechte Erinnerungen – Einwohner Sarajevos auf der Flucht vor Scharfschützen 1992.

TOM STODDART ARCHIVE / GETTY

Der Druck der EU auf Serbien muss steigen

Putins Krieg und die Russophilie vieler Serben wecken die Furcht vor einer Destabilisierung auf dem Balkan. Doch Geografie und wirtschaftliche Interessen machen das unwahrscheinlich. Dennoch muss die EU in der Region engagiert bleiben. Von Andreas Ernst

Seit dreieinhalb Monaten frisst sich der Krieg durch die Ukraine und hinterlässt Tod, Zerstörung, Trauer und Hass. In keiner europäischen Region hat er so starke Erinnerungen geweckt wie in den ex-jugoslawischen Ländern: Die belagerten Städte, zerschossenen Wohnblöcke, flüchtenden Frauen und Kinder in der Ukraine erinnern an die Jugoslawien-Kriege. Sie kosteten in den 1990er Jahren 140 000 Menschen das Leben.

Es gibt weitere Ähnlichkeiten. Was Putin als Grund für den Krieg angibt, der angebliche Genozid an Landsleuten im Nachbarland, war auch eine von Belgrads Rechtfertigungen für die Waffengänge in Kroatien und Bosnien-Herzegowina. Die Parallele sorgt für zusätzliche Sorge in der Region. Denn Serbien und der serbisch dominierte Landesteil Bosniens halten fest zu Putin. Mehrheiten in der Bevölkerung werten den Krieg als Akt der Selbstverteidigung gegen jene, die den Kontinent und auch Russland dominieren wollen.

Wirtschaftliche Erfolge Serbiens dank Brüssel

In diesem Narrativ ist Putin der Mann, der gegen das amerikanische Komplott aufsteht und Demütigungen heimzahlt, die auch die Serben in den 1990er Jahren einstecken mussten. Mit der Bombardierung Serbiens durch die Nato 1999 und Kosovos Unabhängigkeit 2008 als Höhepunkt. Es liegt auf der Hand, dass der Kreml versucht, den serbischen Hebel zu nutzen, um Europas Abwehrkraft zu schwächen. Ein Konflikt auf dem Balkan zum jetzigen Zeitpunkt würde die EU aus ihrer prekären Balance werfen und wohl auch die Nato schnell überfordern. Die Frage ist nur: Werden die Serben dabei mitspielen? Die Antwort lautet: Kaum, wenn die EU keine groben Fehler macht.

Der Schlüssel zu einer erfolgreichen europäischen Strategie liegt in Belgrad. Dort schaltet und

Die Fabriken in Serbien sind verlängerte Werkbänke westeuropäischer Mutterfirmen und exportieren fast ausschliesslich in die EU.

waltet Aleksandar Vucic fast nach Belieben. Und dies seit zehn Jahren, zuerst als Ministerpräsident und in den letzten fünf Jahren als Präsident. Die serbischen Medien sind ihm bis auf wenige treu ergeben, die Gewaltenteilung ist verkümmert und die Opposition seit langem schwach und zerstritten. Im April gewann Vucic noch einmal überzeugend die Wahlen.

Seine Macht beruht aber nicht nur auf dem Rezept der illiberalen Demokratie. Als Garant für Stabilität hat es Vucic geschafft, eine ansehnliche Zahl europäischer Investoren, vor allem aus Deutschland und Italien, nach Serbien zu holen. Die Fabriken im Land sind verlängerte Werkbänke westeuropäischer Mutterfirmen und exportieren fast ausschliesslich in die EU, den mit Abstand wichtigsten Handelspartner Serbiens. Das hat zu einem bescheidenen, aber kontinuierlichen Wirtschaftswachstum geführt. Das Land ist fest in die europäische Wirtschaft integriert. Es gibt dazu keine vernünftigen Alternativen.

«Stählerne» Freundschaft mit China und russische Energie

Ein weiteres Element von Vucics Prestige ist seine Schaukelpolitik zwischen der Europäischen Union, Russland und China. Sie vermittelt Wählern den Eindruck von nationaler Eigenständigkeit und Weltläufigkeit. Die Älteren erinnern das an Titos Politik der Blockfreiheit im Kalten Krieg. Doch die Zeiten sind jetzt andere – zumal seit Ausbruch des Ukraine-Krieges. Serbien ist ein EU-Beitritts-Kandidat und verhandelt seit zehn Jahren mit Brüssel, allerdings mit minimalen Fortschritten. Denn ernsthafte Reformen würden bedeuten, dass Vucic den Griff um die Medien lockern müsste, die Regierungsparteien die Verwaltung nicht mehr als Pfründe missbrauchten und die Justiz unabhängig Recht spräche. All das ist nicht der Fall. Denn Vucics Kompass zeigt eben nicht nur nach Brüssel.

Belgrad pflegt auch mit Russland enge Beziehungen und bemüht sich seit Jahren, jene mit China zu stärken. Von Russland ist es energiepolitisch stark abhängig: Fast hundert Prozent der Erdgasimporte stammen aus dem Land. Noch Ende Mai gab Vucic bekannt, Putin habe ihm telefonisch einen günstigen dreijährigen Liefervertrag angeboten. Er hätte am Dienstag von Aussenminister Lawrow in Belgrad unter Dach und Fach gebracht werden sollen. Doch jetzt haben Serbiens Nachbarländer, die Nato-Staaten Bulgarien, Nordmazedonien und Montenegro, ein Signal gesetzt. Sie verboten Lawrow den Überflug. Der Besuch ist abgesagt.

Die Freundschaft mit China ist jüngerer Datums, wird aber von beiden Seiten mit viel propagandistischem Aufwand als «stählern» bezeichnet. Peking investiert in den Bergbau und in die Schwerindustrie und vergibt Kredite für Infrastrukturprojekte, die es dann meist selber ausführt. Der wirtschaftliche Einfluss sollte nicht überschätzt werden, doch politisch ist Peking bedeutsam: Wie Russland unterstützt es Serbien in der Kosovo-Frage. Beide Grossmächte verweigern die Anerkennung der ehemaligen Provinz als unabhängiger Staat. Auch die Beschaffungspolitik der serbischen Armee folgt dem Muster der Äquidistanz. An einer Waffenschau bei Belgrad im April wurden europäische Airbus-Helikopter vorgestellt, es folgten ein chinesisches Flugabwehrsystem, chinesische Kampfdrohnen und schliesslich russische MiG-29-Kampfflugzeuge.

Seit dem Angriff auf die Ukraine ist der Druck auf Serbien markant gestiegen, die aussenpolitische Linie jener der EU anzugleichen. Dazu sind Kandidatenländer auch grundsätzlich verpflichtet, doch Belgrad focht sich bisher erfolgreich darum. Zwar hat Serbien den russischen Angriff auf die Ukraine in einer Uno-Resolution verurteilt, doch es weigert sich, Sanktionen gegen Moskau zu ergreifen. Doch jetzt schliessen sich die Freiräume. Das gilt in erster Linie für Milorad Dodik, Vucics Verbündeten in Bosnien-Herzegowina, der die Republika Srpska dominiert. Nachdem Dodik mit separatistischen Schritten gedroht hatte, liess es die EU für einmal nicht bei verbalen Ermahnungen bewenden, sondern stockte im März die Friedenstruppe EUFOR in Bosnien-Herzegowina um 500 Mann auf. Das war ein klares Signal und erinnert potenzielle Unruhestifter im Land daran, dass die Nato notfalls auch sehr viel mehr Truppen ins Land schicken kann.

Auch gegenüber Belgrad sollten die Europäer jetzt Klartext reden. Denn das Letzte, was die EU brauchen kann, ist ein trojanisches Pferd auf dem Balkan, das für Putin eine zweite Front eröffnet. Brüssel muss jetzt klare und verbindliche Bedingungen stellen. Wer als Beitrittskandidat von EU-Geldern profitiert, darf nicht länger auf zwei Stühlen sitzen, sondern muss die Sanktionen gegen Russland mittragen. Die Botschaft dürfte ankommen, denn in der Regierungskoalition zeigen sich bereits Risse. Vucic selber bereitet das Publikum auf einen Kurswechsel vor, wenn er öffentlich klagt, er wisse nicht, wie lange er die autonome Politik noch durchziehen könne. Die Boulevardpresse folgt gehorsam auf dem Fuss und versucht sich in Russen-Bashing: Putin, so heisst es, drohe Serbien in den Rücken zu fallen. Ganz nach dem Muster der separatistischen Volksrepubliken im Donbass könnte er Kosovo anerkennen.

Sollte sich Vucic (und in seinem Windschatten auch Dodik) bei konsequentem Druck von Moskau distanzieren, wäre dies nicht wirklich überraschend. Mehr als alles andere wollen diese Politiker an der Macht bleiben. Und falls sie sich wirklich entscheiden müssen, werden sie der EU und nicht Russland den Vorzug geben. Ein Blick auf die Landkarte und auf die Geldströme erklärt, warum.

Das Integrationsangebot bleibt wichtig

In mancher Hinsicht profitieren sie sogar davon, dass die EU energischer vorgeht und auch geopolitisch kalkuliert. Für Brüssel und die westeuropäischen Hauptstädte ist die Reformagenda der Länder auf dem Balkan nur noch zweitrangig. Im Moment zählt vielmehr, dass die aussen- und sicherheitspolitischen Lücken in der Region geschlossen werden. Das kommt vielen autoritären Politikern auf dem Balkan entgegen – keineswegs nur Vucic und Dodik. Alles in allem stehen die Chancen damit nicht schlecht, dass die Lage auf dem Balkan stabil bleibt. Das ist allerdings an zwei miteinander verbundene Voraussetzungen geknüpft. Die eine ist, dass Russland diesen Krieg nicht gewinnt, die andere, dass die EU weiterhin eine einigermaßen konsequente Politik auf dem westlichen Balkan verfolgt.

Andernfalls könnten revanchistische Politiker ihre Chance wittern. Die «Heimholung» Kosovos und ein neuer Anlauf für ein Grossserbien kämen dann schnell aufs Tapet. Und kommen die Grenzen in der Region einmal in Bewegung, wird auch das grossalbanische Projekt nicht auf sich warten lassen. Das alles verlief nicht ohne Blutvergiessen, denn Bosnien-Herzegowina und Nordmazedonien wären in ihrer Existenz bedroht. Es bleibt deshalb wichtig, dass die EU ihr Integrationsangebot an den westlichen Balkan erneuert und es so anpasst, dass diese Länder in wenigen Jahren fester Bestandteil dieser Union sein werden.

Rettung der Bilateralen I

Nach dem undemokratischen Entscheid des Bundesrates zum Abbruch der Verhandlungen mit der EU über den Rahmenvertrag vom Mai 2021 wundern sich heute verschiedene Kreise und Parteien in der Schweiz über die kompromisslose Haltung der EU bei den gegenwärtigen Neuverhandlungen («Die Beziehungskrise mit der EU ist am WEF nur ein Randthema», NZZ 24. 5. 22).

Es gibt zwar seitens der Schweiz verschiedene Vorschläge zur Rettung der Bilateralen I (sektorielle Wirtschaftsverträge betreffend den Zugang zum Binnenmarkt). Aber sowohl der FDP-Vorschlag als auch derjenige des Bundesrates basieren auf einem grundsätzlichen Denkfehler, der darin besteht, dass die bilateralen Verträge I klassische bilaterale Verträge darstellen würden, die von beiden Parteien auf Augenhöhe abgeschlossen worden seien. Dem ist aber nicht so.

Die Bilateralen I stellen letztlich einen Teilbeitritt der Schweiz zum EU-Rechts-basierten Binnenmarkt dar. Deshalb wurden diese Verträge mit der Guillotineklausel versehen, damit die Schweiz nicht einfach Teilverträge einzeln kündigen kann (Rosinenpicken).

Als Teilmitglied des EU-Binnenmarktes muss deshalb die Schweiz – wie die ordentlichen EU-Mitglieder des Binnenmarktes – die Rechtshoheit des EuGH in irgendeiner Form sowie die Pflicht zur Übernahme der Rechtsentwicklung (wie im Schengen-Vertrag) anerkennen. Solange die Schweiz dazu nicht bereit ist, wird es keine Lösung geben.

Bernhard Hediger, Rapperswil-Jona

Keine brauchbare Energiestrategie

Vorweg eine wichtige Feststellung: Eine Energiestrategie, die diese Bezeichnung verdient, haben wir nicht («Ist die Energiestrategie gescheitert?», NZZ 27.5. 22).

Das Energiegesetz, über welches im Jahr 2017 abgestimmt wurde, war schon damals in zentralen Belangen unsinnig und somit von Anfang an gescheitert. Der Grund liegt darin, dass es sich wiederholt nicht an Tatsachen orientiert, sondern ideologisch ausgerichtet ist. Es basiert insbesondere auf falschen Überlegungen und der unfundierten Hoffnung auf Hilfe durch das Ausland.

Das ist eines Landes, das seine Ernsthaftigkeit oft genug betont, unwürdig. Bereits 2017 haben es alle, die es wissen wollten, zur Kenntnis nehmen können, dass die für alle Zeiten bei uns höchst unsichere Solar- und Windenergie im Gleichschritt mit ihrem Ausbau auf eine entsprechende Absicherung durch stets verfügbare Energieträger angewiesen ist, insbesondere auf Atomkraft, aber auch Wasserkraft oder Gaskraftwerke.

Dieser Absicherungsbedarf ist umso grösser, je mehr man auf Solar- und Windkraft setzt. Deren weitere Forcierung,

erneut propagiert von der Schweizerischen Energiestiftung beziehungsweise den dort versammelten Leuten und Firmen mit entsprechenden wirtschaftlichen Interessen, ist keine Lösung und unheilvoll für unser Land.

Es wird höchste Zeit, dass man sich nicht weiter in untaugliche Ideen zur Energieversorgung verbeisst und den Mut zu einer ernsthaften und dauerhaften Strategie hat.

Hanspeter Bornhauser, Bedano

Geldpolitik für das Gesamtwohl

Der Meinungsbeitrag von Beat Kappeler zur gebotenen Nationalbank-Geldpolitik (NZZ 2. 6. 22) bereichert die sonst eher substanzmagere Diskussion. Der als Ökonom sowie auch als Wirtschaftshistoriker hoch qualifizierte Kappeler argumentiert sowohl ausführlich als auch allgemeinverständlich und duelliert sich mit den Sachverständigen der Nationalbank, die sich mit minimalen Begründungen für ihren Kurs begnügen (begnügen müssen?).

Mehr als nur rudimentäre Kenntnisse der Geldpolitik sind, nicht «nur» in der Schweiz, mittlerweile ein «knappes Gut». Diese lassen ja bekanntlich den Preis steigen. Hier denjenigen für verfehlte Geldpolitik. Gegenwärtig ist dies bei der EZB und der Bank of England besonders deutlich zu beobachten.

Zurück zur Schweiz: Wie viele kantonale Finanzdirektoren und an der Geldpolitik Interessierte in den eidgenössischen Räten und in den Parteisekretariaten haben etwas mehr als nur Grundkenntnisse? Es wimmelt nur so von Juristen und weiteren Nicht-Ökonomen, die einigermassen regelmässig «gut gemeint» mit «gut» verwechseln.

Auch die Spitzenverbände sind nicht in der Lage, sich für überzeugende, den Gesamtinteressen dienende Lösungen starkzumachen. Solche sind bisher und insbesondere seit der Freigabe der Wechselkurse Anfang der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts weitgehend gefunden worden.

Aber es wird unter den gegenwärtigen Bedingungen der auch im geldpolitischen Bereich grassierenden «Sontanpolitik» schwieriger, die bei weitem wichtigste Stellschraube für eine kompetitive, offene Volkswirtschaft im Wettbewerb der Standorte für das schweizerische Gesamtwohl weiterhin richtig einzustellen.

Erich Heini, Luzern

Dinner mit dem Philanthropen Soros

Ankündigungen eines Weltunterganges hat es seit Menschengedenken immer wieder gegeben, ohne dass die Menschheit jemals an den Abgrund zu stehen gekommen wäre. Dennoch sind die Befürchtungen von George Soros viel-

leicht doch nicht ganz abwegig, sind die zunehmend digitalisierte Wehrtechnik und abstruse Beweggründe doch sehr dazu angetan, den Erfolg in kriegerischen Auseinandersetzungen zu suchen (NZZ 27. 5. 22).

Von einer absoluten Weisheit («Wahrheit gibt es nur im Absoluten» über Georg Wilhelm Friedrich Hegel, NZZ 22. 8. 20) ist die humane Spezies zwar unerreichbar unendlich weit weg, doch selbst mit dem verfügbaren intellektuellen Potenzial wäre ein lebenswertes Dasein durchaus vorstellbar, würde der Sachverstand politischer Entscheidungsträger nicht von opportunistischen Interessen und irrationalen ideologischen Zwängen deaktiviert; eine evolutionär gegebene Geisteshaltung, welche sich wohl auch nie ändern wird.

Heinrich Hess, Seuzach

Bestandesregulierung bei Bibern

Der Biber als «Vorzeigeschweizer» (NZZ 30. 5. 22): spannend! Aber der Biber zeigt uns noch etwas: Er liebt sein Revier und verteidigt es auch gegenüber seinen Jungen, die er tötet, wenn sie bleiben.

Das heisst: Er reguliert, wenn nötig, die eigene Population oder dezimiert sie – «Familie» hin oder her. Der Biber ist (noch) absolut geschützt. Die Folge ist massiver Zuwachs, obwohl laut Studie des Bundes der Platz für Wildtiere bei uns abnimmt. Bei ausgesetzten oder zugewanderten Tieren muss bei Überpopulation oder Schäden Bestandesregulierung möglich sein. Auch, um innerhalb dieser Tierart den Populationsdruck abzubauen.

Einfach zuwarten, bis die Tiere wegen Überpopulation elend verenden oder sich gegenseitig umbringen, ist nicht besonders verantwortungsvoll. Die Steinbockhege zeigt seit Jahren, wie es geht. Noch zu den entwässerten Sümpfen: Viele waren vorher schlimme Malariagebiete.

Bernhard Spörri, ehem. Jagdaufseher, Gränichen

KORRIGENDUM

zz. · Im Artikel «Das Rätsel der Frühchen» (NZZ, 1.6.22) hiess es fälschlicherweise, im Jahr 2020 seien 4,1 Prozent mehr Kinder geboren worden als im Jahr 2019. Die hohe Geburtenzahl bezieht sich jedoch auf das Jahr 2021 im Vergleich zu 2020.

An unsere Leserschaft

Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

TRIBÜNE

Das Bundesgericht betreibt Ehereform

Gastkommentar

von MARKUS MOHLER

Das Bundesgericht hat in mehreren Urteilen die Regeln für die Bemessung der nach einer Scheidung fälligen finanziellen Beiträge geändert. Die bisherige Regelung gilt nicht mehr, wonach einem Ehegatten die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit nicht mehr zugemutet werden kann, wenn sie oder er während der Ehe nicht berufstätig war und zum Zeitpunkt der Aufhebung des gemeinsamen Haushalts beziehungsweise bei der Scheidung das 45. Altersjahr bereits erreicht hat. Vielmehr wird jetzt den geschiedenen Ehegatten unbekümmert um das Bisherige und das Alter vorgeschrieben, bis (mindestens) zum Erreichen der AHV-Grenze selber vollzeitlich erwerbstätig zu sein und für sich selber zu sorgen. Die bis anhin noch massgeblichen «lebensprägenden» Umstände des ehelichen Zusammenlebens zählen nicht mehr. Lediglich im Einzelfall könnte aufgrund eines Nachweises besonderer Verhältnisse anders entschieden werden.

Diese tiefgreifende Praxisänderung wirft viele Fragen auf. Zunächst fällt die immer gleiche Zusammensetzung des Spruchkörpers des Bundesgerichts in diesen Fällen auf: Es sind immer die gleichen fünf Männer; zwei gehören der FDP, zwei der SVP und einer der BDP an. Dass in derart wegweisenden familienrechtlichen Urteilen zudem keine Richterin zum Spruchkörper gehört, ist kaum vertretbar. Auch ohne scheidungsrechtliche Spezialkenntnisse ist sodann zu bezweifeln, dass diese neue Regelung mit Art. 125 ZGB über den nachehelichen Unterhalt noch übereinstimmt (Aufgabenteilung, Dauer der Ehe; Lebensstellung, Alter und Gesundheit, Einkommen usw.). Das Gericht hat somit das gesetzte Recht nicht interpretiert, sondern es betätigte sich selber als Gesetzgeber. Eine solche Abkehr von den gesetzlichen Kriterien wäre im Parlament in dieser Form kaum beschlossen worden – und wenn, dann wäre zumindest ein Referendum möglich gewesen. So aber wird der demokratische Rechtssetzungsprozess ausgehebelt.

Über juristische Einzelargumente hinaus führt diese Regelung zu Ungerechtigkeiten: Betreut die Frau und Mutter hauptsächlich die Kinder, erhält sie dafür keinen Lohn, auch die AHV-Beiträge entfallen. Im AHV-Alter dürften daher viele von ihnen Ergänzungsleistungen beanspruchen müssen. Das kann wohl nicht der Sinn eines sozialverträglichen Scheidungsrechts sein. Auch mit einem Gerechtigkeitsverständnis hat das nichts mehr zu tun. Umgekehrt, wenn das verhindert werden soll, schränkt diese Rechtsprechung die persönliche Freiheit ein: Sie zwingt die Ehegatten nicht nur, das bisher klassische Familienmodell aus finanziellen Gründen für den Eventualfall einer Scheidung aufzugeben und je einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Sie werden auch gezwungen, die Kindererziehung mindestens teilweise Fremden zu überlassen.

Die fünf Richter übergehen dabei sämtliche damit verbundenen Umstände von der aufgezwungenen Abhängigkeit der Unterstützung durch Dritte (z. B. Grosseltern), der finanziellen Belastung durch zu bezahlende Tagesstrukturen (sofern vorhanden) bis zum über das Verpflegen, Waschen und Putzen hinausgehende verständnisvolle, fördernde Betreuen der Kinder einschliesslich sinnvoller Freizeitbeschäftigungen durch die zur Erziehung verpflichteten Eltern. Dass auf diese Weise die psychische und physische Belastung zunimmt, entgeht ihnen offenbar. Solche Belastungen führen zu häufigeren Spannungen unter den Ehegatten und können vermehrte Scheidungen zur Folge haben, was ebenso wenig der Sinn des Rechts sein kann. Problematisch ist dabei die verstärkte Machtposition des mehrheitlich oder allein erwerbstätigen Ehegatten: Die latente oder offene Drohung mit Scheidung liefert die Grundlage für Nötigungen.

Für diese Art der «Gleichstellung» sind viele unerlässliche Voraussetzungen (noch) vorhanden. Es geht um Menschliches, um Zwischenmenschliches, um die Sozialverträglichkeit des individuellen Verhaltens im gesellschaftlichen Zusammenleben. Dafür müssen tragfähige Lösungen gefunden werden.

Markus Mohler ist ehemaliger Dozent für Sicherheits- und Polizeirecht an den Universitäten Basel und St. Gallen und war vormalis Polizeikommandant und Staatsanwalt.

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT
Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 243. Jahrgang
REDAKTION
Chefredaktor: Eric Gujer (eg.).
Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw.), Nicole Anliker (ann.), Carola Ettenreich (cet.), Tom Schneider (sct.).
Tagsleitung: Nicole Anliker (ann.), Christian Steiner (cts.), Benno Mattli (bem.).
International: Peter Rásonyi (gra.), Andreas Rüesch (A. R.), Werner J. Marti (wjm.), Andrea Spalinger (spl.), Andreas Ernst (ahn.), Meret Baumann (bam.), Patrick Zoll (paz.), Elena Panagiotidis (ela.), Dominique Burckhardt (dbu.), Fabian Urech (urf.), Judith Kormann (jkr.), Ulrich von Schwerin (uvs.), Katrin Büchenbacher (k.b.), Pauline Voss (ine.).
Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Claudia Schwartz (ces.).
Schweiz: Christina Neuhaus (cn.), Andri Rostetter (art.), Erich Aschwanden (ase.), Daniel Gerny (dgy.), Marc Tribelhorn (tri.), Michele Coviello (cov.), Simon Hehl (lhs.), Angelika Hardegger (haa.), Tobias Gaferer (gaf.), David Vonplon (dvp.), Samuel Tanner (sta.).
Bundeshaus: Fabian Schäfer (fab.), Christof Forster (For.), Georg Häslér Sansano (geo.), Katharina Fontana (fon.).
Westschweiz: Antonio Fumagalli (fum.).

Zürich: Daniel Fritzsche (dfr.), Fabian Baumgartner (fbi.), Dorothee Vögeli (vö.), Stefan Hotz (sho.), Adi Kälin (ak.), Katja Baigger (bai.), Jan Hudec (jhu.), Florian Schoop (scf.), Claudia Rey (clr.), Raffaela Angstmann (ran.), Michael von Ledebur (mvl.), Nils Pfändler (nil.), Linda Koponen (lko.), Dennis Hoffmeyer (dho.), Zeno Geisseler (zge.), Isabel Heusser (heu.).

Wirtschaft: Chanchal Biswas (bis.), Dieter Bachmann (dba.), Alexandra Stühff (alk.), Thomas Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Nicole Rütti Ruzicic (nrü.), Christoph Eisenring (cei.), Andrea Martel Fus (am.), Thomas Schürpf (tsf.), Gerald Hosp (gho.), Matthias Benz (mbe.), Hansuelli Schöchli (hus.), Benjamin Triebe (bat.), Dominik Feldges (df.), André Müller (amü.), Stefan Häberli (het.), Nelly Keusch (nel.).

Börse: Michael Ferber (feb.), Werner Grundlöhner (gru.), Lorenz Honegger (lho.).

Chefökonom: Peter A. Fischer (pfi.).

Wissenschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Alan Niederer (ni.), Herbert Schmidt (hdt.), Lukas Mäder (mdr.), Ruth Fulterer (ful.), Gioia da Silva (gds.), Eveline Geiser (evg.), Sven Titz (stv.), Judith Blage (jbl.), Esther Widmann (wde.).

Feuilleton: Benedict Neff (ben.), Roman Bucheli (rbl.), Thomas Ribi (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Claudia Mäder (cmd.), Lucien Scherrer (lsc.), Christian Wildhagen (wdh.), Manuel Müller (mml.), Sabine von Fischer (svf.), Andreas Scheiner (sca.).

Sport: Elmar Wagner (wag.), Philipp Bärtsch (phb.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsn.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Nicola Berger (nbl.), Stefan Osterhaus (sos.), Christof Krapf (krp.).

Wochenende/Gesellschaft/Reisen: Daniel Wechlin (daw.), Birgit Schmid (bgs.), Michael Schilliger (msl.), Susanna Müller (sm.).

Reporter: Marcel Gyr (-yr.), Anja Jardine (jar.), Martin Beglinger (beg.).

Nachrichten: Janique Weder (wej.), Kathrin Klette (kkl.), Tobias Sedlmaier (tsm.), Esther Rüdiger (eru.), Gian Andrea Marti (gam.), Esther Widmann (wde.), Nadine Brügger (nad.), Franco Arnold (fra.), Melchior Poppe (pop.).

Social Media: Reto Stauffacher (rst.), Philipp Gollmer (phg.).

Ferdinand Knapp (FK.), Marit Langschwager (mls.).

Community: Anja Grünfelder (ang.).

Podcast: David Vogel (dv.), Benedikt Hofer (bho.), Nadine Landert (lna.), Marlen Oehler (oeh.), Sebastian Panholzer (sep.).

Audience Management: Dominik Batz (btz.), Jonas Holenstein (jho.).

Visuals & Editorial Tech: Barnaby Skinner (bsk.), Kaspar Manz (xco.), Christian Kleeb (cke.), Anja Lemcke (lea.), Eugen Fleckenstein (efl.), Joana Kelén (jok.), Nikolai Thelitz (nth.), Jonas Oesch (joe.), Florian Seliger (fsl.), Adina Renner (adi.), Nicolas Staub (las.), Charlotte Eckstein (eck.), Franco Gervasi (fgr.), Simon Haas (sih.), Eike Hoppmann (eik.) Simon Huwiler (shu.), Manuela Paganini (mpa.), Michel Grautstück (mgr.), Forrest Rogers (fr.), Julia Monn (jum.), Roland Shaw (sro.).

Video/TV: Markus Stein (sma.), Andrea Hauner (hwa.), David Hess (dhe.), Jasmine Ruegg (jmr.), Jörg Walch (jwa.), Conradin Zellweger (czw.), Isabelle Pfister (ipf.), Jasmine Jacot-Descombes (jja.), Nicole Krättli (krä.).

Produktionsredaktion: Benno Mattli (bem.), Caspar Hesse (cah.), Christoph Fisch (cf.), Claudia Baer (cb.), Manuela Kessler (mak.), Lucie Paška (lpa.), Roland Tellenbach (rol.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Bodo Lamparsky (la.), Lukas Leuzinger (lkz.), Philipp Hufschmid (phh.), Yvonne Eckert (yve.), Benno Brunner (bbr.), Ildi Ózslap (ilö.).

Art Director: Reto Althaus (ral.).

Bildredaktion: Gilles Steinhmann (gst.), Andrea Mittelholzer (and.), Roman Sigrist (rsi.), Reto Gratwohl (grg.), Nicole Aebly (nae.), Rahel Arnold (raa.), Martin Berz (brz.), Joël Humn (huj.), Dominic Nahr (dna.).

Fotografen: Christoph Ruckstuhl (ruc.), Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.), Simon Tanner (tan.).

Korrekturat: Natascha Fischer.

KORRESPONDENTEN

Paris: Nina Belz (nbe.). **London:** Niklaus Nuspliger (nn.). **Berlin:** Marc Felix Serrao (flx.), René Höltschi (ht.), Jonas Hermann (jsh.), Hansjörg Friedrich Müller (hmu.), Anja Stehle (asz.), Alexander Kissler (kis.), Hannah Bethke (hb.), Oliver Maksan (oma.), Fatina Keilani (kei.). **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.). **München:** Stephanie Lahrtz (slz.). **Rom:** Luzi Bernet (lzb.), Andres Wysling (awy.). **Madrid:** Ute Müller (utm.). **Wien:** Ivo Mijnsen (mij.), Daniel Imwinkelried (imr.). **Stockholm:** Rudolf Hermann (ruh.). **Brüssel:** Christoph G. Schmutz (sco.). **Nairobi:** Samuel Misteli (smi.). **Istanbul:** Volker Pabst (pab.). **Macau:** Inga Rogg (iro.). **Beirut:** Daniel Böhm. **Delhi:** Andreas Babst (abb.). **Seoul:** Matthias Müller (mue.). **Peking:** Matthias Kamp (mka.). **Shenzhen:** Matthias Sander (msa.). **Tokio:** Martin Kölling (koe.). **Sydney:** Esther Blank (esb.). **Washington:** Christian Weisflog (ws.). **Chicago:** David Signer (dai.). **New York:** Christof Leisinger (cri.). **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (lma.). **Rio de Janeiro:** Thomas Milz (mit.). **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.).

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ am Sonntag: Chefredaktor: Jonas Projer (jp.).

NZZ Folio: Aline Wanner (awa.), Reto U. Schneider (res.), Flurin Clalüna (fcl.), Barbara Klingbacher (bak.).

NZZ Geschichte: Lea Haller (lha.), Daniel Di Falco (ddf.).

DAS UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung. Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Hausvogteiplatz 3/4, 10117 Berlin; The Market Media AG, Zürich.

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, redaktion@nzz.ch, www.nzz.ch.

Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbriefe@nzz.ch.

Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch.

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, service@nzz.ch, www.nzz.ch/fag.

Inserate: NZZzone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, inserate@nzz.ch, www.nzzzone.ch.

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, CH-8045 Zürich.

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWSt)

NZZ Print & Digital: 847 Fr. (12 Monate), 77 Fr. (1 Monat).

NZZ Digital Plus: 579 Fr. (12 Monate), 54 Fr. (1 Monat).

NZZ Wochenende Print: 374 Fr. (12 Monate), 34 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital.

NZZ International Print & Digital: 572 € (12 Monate), 52 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandspreise auf Anfrage.

NZZ Kombi Print & Digital: 949 Fr. (12 Monate), 87 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital.

NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat).

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2022.

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2022.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptiler

Gott spielt nur eine Rolle am Rande

Deutschlands katholische Bischöfe proben den Paradigmenwechsel. Es steht eine korruptierte Kirche vor der Frage nach dem gnädigen Publikum. Gastkommentar von Bernhard Meuser

Katholische Bischöfe sind die letzten Kleinfürsten der Welt. Der Bischof, der sich beim anderen einmischt, ist in der katholischen Kirche nicht vorgesehen. Mittlerweile rücken über hundert Bischöfe aus Polen, den nordischen Ländern, Amerika, Australien und Afrika den reformfreudigen deutschen Mitbrüdern auf die Pelle. Selbst als moderat geltende «Römer» wie die Kardinäle Walter Kasper und Kurt Koch lassen kein gutes Haar am deutschen Reformprojekt Synodaler Weg, was darauf hindeutet, dass man auch in der Zentrale befürchtet, 1521 könnte sich wiederholen und das Imperium könnte noch einmal gründlicher zerfallen als in der Reformation 1.0.

Die «deutsche Krankheit» ist bei Licht besehen keine deutsche. Tatsächlich wühlen unter der Oberfläche des katholischen Universums gerade gewaltige Antagonismen – zwei sich abstossende Gestalten des Katholischen arbeiten sich aneinander ab, von denen eine sich gerade radikalisiert. Die Widersprüche liessen sich grob umschreiben als Theozentrik und Anthropozentrik.

Im Zeitalter der Selbstoptimierung

Der Vater der «anthropozentrischen Wende» in der Theologie ist der deutsche Konzilstheologe und Heidegger-Schüler Karl Rahner (1904–1984). In kühner Plausibilisierung eines in der Schultheologie erstarrten Gottesglaubens setzte er konsequent bei einem tieferen Verstehen des Menschen an. Um von Gott heute etwas sagen zu können, müsse man vom Menschen reden, dessen tiefstes Geheimnis eben Gott sei. Rahner empfahl, den Teppich des Glaubens transzendentaltheologisch, also gewissermassen von der Rückseite her, zu lesen. Alle Theologie habe von nun an Anthropologie zu sein und umgekehrt.

Rahner war dabei kein menscheitsduseligler Humanist; seine Pointe bestand darin, dass radikale Anthropologie das Kreisen des Menschen um sich selbst auf das je grössere Gottesgeheimnis hin übersteigt. Biblisch gesprochen: Der Mensch kommt zu sich selbst in Gottesfurcht. Spuren dieses Ansatzes findet man in den Dokumenten des II. Vatikanums, auch bei Johannes Paul II., der in seiner Antritts-Enzyklika «Redemptor Hominis» (1979) bekannte: «Der Mensch ist der Weg der Kirche.» Dass der gottesfürchtige Pole das heute noch einmal so ungeschützt schreiben würde, ist kaum anzunehmen.

Die Menschenförmigkeit der Theologie ist längst zum Dollpunkt geworden, an dem sich die Geister scheiden. Die «neue» Anthropozentrik hat die Transzendenz des Selbst, den Gottesbezug, gelöscht. Der nach dem richtigen Handeln suchende Mensch befasst sich selbstoptimierend mit sich. Ethik mutiert in Psychologie.

Als die Stadt Nürnberg 1971 den 500. Geburtstag von Dürer feierte, liess man sich einen besonderen Gag einfallen. Man projizierte Dürers Selbstbildnis von 1500 überlebensgross auf das Fenster des Nürnberger Hauptbahnhofs. Das war zu einer Zeit, als noch Scharen katholischer Gastarbeiter aus Südeuropa dort ankamen. Sehr zur Verwunderung der Nürnberger fielen manche auf die Knie und bekreuzigten sich in der Annahme, ein besonders christliches Land würde sie willkommen heissen. Sie konnten nicht wissen, dass es nicht Christus war, der ihnen entgegenstrahlte, sondern ein Mensch an der Wende zur Moderne. Einer, der sich in der Christus-Pose selbst inszenierte und kühn in den Mittelpunkt der Welt stellte: der Künstler, das autonome moderne Subjekt, das sich in Freiheit erfindet und selbst erschafft. Adam 2.0 – so wollten die Ausstellungsmacher es zumindest sehen. Ob Dürer selbst es so gemeint hat, steht dahin. Er könnte sein Selbstbildnis auch als Ikone des durch Christus verwandelten Menschen verstanden haben.

Eine ähnliche Kontrafaktur altbekannter Schemata ereignet sich gerade vom Land Luthers kommend in der Kirche. In der Breite fast unbemerkt, wird das Herz des Christlichen durch ein anderes ersetzt. Das Neue an der Stelle Gottes ist der autonome Mensch.

Christliche Ethik war immer theozentrisch, Zeugnis und praktischer Erweis einer Tat Gottes. «Auferweckt» durch ihn sollen wir «als neue Menschen leben» (Röm 6,4). Das Gute war grundgelegt in Gottes guter Schöpfung. In menschlicher Frei-



Bei Luther noch stand der sündige Mensch vor der Frage nach dem gnädigen Gott. Blick in die Basilika von Kevelaer.

SASCHA STEINBACH / EPA

heit, aber durch Gott, «mit ihm und in ihm» galt es, dieses natürlich Gute zu erlangen. Gott selbst, so legte es Thomas von Aquin aus, würde den natürlich zum Guten strebenden Menschen unfehlbar zu einem Glück, Gott selbst, hinführen. Die Geschichte der Offenbarung galt als eine Geschichte immer neuer hilfreicher Weisungen von oben: «Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist und was der Herr von dir erwartet . . .» (Mi 6,8).

In der gegenwärtigen Kirchenkrise spielt Gott nur eine nebensächliche Rolle. Bei Luther noch stand der sündige Mensch vor der Frage nach dem gnädigen Gott. Dieses Mal steht eine korruptierte Kirche vor der Frage nach dem gnädigen Publikum. Angekommen im Souterrain der Metaphysik, ringt man um das Menschlich-Allzumenschliche, insbesondere um die Toleranzbreite der etwas älteren Institution angesichts der Varianz sexueller Selbstverwirklichungskonzepte heute.

Rahner wollte den Menschen auf Gott hin aufbrechen; auf den Gedanken, die Gebrochenheiten im menschlichen Liebesstreben zu erklären und ihm den läuternden Überstieg in die Transzendenz zu ersparen, wäre er nicht gekommen. «Sie sind nicht auf der Höhe der Zeit», hielt die «Bunte» Bischof Georg Bätzing vor: «Keiner hält sich an Ihre Moral, die Sex nur in der Ehe erlaubt.»

Der Versuch, etwas zu sagen und zu sein, was allen gefällt und niemanden verletzt, endet in der Gottferne.

Darauf Bätzing: «Das stimmt. Und wir müssen den Katechismus da teilweise ändern. Sexualität ist eine Gottesgabe. Und keine Sünde.»

Sexualität ist natürlich keine Sünde, aber was man damit macht, von Fall zu Fall schon. Die in allen Besenkammern der Liebe bewanderten «Bunte»-Leser werden verstehen, was hoffentlich nicht gemeint ist. Dem Ganzen die Krone setzt der Bischof von Essen, Franz-Josef Overbeck, auf: «Wie Menschen zu leben haben, lässt sich nicht mehr allgemein autoritativ verordnen, ohne das Gottesgeschenk der Autonomie mit Füßen zu treten.»

Es sind diese Populismen, bei denen sich amerikanische Bischöfe bekreuzigen. Overbeck ist auch noch Vorsitzender der Glaubenskommission der Bischofskonferenz.

Das Prinzip Selbstermächtigung

Die anthropozentrische Überdehnung der Theologie setzt die Freiheit des Menschen an den Anfang aller Dinge. Kategorien wie Gottes Wille oder Gottes Gebot beleuchten den Status des Menschen nachrangig oder gar nicht. Die neue Ethik ist keine Ethik der Entsprechung zum Göttlichen; sie gründet auf dem jeweils individuellen Begehren der Person. «Nichts», sagt Papst Franziskus, «ist flüchtiger, unsicherer und unberechenbarer als das Begehren» («Amoris laetitia»). Man wüsste oft gerne, wo noch der Unterschied zu Aleister Crowley, dem Satanisten, zu finden ist. Dessen Kernsatz «Tue, was du willst, soll sein das ganze Gesetz» könnte auch von einem der einschlägigen Theologen stammen.

In einem offenen Brief hatte der emeritierte Papst Benedikt im Februar 2019 den «Zusammenbruch der katholischen Moraltheologie» erkannt: «So konnte es nun auch nichts schlechthin Gutes und ebenso wenig etwas immer Böses geben, sondern nur relative Wertungen. Es gab nicht mehr das Gute, sondern nur noch das relativ, im Augenblick und von den Umständen abhängige Bessere.»

Im Konzept autonomer Selbstermächtigung ist erlaubt, was gefällt, sofern es dem anderen auch gefällt, mit dem es beziehungsethisch gut verhan-

delt ist. Gott wird zur segnenden Randfigur unseres Tuns; er ist ethisch nicht mehr konstitutiv. Der ohnehin auf Individualismus gepolte Mensch weiss selbst, was gut für ihn ist.

Bevor es aber zum institutionellen Kollaps kommt, möchten die deutschen Bischöfe mit einer im Zentralkomitee vereinigten Elite von Funktionären neu sortieren, was Kirche heute ist, nach dem Konzept «Nachfrage regelt das Angebot». Die anthropozentrische Grundidee wird durchkonjugiert bis in die Sozialformen hinein. Wie die Ethik, so zerfällt auch die Kirche in eine gottreferenzielle und eine selbstreferenzielle Community. Der neue Kirchentyp hält es mit dem Werbespruch der Betonindustrie: «Es kommt darauf an, was wir daraus machen.»

Die anthropozentrische Kirche möchte die vielen mitnehmen, indem sie das «Du musst dein Leben ändern» eliminiert. Im Konflikt mit den eigenen Dokumenten, der Heiligen Schrift und kirchlicher Lehre, entkräftet oder tilgt sie das Eindeutige durch Interpretation, nennt die klare Aussage unterkomplex oder überholt. Die alte (theozentrische) Kirche hingegen war und ist nur bedingt anschlussfähig. Sie eckt an, und zwar aus Prinzip. Von Wort und Lehre gebunden, setzt sie sich ab von dem, was man tut, weil alle es tun. Sie ist aber anschlussoffen durch Bekehrung. Ihr Geschäft ist Verkündigung ergangener Verheissungen – im Zuspruch Gottes wie in seinen unbequemen Weisungen.

Wie die neue Ethik, so ist auch die neue, massenkompatibel gedachte Kirche tendenziell gottlos. Der Versuch, etwas zu sagen und zu sein, was allen gefällt und niemanden verletzt, endet in der Gottferne. Dass Papst Franziskus gerade kein besonderes Wohlgefallen an der deutschen Dépendance der Kirche hat, hätte man schon seiner Rede vor der Wahl zum Papst entnehmen können. Damals, im März 2013, sagte er: «Die um sich selbst kreisende Kirche glaubt – ohne dass es ihr bewusst wäre –, dass sie eigenes Licht hat. Sie hört auf, das «Geheimnis des Lichts» zu sein, und dann gibt sie jenem schrecklichen Übel der «geistlichen Weltanpassung» Raum (nach Worten de Lubacs das schlimmste Übel, das der Kirche passieren kann).»

Bernhard Meuser ist Publizist und katholischer Theologe.

Strukturierte Produkte in Zeichnung



8.25% p.a. in CHF auf Alcon, Lonza, Straumann

Barrier Reverse Convertible

Renditeoptimierungsprodukt, SSPA Kategorie 1230, **Indikative Konditionen¹⁾**, Zeichnungsfrist bis **8. Juni 2022, 15:00 Uhr MEZ**

Basiswerte		Indikativer Anfangskurs	Indikative Barriere	Indikative Anzahl Aktien
Alcon SA Namenaktie		CHF 72.44	59% (CHF 42.7396)	13.8045
Lonza Group AG Namenaktie		CHF 583.70	59% (CHF 344.3830)	1.7132
Straumann Holding AG Namenaktie		CHF 126.07	59% (CHF 74.3813)	7.9321
Emittent	Credit Suisse AG, London Branch, London		Coupon	8.25% p.a., vierteljährlich ausbezahlt
Rating	A1 (Moody's) / A (Standard & Poor's)		Anfangsfixierung	8. Juni 2022
Emissionspreis	100% (CHF 1'000)		Laufzeit	12 Monate
Valor / ISIN	114 949 330 / CH1149493301		Kotierung	SIX Swiss Exchange

Barrier Reverse Convertibles sind strukturierte Produkte, die eine attraktive Renditechance in Form eines fixen Coupons ermöglichen. Die Höhe des Coupons ist u.a. abhängig von der Höhe der Barriere, der Produktlaufzeit, den aktuellen Marktkonditionen (z.B. Volatilität der Basiswerte, Zinsumfeld), sowie der Kreditwürdigkeit des Emittenten.

Chancen

- Sie erhalten einen fixen Coupon, unabhängig davon, wie sich die Basiswerte entwickeln.
- Rückzahlung zu 100%, falls während der Laufzeit keine Barriere berührt oder unterschritten wird bzw. alle Basiswerte bei der Endfixierung auf oder über ihrem jeweiligen Anfangskurs schliessen.

Risiken

- Lieferung des Basiswerts mit der schlechtesten Wertentwicklung im vordefinierten Verhältnis, falls während der Laufzeit mindestens eine Barriere berührt oder unterschritten wird und mindestens ein Basiswert bei der Endfixierung unter dem entsprechenden Anfangskurs schliesst. Im ungünstigsten Fall ist ein Totalverlust des von Ihnen investierten Kapitals möglich.
- Die maximale Rendite ist auf den Coupon begrenzt.

Weitere Produkte in Zeichnung¹⁾

ProNotes mit Knock-Out

Basiswerte	Rebate	Knock-Out Level	Mindestrückzahlung	Valor	Währung	Laufzeit	Ende der Zeichnungsfrist
Novartis, Zurich, UBS	2.00%	130%	100%	11 494 9305	CHF	3 Jahre	10. Juni 2022
SMI®	40.00%	140%	100%	11 494 9324	USD	3 Jahre	8. Juni 2022
S&P 500®	16.00%	140%	100%	11 494 9325	USD	3 Jahre	8. Juni 2022
Gold	11.00%	125%	100%	11 494 9328	USD	2.5 Jahre	9. Juni 2022
Apple, Amazon, Alphabet	16.50%	160%	100%	11 494 9338	USD	3 Jahre	15. Juni 2022

Callable Barrier Reverse Convertibles

Coupon	Basiswerte	Barriere	Valor	Währung	Laufzeit	Ende der Zeichnungsfrist
7.00% p.a.	Novartis, Roche, Swiss Re, Zurich	56%	11 494 9329	CHF	15 Monate	8. Juni 2022
10.00% p.a.	Richemont, Holcim, Zurich	59%	11 494 9336	CHF	12 Monate	10. Juni 2022
6.50% p.a.	Nestlé, Novartis, Roche	69%	11 494 9340	CHF	15 Monate	13. Juni 2022
10.25% p.a.	BASF, SAP, Siemens	55%	11 494 9331	EUR	12 Monate	7. Juni 2022

Autocallable Barrier Reverse Convertibles

Coupon	Basiswerte	Barriere	Valor	Währung	Laufzeit	Ende der Zeichnungsfrist
10.00% p.a.	Adidas, Nike, Puma	55%	11 494 9333	CHF	12 Monate	9. Juni 2022
9.25% p.a.	Credit Suisse, UBS, Julius Bär	55%	11 494 9332	CHF	15 Monate	9. Juni 2022
14.50% p.a.	NVIDIA, Intel	50%	11 494 9337	USD	12 Monate	10. Juni 2022

Barrier Reverse Convertibles

Coupon	Basiswerte	Barriere	Valor	Währung	Laufzeit	Ende der Zeichnungsfrist
7.50% p.a.	Unilever, Nestlé, Danone	69%	11 494 9335	CHF	12 Monate	10. Juni 2022
8.25% p.a.	Shell, TotalEnergies, Repsol	55%	11 494 9339	EUR	12 Monate	13. Juni 2022

Strukturierte Produkte sind keine kollektiven Kapitalanlagen im Sinne des Bundesgesetzes über kollektive Kapitalanlagen (KAG) und unterliegen nicht der Genehmigung durch die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) und deren Aufsicht. Anleger sind deshalb nicht durch das KAG geschützt. Die Anleger tragen das Emittentenrisiko. Ferner eignen sich diese strukturierten Produkte nur für Investoren, welche die Funktionsweise und insbesondere die damit verbundenen Risiken verstehen sowie deren Folgen tragen können.

¹⁾**Sämtliche Angaben sind indikativ, die definitiven Konditionen werden bis zum Emissionstag bestätigt.** ²⁾Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass Gespräche auf unseren Linien aufgezeichnet werden. Bei Ihrem Anruf gehen wir davon aus, dass Sie mit dieser Geschäftspraxis einverstanden sind.

Für weitere Informationen rufen Sie uns an: +41 (0)44 335 76 00²⁾

credit-suisse.com/derivatives

Die zugrunde liegenden Indizes sind eingetragene Marken und wurden zur Nutzung lizenziert (SIX Swiss Exchange ist Lizenzgeber für den Swiss Market Index (SMI)®;). Die Indizes werden ausschliesslich von den Lizenzgebern zusammengestellt und berechnet, und die Lizenzgeber übernehmen hierfür keinerlei Haftung. Die auf den Indizes basierenden Produkte werden von den Lizenzgebern in keiner Weise gesponsert, unterstützt, verkauft oder beworben. Wenn eine Anlage nicht auf Ihre Heimatwährung lautet, können sich Wechselkursänderungen negativ auf Wert, Preis oder Ertrag auswirken. Gewisse Anlageprodukte implizieren ein Engagement in Rohstoffanlagen. Rohstoffanlagen unterliegen grösseren Wertschwankungen als herkömmliche Anlagen und können zu zusätzlichen Anlagerisiken führen. Wenn eine Anlage nicht auf Ihre Heimatwährung lautet, können sich Wechselkursänderungen negativ auf Wert, Preis oder Ertrag auswirken. Dieses Dokument stellt weder ein Angebot noch eine Aufforderung zum Abschluss einer Finanztransaktion dar; die rechtlich massgebenden Bedingungen sind allein im Prospekt enthalten, der im vereinfachten Prospekt nach KAG zusammengefasst ist. Bitte verlangen Sie vor einem Anlageentscheid die vollständigen Produktinformationen, insbesondere hinsichtlich produktspezifischer Risiken, Emissionspreis und allfälliger Gebühren. Diese können unter der entsprechenden Telefonnummer kostenlos bestellt werden. Die Werthaltigkeit von strukturierten Produkten ist nicht allein von der Entwicklung der Basiswerte, sondern auch von der Bonität des Emittenten abhängig, die sich während der Laufzeit des strukturierten Produkts verändern kann. Copyright © 2022 Credit Suisse Group AG und/oder mit ihr verbundene Unternehmen. Alle Rechte vorbehalten.

«Die Schweizer Hoteliers agieren kurzsichtig»

Der Chef von Booking.com, Glenn Fogel, hält nichts von den Schweizer Plänen für eine schärfere Regulierung von Online-Buchungsplattformen. Die Hoteliers wollten sich ungerechtfertigt bereichern, erklärt er im Gespräch mit Matthias Benz und Chanchal Biswas

Herr Fogel, in der Schweiz nutzen viele Menschen Booking.com, aber bei den Hoteliers ist die Plattform unbeliebt. Wie gehen Sie damit um?

Wenn ich Klagen höre, stammen sie meist von Hotelpartnern, denen nicht gefällt, was wir ihnen für ein Zimmer berechnen. Wir nehmen 12 Prozent Kommission, wenn ein Kunde ein Hotelzimmer über unsere Plattform bucht. Die Hoteliers hätten gerne eine tiefere Kommission. Aber alle Unternehmen würden gerne weniger zahlen für Vorleistungen. Sie würden gerne weniger zahlen für den Strom, den sie benötigen. Restaurants würden gerne weniger aufwenden für die Lebensmittel, die sie beziehen. Das ist normal. Aber wissen Sie, was? Wir sind seit über zwei Jahrzehnten in der Schweiz tätig. Und wir haben die Kommission nie erhöht, sie war immer 12 Prozent.

Ist Ihre Dienstleistung das wert?

Ich sage Ihnen, was wir den Hotels bieten. Wir arbeiten mit ihnen zusammen, um ihr Haus in die beste Position auf unserer Plattform zu bringen, damit die Menschen dort übernachten wollen. Wir übersetzen die Inhalte in über 40 Sprachen. Wir beraten die Hotels bei den Fotos, die sie benutzen sollen. Wir machen den ganzen Kundenservice für sie, 24 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche. Wir stellen alles Technische für die Zahlungsabwicklung sicher. Wenn ein chinesischer Tourist mit Alipay oder WeChat-Pay zahlen will, dann erledigen wir das und überweisen das Geld in Schweizerfranken auf das Konto des Hotels. Zudem geben wir buchstäblich Milliarden von Dollar für die Online-Werbung aus, damit die Menschen auf unsere Plattform kommen und sich die Hotels ansehen. Und das Beste ist: Das ist alles gratis für die Hotels. Sie zahlen nur, wenn jemand ein Zimmer bucht.

Dennoch wird das Schweizer Parlament wohl bald die Regeln für Online-Buchungsplattformen verschärfen. Booking.com wird es Schweizer Hotels nicht mehr verbieten können, auf ihren eigenen Websites günstigere Zimmerpreise anzubieten. Haben Sie den Schweizer Hoteliers Ketten angelegt?

Es ist wichtig, zu sehen, dass die geplanten Änderungen zu den Preisparitätsklauseln nicht nur Booking.com betreffen. Aber lassen Sie mich ein Beispiel machen. Ein Schweizer Hotel sagt: Ich gebe Booking.com ein Zimmer zum Preis von 100 Franken, aber auf meiner eigenen Website biete ich es für 90 Franken an. Was wird passieren? Alle Kunden werden immer noch auf Booking.com kommen und sich 50 Hotels auf unserer Plattform ansehen. Aber mit einem Klick werden sie auf die Website des Hotels wechseln und dort das Zimmer für 90 Franken buchen. Wir machen also die ganze Werbung und die ganze Arbeit, damit die Kunden herausfinden, welches Hotel am besten zu ihnen passt. Und mit einem Klick buchen sie dann woanders. Das nennt man Trittbrettfahren. Es findet statt, und es ist unfair. Darum sagen wir den Hotels: Wenn ihr tiefere Preise auf euren eigenen Websites anbietet, können wir euch nicht auf unserer Plattform haben.

Die Schweizer Hoteliers haben intensiv für das neue Gesetz lobbyiert. Schiessen sie sich selbst in den Fuss?

Ich denke, sie agieren kurzsichtig. Sie werden nicht davon profitieren. Das gegenwärtige System funktioniert sehr gut für alle. Manche Hoteliers gehen von der falschen Annahme aus, dass die neue Regulierung ihre Lage verbessern werde und dass sie mehr Geld verdienen würden. Ich glaube nicht, dass das passieren wird. Stattdessen wird das Geschäft weniger effizient.



Eine schöne Bildauswahl zieht bei den Kunden – auch dabei hilft Booking.com den Hoteliers.

GORAN BASIC / NZZ

Wie wird sich Booking.com an das neue Gesetz anpassen?

Wir befolgen die gesetzlichen Regeln immer, wie sie auch aussehen. Aber die Geschichte zeigt, dass viele Regulierungen die Situation nicht verbessert, sondern sie sogar verschlechtert haben. Preisparitätsklauseln abzuschaffen, ist nicht der richtige Weg. Ich möchte betonen: Es ist wichtig, dass jeder Gesetzgeber, der neue Regeln ins Auge fasst, wirklich versteht, wie dieser Markt funktioniert, und dass er sich nicht von bestimmten Interessengruppen beeinflussen lässt.

Viele Länder in Europa haben schon Regeln, wie sie in der Schweiz geplant sind. Laut manchen Wettbewerbsbehörden hat das der Konkurrenz nicht geschadet. Liegen sie falsch?

Ich bezweifle dieses Argument stark. So, wie das System jetzt funktioniert, ist es am besten für alle. Einige Hoteliers glauben, sie sollten tiefere Preise anbieten und trotzdem die Vorteile einer Kooperation mit einer Buchungsplattform geniessen können. Glaubt irgendjemand, dass das eine faire Beziehung sei? Man nennt es ungerechtfertigte Bereicherung. Wir würden die ganze Arbeit für die Hotels machen, aber wir hätten null Einnahmen – und sie alle Vorteile.

Kritiker argumentieren, Sie hätten eine grosse Marktmacht. In der Schweiz beispielsweise hat Booking.com laut Umfragen bei den Online-Hotelbuchungen einen Marktanteil von 70 Prozent.

Ich ziehe die Aussagekraft dieser Umfragen in Zweifel, denn sie basieren auf einer kleinen und nicht repräsentativen Stichprobe von Schweizer Hotels und sind methodisch mangelhaft. Kein Hotel der Welt muss Booking.com nutzen. Es gibt buchstäblich Hunderte von Arten, ein Hotelzimmer zu verkaufen. Wenn Sie auf die Marktmacht anspielen, hier ist die wahre Zahl: In Europa haben wir einen tiefen zweistelligen Prozentanteil an allen Hotelbuchungen. Gehen Sie zu irgendeinem Hotel und fragen: Woher kommen die Gäste? Die Antwort wird lauten: Die meisten Kunden buchen direkt beim Hotel, im Durchschnitt sind es 70 Prozent. Die Menschen nutzen viele verschiedene



«Das Reisen ist bereits zurückgekehrt.»

Glenn Fogel
CEO Booking.com

«Seit über 20 Jahren haben wir die Kommission nicht erhöht.»

Schwergewicht der Reisebranche

mbe./bis. · Glenn Fogel (45) ist CEO von Booking.com, dem grössten Online-Reiseportal in Europa und Nordamerika. Die Firma mit niederländischen Wurzeln hat ihren Hauptsitz in Amsterdam, gehört aber seit 2005 zur amerikanischen Muttergesellschaft Booking Holdings. Diese betreibt weltweit weitere Reiseportale wie Rentalcars.com, Agoda, Kayak und Opentable. Fogel ist seit mehr als zwanzig Jahren im Unternehmen tätig und steht seit 2017 auch Booking Holdings vor. Der Amerikaner hat Ökonomie an der Wharton School in Philadelphia studiert und Recht an der Harvard-Universität. Fogel gehörte im Jahr 2021 zu den zehn bestbezahlten Managern in den USA.

Wege, um zu einem Hotelzimmer zu kommen. Sie rufen direkt im Hotel an oder schreiben eine E-Mail. Sie durchstöbern eine Suchmaschine wie Google. Sie chatten mit einem Reiseberater auf ihrem Smartphone. Oder sie können verschiedene Online-Buchungsplattformen nutzen, Booking.com ist nur eine von ihnen.

Dennoch haben Sie einen grossen Marktanteil im wachsenden Geschäft für Online-Hotelbuchungen.

Wenn jemand sagt, Booking.com habe x Prozent des Online-Marktes, frage ich jeweils zurück: Was heisst das eigentlich genau? Sind da die eigenen Websites der Hotels eingeschlossen und ihre mobilen Apps? Ist es berücksichtigt, wenn jemand auf Google geht und eingippt: Ich brauche ein gemütliches Hotel in Zürich? Das ist fast nie der Fall. Auch online gibt es eine enorme Auswahlmöglichkeit.

Laut Kritikern nutzen Sie Ihre starke Marktstellung aus.

Eine dominante Marktstellung bedeutet für mich, dass ein Unternehmen die Preise erhöhen kann, und die Kunden können nichts dagegen tun, weil sie die Dienstleistung dieses Unternehmens nutzen müssen. Aber das trifft auf uns nicht zu. Seit über 20 Jahren haben wir die Kommission, die wir unseren Hotelpartnern in der Schweiz berechnen, nie erhöht.

Warum haben Sie das nicht getan?

Wenn wir es täten, würden wir verlieren. Der Wettbewerb ist unglaublich hart. Jeden Tag konkurrieren wir mit Hunderten von anderen Anbietern, die Hotelzimmer verkaufen wollen. Wir müssen alles unternehmen, um sicherzustellen, dass wir den besten Service bieten für unsere Hotelpartner und die reisenden Kunden. Wenn wir das nicht tun, sind sie nur einen Klick davon entfernt, woanders hinzugehen. Wenn wir nicht liefern, verschwinden wir sehr schnell, das garantiere ich Ihnen. Es ist ein kompetitiver Markt. Wer das Gegenteil behauptet, versteht nicht, wie dieses Geschäft funktioniert. Und das Wunderbare an einer Marktwirtschaft, in der viele Firmen miteinander konkurrieren, ist ja, dass der Service für

alle besser wird. Für mich ist das ein gesellschaftlicher Nutzen.

In Zukunft könnte es eine Konvergenz von Plattformen geben. Die Kunden buchen dann alles an einem Ort, neben Flug und Hotel gleich auch noch Ausflüge. Haben Sie schon über einen Kauf von Getyourguide nachgedacht, einer Plattform mit Schweizer Wurzeln?

Ich kenne den Gründer Johannes Reck, seit er das Unternehmen mit Freunden ins Leben gerufen hat. Wir sprechen häufig. Aber wir haben keine geschäftliche Beziehung zu Getyourguide. Wir arbeiten mit anderen Firmen zusammen, die Touren und Tickets für Sehenswürdigkeiten anbieten. Getyourguide ist ein starker Konkurrent.

Corona hat die Reisebranche durchgeschüttelt. Wird das Reisen nach der Pandemie anders sein?

Was sicher ist: Das Reisen ist bereits zurückgekehrt. Sobald die Beschränkungen gelockert wurden und sich die Menschen sicher fühlten, haben sie wieder zu reisen begonnen. Das zeigt, wie gross das Verlangen der Menschen nach dem Reisen ist. Aber es gibt Veränderungen. Zum Beispiel wollen jetzt mehr Menschen in einer Ferienwohnung übernachten statt in einem Hotel, weil sie sich dort sicherer fühlen als in einer überfüllten Hotelhalle. Diese Verschiebung wird bleiben.

Heisst das, dass Sie auf Ihrer Plattform mehr Ferienwohnungen brauchen und weniger Hotelzimmer?

Nicht weniger Hotels – wir wollen den Konsumenten so viel Auswahl bieten wie möglich. Aber wir brauchen definitiv mehr Appartements. Da haben wir einen zu geringen Bestand an manchen Orten, besonders in den USA, wo Airbnb ein starkes Angebot hat. Das zeigt auch, dass Airbnb ein wichtiger Konkurrent für uns ist. Die Regulatoren denken immer noch, dass es sich um eine andere Kategorie handle. Aber für die Reisenden ist es dasselbe.

Wird der Geschäftstourismus jemals wieder so sein wie früher?

Wir haben alle in der Pandemie gelernt, dass wir gut kommunizieren können, ohne dass wir irgendwo hinfliegen und jemanden persönlich treffen müssen. Wir führen dieses Interview virtuell. Denken Sie nur daran, wie viel Geld wir sparen, indem wir nicht reisen, und welche Umweltschäden wir so vermeiden. Ich bin deshalb überzeugt davon, dass der Geschäftstourismus längerfristig einen niedrigeren Prozentanteil an der gesamten Reisebranche ausmachen wird als früher. Aber es wird immer noch ein grosser Anteil sein. Und der Geschäftstourismus wird auch das Vorkrisenniveau wieder erreichen, weil die ganze Reisebranche weiterhin wachsen wird.

ANZEIGE



swa
Swiss Auditors

Kompetent, erfahren und kundenorientiert: die junge Prüfgesellschaft für Banken, Wertpapierhäuser und Vermögensverwalter. Mit Mehrwert.

SWA Swiss Auditors AG
8808 Pfäffikon SZ, T 055 415 54 70
info@swa-audit.ch, www.swa-audit.ch

Dormakabas neuer Chef muss bald Resultate liefern

Der Singapurer Jim-Heng Lee sieht keine Notwendigkeit für eine weitere Repositionierung der Gruppe

DOMINIK FELDGES, RÜMLANG

Der Händedruck bei der Begrüssung ist kräftig, und Jim-Heng Lee strahlt über das ganze Gesicht. Zwar ist der neue Chef des Rümmlanger Schliessstechnikkonzerns Dormakaba erst vor vier Monaten von Hongkong in die Schweiz gezogen, doch er scheint sich an seinem neuen Arbeitsort am Rand des Zürcher Flughafens schon gut eingelebt zu haben.

Der 59-Jährige, der deutlich jünger wirkt und auch einmal mit seinem elektrischen Roller durch die riesige Halle am Hauptsitz flitzt, sagt von sich selbst, leicht Bekanntschaften zu schliessen. Angesichts seiner Offenheit und unprätentiösen Art glaubt man ihm das auf Anhieb.

«Natürlicher Nachfolger»

Vor seiner Beförderung zum Konzernchef hatte Lee während knapp acht Jahren von Hongkong aus erfolgreich das Asien-geschäft von Dormakaba im Bereich Zutrittssysteme geleitet. Es gelang ihm, Umsatz und Profitabilität stetig zu steigern. Im Mediencommuniqué zu seiner Ernennung als CEO wurde Lee vom Verwaltungsratspräsidenten Riet Cadonau und von Hans Hess, dem Leiter des Nominations- und Vergütungsausschusses, als «natürlicher Nachfolger» bezeichnet.

Es bedurfte indes eines kurzen Zwischenspiels, ehe es Lee bei Dormakaba ganz nach oben schaffte. Als Cadonau nämlich per Anfang April 2021 sein damaliges Doppelmandat (als VR-Präsident und CEO) beendete, entschied sich der Verwaltungsrat erst, die französische Managerin Sabrina Soussan mit der Konzernführung zu betrauen. Soussan wurde in der eher mittelständisch geprägten Firma aber nicht warm. Sie trat von ihrem Posten nach lediglich neun Monaten Ende 2021 zurück.

Lee wartete vor seinem Umzug in die Schweiz die Feierlichkeiten zum chinesischen Neujahr Anfang Februar ab. Das ist die Zeit, die er und seine Frau traditionell mit Familienangehörigen im heimlichen Singapur verbringen. Im Stadtstaat, der Lee in vielem an die ebenfalls kleinräumige und auf grösstmögliche Souveränität bedachte Schweiz erinnert, hat er sich, wie er vorrechnet, in den vergangenen 25 Jahren indes «zu weniger als einem Drittel» aufgehalten. So gesehen ist es für den Manager und seine



Jim-Heng Lee leitet seit Anfang 2022 den Spezialisten für Schliessstechnik und Zutrittssysteme Dormakaba.

PD

Frau nichts Ungewöhnliches, ausserhalb der Heimat zu leben. Bereits für seinen früheren Arbeitgeber, den schwedischen Dormakaba-Konkurrenten Assa Abloy, war er in Peking und in Hongkong tätig gewesen. Sein Studium absolvierte Lee, der von Beruf Wirtschaftsprüfer ist, ausser in Singapur noch in Grossbritannien.

«Scheue» Bewohner

Die Schweiz hatte der Chef von Dormakaba bis vor kurzem nur von Geschäftsreisen gekannt. Zwar sei er für Besprechungen sicher 50-mal nach Zürich und wieder zurück nach Hongkong gereist, doch lasse sich dies nicht damit vergleichen, wenn man in einem Land auch seine Wochenenden verbringe. «Es ist nicht dasselbe, als Geschäftsmann in die Schweiz zu kommen und hier zu leben.»

Mit etwas Erstaunen hat Lee seit seiner Ankunft die Erfahrung gemacht, dass es hierzulande nicht so einfach ist, privat

Leute kennenzulernen. «Auf mich wirken viele Bewohner der Schweiz etwas scheu, obschon das Land bekannt für seine Offenheit und Internationalität ist.» Lee, der ohne Deutschkenntnisse in die Schweiz gezogen ist, rechnet sich dank seiner Kontaktfreudigkeit aber gute Chancen aus, auch ausserhalb des Arbeitsorts schon bald die eine oder andere Freundschaft zu knüpfen. Anders als manche Manager wird er sich zu diesem Zweck nicht auf Golfplätze begeben. Dazu fehle ihm die Geduld, sagt er. Lieber schwingt Lee den Tennisschläger oder geht laufen. Zusammen mit seiner Frau praktiziert er auch Yoga, oder er meditiert.

Lee stammt aus einfachen Verhältnissen. Sein Vater emigrierte vor dem Zweiten Weltkrieg von China nach Singapur und verfügte nur über eine rudimentäre Schulbildung, genauso wie die Mutter. Umso dankbarer ist Lee den Eltern dafür, dass sie ihm mit harter Arbeit den Gang an die Hochschule ermöglichten.

Wegen seiner bescheidenen Herkunft hat Lee früh gelernt, sparsam zu leben. Obwohl er als Topmanager mittlerweile ein Millionengehalt bezieht, macht er sich bis heute wenig aus Statussymbolen. Er trägt zwar die neueste Apple Watch, aber auch nur, weil er sich zu sämtlichen Geräten hingezogen fühle, die Menschen vernetzen würden. Das Sammeln von elektronischen Gadgets gehört ebenso zu seinen Hobbys wie das Hören von Podcasts, wobei Lee sich aus ganz verschiedenen Themenkreisen wie beispielsweise der Philosophie oder der Religion informiert.

In der Werkshalle, wo sich heute der Hauptsitz von Dormakaba mit lauter Büroarbeitsplätzen, aber keinen Maschinen mehr befindet, wurden früher Tresore gefertigt. Lee hat in einem Glaskasten sein Büro bezogen. Insgesamt 300 Mitarbeiter zählt Dormakaba in Rümlang, und die Beschäftigten, die zurzeit noch in einem angrenzenden konventionellen Bürogebäude arbeiten, sollen bis Ende dieses

Jahres ebenfalls in die zurzeit noch etwas verwaist wirkende Halle wechseln.

Das Management der Firma erhofft sich von diesem Schritt ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl unter den Mitarbeitenden. Generell will Lee die Kultur in der Gruppe weiter stärken, die vor knapp sieben Jahren aus der Fusion des Zürcher Traditionsunternehmens Kaba mit dem deutschen Konkurrenten Dorma entstand. Die beiden Firmen stiessen damit ins Spitzentrio der Branche vor, dem neben dem Marktführer Assa Abloy auch das in Dublin ansässige, operativ aber aus den USA geführte Unternehmen Allegion angehört. Die Geschäftsentwicklung war zugleich von Höhen und Tiefen begleitet – zur Enttäuschung mancher Anleger.

Lee räumt ein, dass sich Dormakaba besser schlagen könnte. Er sieht aber keine Notwendigkeit für eine weitere Repositionierung der Gruppe. Die Effizienzmassnahmen und die neuen Geschäftsziele, die im vergangenen November noch von seiner Vorgängerin verkündet worden waren, hatte er als damaliges einfaches Konzernleitungsmitglied mit ausgearbeitet. Das Unternehmen muss nun aber, das wird im Gespräch klar, rasch mehr aus seinem Potenzial herausholen. Lee ist sich bewusst, dass ihm Investoren nur beschränkt Zeit geben werden und bald Resultate sehen wollen.

Mit Dormakaba haben Anleger Geld verloren

Veränderung Aktienkurse in %



Herzliche Gratulation

Die Swiss Financial Association SFAA und das Ausbildungszentrum AZEK gratulieren den neuen Absolventinnen und Absolventen zur bestandenen Prüfung und laden sie herzlich ein zur Diplomfeier am 23. Juni 2022 in Zürich.

Eidgenössisches Diplom des Finanzanalytikers und Vermögensverwalters – Certified International Investment Analyst CIIA®

Amez-Droz Beatrice • Ammann Nicolas • Beata Rachele • Betschart Marino • Bissegger Lukas Andreas • Blatti Sylvain • Bonvin Aliénor • Brändle Fabian • Carl Fabian • Coutant Jérôme • Derungs Livio • Ducret Joël • Ehrensperger Kevin • Fischer Benjamin • Ganz Thomas • Gasche Philipp • Gentile Loris • Gisler Clemens • Gloor Thomas • Grecuccio Cosima Maria • Haefeli Cyril • Jahic Nadja • Joos Daniel • Kalt Ralf • Kirchhoff Antonio • Koch Daniel • Kryenbühl Patric • Lechthaler Adrian • Ohrel Ron • Quirici Dario • Reiser Andreas • Ruosch Lukas • Stagno Marco • Steffen Tobias • Veri Pietro • Vrljic Hrvoje • Widmer Dennis • Zeender Fabian Simon

Associate Wealth Manager AWM

Barras Jérémy • Baudenbacher Alexandra E. • Bocion Anthony • Borge Eugenio Francisco • Borloz Gaël • Büchel Anna-Katharina • Cach Christian • Campaiola Gaetano • Castiñeiras Doce Aitor • Conz Florian • D'Aiuto Orlando • Dalla Fontana Daniele • du Marchie van Voorthuysen Corentin • Jaussi Alejandro • Kamber Sven • Kotthoff Kerstin • Mamane Emilie • Marty Kurt • Michelsen Robin Alex • Miocevic Cristel • Mundadan Shebin • Nef Vinzenz • Ouadouri Julie • Puccio Manuel • Schnider Roman • Steffen Andrea Marc • Zobl-Badertscher Cécile

Eidgenössisches Diplom des Finanz- und Anlageexperten – Certified International Wealth Manager CIWM®

Berger Matthew • Bosson Raphaël • Caramelo Isabel • Chronis Alexandros • Clivaz David • Davy Christophe • Fico Vincenzo • Garcia Erika • Gartmann Markus • Grolimund Olivia • Häfliger Markus • Köchli Silvan Daniel • Lapierre Florent • Nuzdic Milivoj • Oertig Leandra • Osti Frédéric • Ouadouri Julie • Pöllet Jean-Michael • Puccio Manuel • Saxer Gilles • Stark-Calörtscher Bernadette • Trittbach René • Ulmann Benjamin • Weiss Daniel • Widmer Lorenz

Eidgenössisches Diplom des Experten in Finanzmarktoperationen FMO

Lange Ramona • Zürcher Timothée

Eidgenössischer Fachausweis für Techniker in Finanzmarktoperationen FMT

Bayle Anastasia • Bernet David • Bono Salvatore • Cetin Mehmet • Roche Jean-Noël • Rutishauser Giorgio Andrea • Seeberger Aurélie • Sieber Reto



SFAA Feldstrasse 80, 8180 Bülach
T 044 872 35 40, info@sfaa.ch
www.sfaa.ch



AZEK AG Feldstrasse 80, 8180 Bülach
T 044 872 35 35, info@azek.ch
www.azek.ch



Oligarchengelder geniessen Schutz

Die Vermögen reicher Russen werden nur schwer zum Wiederaufbau der Ukraine konfisziert werden können

DANIEL IMWINKELRIED, WIEN

Es ist ein verlockender und naheliegender Gedanke: die teilweise zerstörte Ukraine mit den eingefrorenen Vermögen russischer Oligarchen wieder aufzubauen. Ziemlich salopp brachte der EU-Aussenbeauftragte Josep Borrell diesen Wunsch gegenüber der «Financial Times» zum Ausdruck. «Wir haben das Geld in unseren Taschen», sagte er vor einigen Wochen. Damit meinte er unter anderem die von der EU eingefrorenen russischen Privatvermögen.

Aber naheliegende Einfälle haben es leider meist an sich, dass sie sich nur schwer verwirklichen lassen. Das ist auch bei den russischen Vermögen der Fall. Zwar befinden sich mittlerweile rund 1200 Privatpersonen und juristische Konstrukte auf der Sanktionsliste der EU. Damit haben die Privatpersonen nur noch einen beschränkten Zugriff auf ihre Vermögen und dürfen nicht mehr in die Länder der EU reisen.

Längst nicht alle Sanktionierten sind allerdings schwerreiche Unternehmer. Unter ihnen hat es auch viele Offiziere, russische Parlamentarier und Politiker aus dem Donbass, bei denen nicht viel zu holen sein wird.

Direkte Kausalbeziehung nötig

Borrells Wunsch, russische Vermögen für den Wiederaufbau zu konfiszieren, wird aber nicht nur deswegen kaum in Erfüllung gehen. Hoch sind nämlich auch die rechtlichen Hürden, um an diese Gelder zu gelangen. Borrell hat sich da Illusionen hingegeben.

«Der juristisch stark verankerte Eigentumsschutz wird grosse Würfe verhindern», sagt Andreas Müller, Professor für Europa- und Völkerrecht an der Universität Innsbruck. Um die Vermögen von Oligarchen zu konfiszieren, wie sich das gewisse Politiker vorstellen, sei wohl eine direkte Kausalbeziehung zwischen Vermögenserwerb und dem völkerrechtswidrigen Verhalten Russlands nötig.

Russlands Kriegsschuld ist zwar gleichsam unbestritten. Die Regierung des Landes hat mit dem neuerlichen Angriff auf die Ukraine schwer gegen das Völkerrecht verstossen. Die Charta der Uno verbietet den Mitgliedern, Gewalt gegen andere Staaten anzuwenden, um eigene Interessen durchzusetzen. Hal-



Die 65 Meter lange Jacht des russischen Oligarchen Alexei Mordaschow wurde beschlagnahmt.

ANDREAS JENS / IMAGO

ten sich die Staaten nicht an dieses Gebot, haben die Opfer Anspruch auf Entschädigung. Aber diese wird kaum von den Oligarchen kommen, eben weil eine Konfiskation eine strafrechtliche Verurteilung voraussetzt.

Müller sagt, man könnte wohl etwa Unternehmer enteignen, die im Donbass im Zuge des Krieges Bodenschätze oder Getreide geplündert hätten und so reich geworden seien. Solche räuberischen Geschäftsleute ausfindig zu machen, dürfte allerdings schwierig werden – zumal es kaum viele von ihnen geben wird. Doch gilt diese enge juristische Auslegung auch für Unternehmer, die beispielsweise Stahl herstellen und ihn an russische Panzerproduzenten liefern? Müllers Antwort fällt so aus, wie es sich für einen Juristen gehört: «Das ist eine schwierige Frage», sagt er. Es liesse sich, so sagt Müller, auch folgendermassen argumentieren: Russland verfügt über viele Panzer, und diese stehen nicht bloss in der

Ukraine, sondern auch in Russland, und dienen dort der legitimen Verteidigung des Landes. Ein so enger Zusammenhang zwischen Krieg und Vermögenserwerb, wie er bei Plünderern besteht, scheint dann nicht mehr eindeutig.

Mittlerweile hat aber auch die EU-Kommission offenbar eingesehen, dass sich Borrell mit seinen Aussagen rechtlich auf dünnem Eis bewegt. Von einer Konfiskation russischer Vermögen in grossem Umfang ist beim Staatenbund keine Rede mehr. Ende Mai hat die Kommission bloss noch vorgeschlagen, dass ein Verstoss gegen die EU-Sanktionen einen Strafbestand darstellen soll. Kriminell wird es demgemäss künftig sein, wenn Sankionierte zum Beispiel beschlagnahmte Jachten in internationale Gewässer verschieben oder Vermögen hinter Tarnfirmen verstecken.

Bevor das von der EU-Kommission vorgeschlagene Gesetz in Kraft tritt, müssen ihm alle 27 EU-Mitglie-

der zustimmen, und danach haben sie es in nationales Recht umzumünzen. Der Ukraine wird das kaum helfen. Die Umsetzung benötigt Zeit, möglicherweise Jahre. Und dann werden sich Bestrafte gegen eine endgültige Verurteilung über mehrere Gerichtsinstanzen wehren können. Hohe Geldsummen werden am Schluss dieses Prozederes kaum anfallen, vor allem nicht im Vergleich mit den riesigen Kapitalbedürfnissen der Ukraine. Dazu ist die Straftat der Umgehung zu eng gefasst.

Rechte der Sanktionierten

Eine Klärung dürfte auch die Sanktionsliste der EU mit ihren 1200 Namen erfahren. Juristen sagen zwar, man gelange rascher in ein solches Verzeichnis, als man wieder wegkomme. Gleichwohl haben auch Sankionierte Rechte. Wie am Montag bekannt wurde, haben bisher 20 Privatpersonen

und Firmen die Sanktionen vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) angefochten, darunter der Unternehmer Roman Abramowitsch.

Sanktioniert zu werden, ist juristisch gesehen keine Strafe, sondern ein Beugemittel. Die Betroffenen sollen mit diesem Instrument dazu bewegt werden, von gewissen Verhaltensweisen wieder abzugehen. So befinden sich auf der Sanktionsliste der EU Verleger, die in ihren Publikationen gegen die Ukraine gehetzt haben. Oder im Fall von Abramowitsch führt die EU an, dass er Geschäfte betreibe, die dem russischen Staat als Einkommensquelle dienten – gemeint sind hier wohl Steuereinnahmen.

Gerichte müssen laufend prüfen, ob solche Begründungen der Realität noch standhalten. Dazu gibt es ein stark beachtetes Urteil des EuGH. Die Uno hatte den Saudiaraber Yassin Abdullah Kadi im Jahr 2001 auf eine Terrorliste gesetzt. Zwölf Jahre später entschied der EuGH, dass die EU Kadis Vermögen nicht einfrieren dürfe. Es sei nicht ausreichend bewiesen, dass er in terroristische Aktivitäten verstrickt sei. Die Handlungen müssten, so urteilten die Richter, einer steten und gerichtlichen Kontrolle unterliegen. Im Falle von Abramowitsch lautet die Frage also: Finanziert er mit seinen Aktivitäten noch den russischen Staat? Oder hetzt der erwähnte Verleger weiterhin gegen die Ukraine?

Staatsvermögen konfiszieren?

imr. · Vorstellbar ist auch, dass russische Devisenreserven für den Wiederaufbau der Ukraine verwendet werden könnten. Immerhin liegen im Westen rund 300 Milliarden Dollar, die von verschiedenen Ländern eingefroren worden sind. Juristen sagen allerdings, dass Staatsvermögen im Völkerrecht einen starken Immunitätsschutz habe. Gleichzeitig sei im internationalen Recht das Reziprozitätsprinzip stark verankert: Staaten halten sich demnach an gewisse Prinzipien, auch wenn ihnen diese je nach Situation nicht passen. Damit wollen sie vermeiden, dass andere Staaten diese Regeln zu einem anderem Zeitpunkt ebenfalls missachten.

Die Schweizer Hürden für den Einzug russischer Vermögen

Gehörten blockierte Gelder einer «kriminellen Organisation», wäre die Konfiszierung möglich – doch Fachleute äussern starke Zweifel

HANSUELI SCHÖCHLI

Die menschlichen und wirtschaftlichen Kosten von Russlands Angriffskrieg in der Ukraine sind enorm. So liegt der Wunsch nahe, dass die Verursacher mindestens einen Teil der wirtschaftlichen Kosten tragen. Die potenziell bedeutendste Finanzierungsquelle wären die im Ausland blockierten Vermögen der russischen Zentralbank von geschätzt etwa 300 Milliarden Dollar. Bisher gab es keine bekannten Hinweise, dass auch in der Schweiz russische Zentralbankvermögen liegen. Laut der Schweizerischen Nationalbank liegen bei ihr keine Vermögen der russischen Notenbank.

Die Konfiszierung von Geldern eines anderen Staats würde heikle völkerrechtliche und politische Fragen aufwerfen. Der Einzug privater russischer Vermögen ist in einem Rechtsstaat ebenfalls schwierig. Dies gilt auch für die Schweiz. Nach geltendem Recht sind hierzulande die Hürden für eine Konfiszierung gesperrter Vermögen hoch, solange keine gerichtlichen Schuldsprüche zu strafrechtlichen Delikten vorliegen.

Kriminelle Organisation?

Das Embargogesetz scheint derzeit nach verbreiteter Lesart keine Handhabe für das Einziehen von Russland-Vermögen

zu geben. Und das Gesetz zur Sperrung und Rückerstattung von Potentatengeldern wäre derzeit für den Fall Russland kaum anwendbar; das Gesetz ist gedacht für Fälle, in denen eine notorisch korrupte Staatsführung gefallen ist und die Schweiz die gesperrten Potentatengelder später an eine anständige Nachfolgeregierung überweist.

Immerhin haben drei Schweizer Exponenten in einem Artikel des Strafgesetzbuchs eine Inspirationsquelle gefunden. Nora Meier von der ETH Zürich, der frühere Chefdiplomat Michael Ambühl und der Völkerrechtler Daniel Thürer verwiesen jüngst in einem Aufsatz in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» auf den Artikel 72 des Strafgesetzbuchs. Dieser sagt: «Das Gericht verfügt die Einziehung aller Vermögenswerte, welche der Verfügungsmacht einer kriminellen oder terroristischen Organisation unterliegen.»

Und: «Bei Vermögenswerten einer Person, die sich an einer solchen Organisation beteiligt oder sie unterstützt hat (...), wird die Verfügungsmacht der Organisation bis zum Beweis des Gegenteils vermutet.» Eine solche Umkehr der Beweislast könnte man laut den drei Autoren auch auf die eingefrorenen Gelder der mit Sanktionen belegten russischen Oligarchen anwenden. Entlastend wäre in dieser Lesart

«eine explizite öffentliche Distanzierung vom Kreml».

Doch kann mit dem Begriff «kriminelle Organisation» im Sinn des Strafgesetzbuchs auch eine Staatsführung gemeint sein? Aus Gesetzeskommentaren und den Erläuterungen des Bundesrats zu den massgebenden Gesetzesartikeln geht hervor, dass bei den Beschlüssen zu diesen Artikeln private «mafiaähnliche» Gebilde gemeint waren.

Zu den genannten wesentlichen Merkmalen einer kriminellen Organisation im Sinn des Gesetzes zählen etwa die Verbrechen als zentraler Zweck der Organisation, die Dauerhaftigkeit, die stark hierarchische Struktur und die Austauschbarkeit der Mitglieder. Zunächst galt auch die systematische Geheimhaltung der Struktur und des Personals als wesentliches Merkmal. Doch diese Voraussetzung wurde mit einer Gesetzesrevision gestrichen. Damit ist ein Hindernis für die Anwendung des gesetzlichen Begriffs auf staatliche Regierungen weggefallen.

Auch so dürfte es aber noch schwierig sein, eine Regierung als kriminelle Organisation im Sinn des Strafgesetzbuchs zu bezeichnen. An Staaten hatte der Gesetzgeber bei den Beschlüssen zu den massgebenden Passagen nicht gedacht. Bei Regierungen dürfte es zudem eher schwierig sein zu sagen, dass Ver-

brechen ihr Hauptzweck sind – selbst wenn an der Staatsspitze ein Kriegsverbrecher sitzt.

Drei befragte Strafrechtsexperten zeigten sich sehr skeptisch, ob der genannte Artikel 72 des Strafgesetzbuchs auf das Regime Putin anwendbar wäre. Und wenn man es trotzdem versuchen würde, wäre für das Einziehen gesperrter Privatvermögen noch nachzuweisen, dass die Eigentümer am Putin-Regime «beteiligt» sind oder das Regime «unterstützt» haben.

Parlament redet mit

Die Tatsache, dass es sich um mit Sanktionen belegte Personen handelt, mag ein Indiz in diese Richtung sein; zumindest spiegelt es die Mutmassungen der Absender der Sanktionen (die EU und im Nachvollzug auch die Schweizer Regierung). Ob dies aber vor Gericht genügen würde, wäre fraglich. Die befragten Strafrechtler äusserten starke Zweifel.

Zweifel äusserte auch der Völkerrechtler Daniel Thürer, der den eingangs erwähnten Aufsatz mit dem Hinweis auf Artikel 72 des Strafgesetzbuchs mitverfasst hatte. Er erklärt auf Anfrage, dass er nicht an die direkte Anwendung dieses Artikels auf das Putin-Regime zwecks Einzug von rus-

sischem Oligarchengeld glaube. Dafür brauche es eine Änderung der Schweizer Rechtsgrundlage. Die im besagten Gesetzesartikel verankerte Beweislastumkehr bezüglich Teilnahme an einer kriminellen Organisation könnte aber laut Thürer als Inspiration für eine Rechtsänderung dienen.

Der Bundesrat scheint derzeit keine Gesetzesänderung zu planen. Die russischen Vermögen in der Schweiz werden diese Woche aber das Parlament beschäftigen. Traktandiert ist ein Vorstoss der SP für die Schaffung einer Arbeitsgruppe (Task-Force) zur Fahndung nach hiesigen Vermögen russischer Sanktionierter nach dem Muster der Ankündigung der USA von Anfang März.

Der Bundesrat erachtet gemäß seiner Antwort von Ende Mai die Schaffung einer solchen Arbeitsgruppe «zum jetzigen Zeitpunkt» als «nicht notwendig», da die Umsetzung der Sanktionen in der Schweiz gut funktioniere. Gespiegelt sei dies auch in der im internationalen Vergleich hohen Summe gesperrter Vermögen. Dies zeigt auch der Vergleich mit den USA. Sie sind wie die Schweiz ein bedeutender Hafen für lichtscheue Vermögen. Bis Ende April hatten die USA private russische Vermögenswerte von weniger als 2 Milliarden Dollar blockiert. Die Schweiz meldete das Dreifache.

Winterthur, 7. Juni 2022

TODESANZEIGE

Fassungslos und in tiefer Trauer nehmen wir Abschied von

Thomas Steffen

30. März 1972 bis 29. Mai 2022

Thomas ist nach langer schwerer Krankheit und doch völlig unerwartet aus dem Leben geschieden – ein lieber und sehr geschätzter Kollege und guter Freund ist nicht mehr unter uns.

Er trat im Jahr 2018 in unser Unternehmen ein und hat sein Team erfolgreich, mit Freude und viel Engagement für die Mitarbeitenden geleitet. Thomas hinterlässt aufgrund seines besonders umfangreichen Wissens, seiner sehr empathischen Art und grossen Herzens eine riesige Lücke.

Für die zahlreichen und schönen Momente, welche wir gemeinsam mit Thomas teilen durften, sind wir sehr dankbar und vermissen ihn schmerzlichst.

Wir werden Thomas stets in sehr guter Erinnerung behalten. Den Angehörigen sprechen wir unser tiefstes Beileid aus und wünschen ihnen viel Kraft und Zuversicht.

AXA Versicherungen AG
Arbeitskolleginnen und -kollegen

Die Abdankung findet am Freitag, 10. Juni 2022, um 14.00 Uhr in der reformierten Kirche Wollerau in Wilen statt. Die Urne wird im engsten Familienkreis beigesetzt.

Anstelle von Blumen gedenke man der Spitex Höfe, 8808 Pfäffikon,
IBAN CH45 0077 7004 3422 2021 1 (Vermerk Thomas Steffen).

Traueradresse: Andrea Steffen, Kantonsstrasse 153, 8807 Freienbach

Glückliche Tage – nicht weinen, wenn sie vorüber, dankbar, dass sie gewesen.
Dante Alighieri

Traurig, aber mit wunderbaren Erinnerungen nehmen wir Abschied von unserem geliebten Mami und Grossmami, Schwester, Schwiegermutter, Schwägerin, Gotte und Tante

Elinore «Lorli» Eggenberger-Stauffacher

5. Mai 1929 – 28. Mai 2022

Nach einem reich erfüllten Leben durfte sie zuhause, im Kreise ihrer engsten Familie, friedlich einschlafen. Ihre Liebe und Fürsorge werden wir nie vergessen, dafür sind wir unendlich dankbar.

Brigitte Eggenberger
Peter und Eva Eggenberger-Meuli
mit Lukas
Marianne und René Eggenberger Furer
mit Cédric
Marlene und Klaus Andres-Stauffacher
mit Familie
sowie Verwandte und Bekannte

Die Abdankung findet am Donnerstag, 16. Juni 2022 um 14.15 Uhr in der reformierten Kirche Meilen statt.

Anstelle von Blumen gedenke man der Schweizer Patenschaft für Berggemeinden, 8032 Zürich,
Postkonto 80-16445-0, IBAN CH51 0900 0000 8001 6445 0, Vermerk: Lorli Eggenberger

Traueradresse: Brigitte Eggenberger, Obere Schöneggstrasse 4, 8707 Uetikon am See

BESTATTUNGEN UND BEISETZUNGEN



Stadthaus, Stadthausquai 17, 8001 Zürich
Telefon 044 412 40 00
www.stadt-zuerich.ch/bestattungsamt

Montag, den 6. Juni 2022

Es finden keine Beisetzungen und Bestattungen statt.

Dienstag, den 7. Juni 2022

Menus-Fenner, Gabor, Jg. 1936, von Zürich,
Gatte der Menus geb. Fenner, Ruth, 8051 Zürich,

Luegislandstrasse 68. – 14.00 Uhr Trauerfeier in der röm.-kath. Kirche St. Gallus.

Mulinge geb. Nigg, Silvia Ruth, Jg. 1938, von Zürich, verwitwet von Mulinge, David, 8038 Zürich, Paradiesstrasse 45. – 14.15 Uhr Trauerfeier in der Alten ref. Kirche Altstetten.

Oppenheimer geb. Lamp, Marianne Mathilde, Jg. 1932, von Deutschland, verwitwet von Oppenheimer, Fritz, 8055 Zürich, Sallenbachstrasse 40. – 13.30 Uhr Abdankung in der Friedhofkapelle Witikon, anschliessend Erdbestattung im Friedhof Witikon.

Schelling, Claude Raimond, Jg. 1939, von La Chaux-de-Fonds NE und Siblingen SH, Gatte der

Oertli Schelling geb. Oertli, Maria, 8037 Zürich, Rebbergstrasse 17b. – 14.00 Uhr Trauerfeier in der Friedhofkapelle Höngerberg.

Wiget, Arlette Martine, Jg. 1947, von Zürich und Unteriberg SZ, 8001 Zürich, Selnaustrasse 18. – 13.30 Uhr Erdbestattung im Friedhof Nordheim.

Wollkopf geb. Ami, Dora, Jg. 1931, von Dietikon ZH, 8045 Zürich, Schweighofstrasse 230. – 15.30 Uhr Trauerfeier in der ref. Kirche Höngg.

Zambon, Domenico, Jg. 1926, von Italien, verwitwet von Zambon geb. Possagno, Ida, 8005 Zürich, Hardturmstrasse 120a. – 13.30 Uhr Abdankung in der Friedhofkapelle Sihlfeld D, anschliessend Urnenbeisetzung im Friedhof Sihlfeld D.

Giovanna d'Arco

Oper von Giuseppe Verdi

Gegen den Strom

Tanzstück von Dima Kirilov Milev

17. St.Galler Festspiele

24. Juni bis 8. Juli 2022

Konzerte

Spielarten der Liebe

Hauptsponsoren

CREDIT SUISSE helvetia Susanne und Martin Knechtli-Kradolfer-Stiftung ALPINA GROUP

Medienpartner

TAGBLATT Neue Zürcher Zeitung LEADER

Werden Sie zum Partner Ihrer Kunden für nachhaltige Finanzierungslösungen.

Zertifikat ESG-CA Finanzierung

AZEK

www.azek.ch

Finanzmarkt

Zu verkaufen infolge Nachfolgeregelung Bauunternehmung

in der Region Zürich Süd mit eigenem Werkhof, leistungsstarkem Inventar, ca. 20 Mitarbeiter.

Interessenten melden sich bitte unter Chiffre Nr. 100839, NZZone, Falkenstrasse 11, 8021 Zürich oder an chiffre@nzz.ch.

Wir kaufen Ihre lastenfreie Aktiengesellschaft (Mantel) zu Höchstpreisen. Sie ersparen sich weitere Kosten. Tel. 044 488 40 60 www.blum-treuhand.ch

Veranstaltungen

Rezital

Dienstag 7. Juni 19.30h - Tonhalle Zürich

Bilder einer Ausstellung

Werner Bärtschi, Klavier

www.rezital.ch

Marktplatz

Motorboote - Neu & Occasion

Full Service, Winterlager, Liegeplätze ZH/SZ

www.faul.ch

YACHTWERFT FAUL AG • 8810 Horgen
Tel. 044 727 90 00 • office@faul.ch
SEEDAMM-MARINA • 8808 Pfäffikon SZ
Tel. 055 410 23 50 • seedamm-marina@faul.ch

Schweizer Familie sucht Bootshaus am rechten Zürichseeufer, vorzugsweise in Zollikon, Küsnacht, Erlenbach oder Herrliberg (Bezirk Meilen). Des Weiteren besteht Interesse an einer Boje in Zollikon. Angebote bitte an Chiffre Nr. 100717, NZZone, Falkenstrasse 11, 8021 Zürich oder an chiffre@nzz.ch

OPERNHAUS ZÜRICH

044 268 66 66, opernhaus.ch
Fr 10. Juni, 19.00, Opernhaus
Il pirata
Konzertante Aufführung der Oper von Vincenzo Bellini
19.30, Sechseläutenplatz, Eintritt frei
Harald Schmidt und «Der fliegende Holländer»
Warm-up Ballett für alle
Sa 11. Juni, 18.00, Sechseläutenplatz,
Eintritt frei
Live-Übertragung «Dornröschen»
Ballett für alle
20.00, Opernhaus
Dornröschen
Ballett von Christian Spuck
So 12. Juni, 13.00, Opernhaus

Dornröschen

Ballett von Christian Spuck
20.00, Opernhaus
Lucia di Lammermoor
Oper von Gaetano Donizetti

THEATER

SCHAUSPIELHAUS ZÜRICH

044 298 77 77, schauspielhaus.ch
Di 07. Juni, 20.00, Pfauen
Wilhelm Tell nach Friedrich Schiller
Mi 08. Juni, 19.30, Schiffbau-Halle
Einfach das Ende der Welt nach Jean-Luc Lagarce, 20.00 Pfauen
Frühlings-Erwachen von Lucien Haug
Do 09. Juni, 10.00 / 20.00, Schiffbau-

Box, Dimanche von Cie Focus & Compagnie Chaliwaté. 20.00, Pfauen
Frühlings-Erwachen von Lucien Haug

THEATER RIGIBLICK

044 361 80 51, theater-rigiblick.ch
Mi 15. Juni, 19.30. Yesterday... Tribute to Paul McCartney - Open Air Premiere! Ausverkauft
Do 16. Juni, 19.30. Yesterday... Tribute to Paul McCartney - Open Air mit Sandra Studer

KONZERT

TONHALLE-ORCHESTER ZÜRICH

044 206 34 34, tonhalle-orchester.ch, Tonhalle Zürich
Do 09. Juni, 12.15, TZ

Kammermusik-Lunchkonzert

Four Musketeers Trombone Quartet
Schnyder, Michel, Barber, Lindberg
So 12. Juni, Vereinssaal
Orgeltag für Kinder ab 09.30 Parours
Daniela Timokhine, Orgel
14.30 / 15.30 / 16.30, Konzerte Daniela Timokhine & Christian Schmitt, Orgel; Mischa Greull, Alphorn; Annina Frey, Moderation
So 12. Juni, 11.15, TZ
Literatur und Musik TOZ-Mitglieder; Christian Schmitt, Orgel; Stefan Kurt, Lesung; Peter Hagmann, Einführung Bach, Martin, Eben; Rainer Maria Rilke

KONZERTCHOR HARMONIE ZÜRICH

044 206 34 34 (Kasse Tonhalle), konzertchor.ch
Fr 10. Juni, 19.30, Tonhalle
Le Laudi, Hermann Suter
Laus Dei Altissimi, Franz Rechsteiner
Peter Kennel, Leitung
Tonhalle-Orchester Zürich; Kinderchor Zürich; Bezsmertna, S; Khayrullova, Mez; Osuna, T; Walser, Bar
NEUE KONZERTREIHE ZÜRICH
Billette: eventfrog.ch/schumann_hochuli-konzert.ch
So 19. Juni, 17.00, Kirche St. Peter
Schumann Quartett «Eines der aufregendsten Quartette derzeit» Fono Forum

F. Hensel, Quartett Es-Dur
F. Mendelssohn, Quartett f-Moll op. 80

Werben auch Sie hier für Ihre Veranstaltung:
kulturmagnet.live

Der Immobilienboom stösst an Grenzen

Ein Stresstest der Immobiliengesellschaft Peach Property zeigt, wie sich Hunderte Millionen Franken Eigenkapital in Luft auflösen können

LORENZ HONEGGER

Der globale Immobilienboom verliert an Schub. Während die Zentralbanken sich von den Negativzinsen verabschieden, drohen die Preise von Wohn- und Geschäftsgebäuden von Stockholm bis Sydney unter Druck zu geraten.

Die unabhängige Zürcher Rating-Agentur Independent Credit View (ICV) spricht aufgrund des jüngsten Zinsanstiegs und des überhitzten Marktumfelds von einem «massiven Korrekturpotenzial». Viele Unternehmen hätten hohe Aufwertungsgewinne verbucht und verfügten aufgrund einer «aggressiven» Wachstumsstrategie über ein «zunehmend strapaziertes Finanzprofil». Dazu zählen die Analytiker beispielsweise das deutsche Immobilienunternehmen Vonovia, die auf den amerikanischen Markt ausgerichtete Schweizer Gesellschaft Varia US Properties oder den schwedischen Konzern Heimstaden Bostad.

Spektakulärer Strategiewechsel

Ein Unternehmen, das die Folgen der jüngst auch in Europa einsetzenden Zinswende ebenfalls zu spüren bekommt, ist die Peach Property Group mit Sitz in Zürich. Die Schweizer Immobiliengesellschaft ist bei den Anlegern beliebt: Ihr Aktienkurs entwickelte sich in den vergangenen Jahren im Branchenvergleich überdurchschnittlich. Das Wachstum wurde erst durch die jüngst einsetzende Zinswende gestoppt.

«Peach», wie man das Unternehmen in der Branche kurz und knapp nennt, eignet sich als Anschauungsbeispiel, um die Folgen der Zinswende an den globalen Immobilienmärkten und die daraus entstehenden Risiken besser zu verstehen. Die Geschichte von Peach Property ist die eines spektakulären Strategiewechsels. In den ersten Jahren seiner Existenz entwickelte und verkaufte das Unternehmen Luxuswohnungen sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland und Österreich. Ab 2011, ein Jahr nach dem Börsengang, setzte es zunehmend auf Mietwohnungen, weil das Geschäft mit Wohneigentum ins Stocken geraten war und sich an der Börse schlecht verkaufen liess.

Peach Property akquirierte Zehntausende Wohnungen in sogenannten B-, C- und anderen Städten in Deutschland, ein grosser Teil davon im Ruhrgebiet an Orten wie Oberhausen, Neukirchen-Vluyn oder Essen. Die Kaufpreise an solchen Lagen sind tiefer als in A-Städten wie Berlin oder München und die Mietrenditen höher. Peach Property saniert, vermietet und verwaltet die Wohnungen in Deutschland eigenständig mit dem Ziel, die Mieteinnahmen, aber auch den Wert des Immobilienbestands zu steigern – was in jüngster Zeit stets gelungen ist.

Die von Peach Property beauftragte Bewertungsgesellschaft Wüest Partner hat den Bilanzwert der über 27 000 Wohnungen in den vergangenen vier Jahren um 620 Millionen Franken nach oben korrigiert; in der Immobilienbranche spricht man dabei von Bewertungsgewinnen. Der Gesamtwert des Portfolios beläuft sich mittlerweile auf 2,7 Milliarden Franken. Auch wenn es sich strenggenommen nur um Buchungsgewinne handelt, fliessen diese gemäss dem Rechnungslegungsstandard IFRS in der Erfolgsrechnung direkt in den operativen Gewinn ein. Etwa die Hälfte davon sind Einwertungsgewinne, die dann entstehen, wenn Peach Property eine Immobilie unter dem Marktwert erwerben kann. Die andere Hälfte sind Aufwertungsgewinne, die das Resultat von Anstrengungen zur Aufwertung des Portfolios sind oder wenn bei der Berechnung der Immobilienwerte ein tieferer Diskontsatz eingesetzt wird.

Für 2021 verbuchte Peach Property den «höchsten Vorsteuergewinn der Unternehmensgeschichte», knapp 260 Millionen Franken, wobei die positive Ergebnisentwicklung laut Medienmitteilung «insbesondere das Resultat von Neubewertungen des gesamten Portfolios der



Ab 2011 akquirierte die Schweizer Immobiliengesellschaft Peach Property Zehntausende von Wohnungen in Deutschland, einen grossen Teil davon im Ruhrgebiet an Orten wie Oberhausen, Neukirchen-Vluyn oder Essen (im Bild).

JOCHEN TRACK / IMAGO

Gruppe» ist. Die Erfolgsrechnung zeigt: Rund 288 Millionen Franken des Unternehmensergebnisses im Jahr 2021 entfallen auf buchhalterische Aufwertungen.

Diskontsatz ist zentral

Doch so wie der Hebeleffekt am Immobilienmarkt während Jahren zugunsten von Peach Property und anderen Unternehmen gewirkt hat, kann sich dieser auch zu ihrem Nachteil auswirken. Wenn sich das Zinsumfeld verschlechtert und der Anlagedruck bei institutionellen Anlegern nachlässt, können aus den Bewertungsgewinnen Bewertungsverluste werden, die dem Eigenkapital zusetzen.

Auf Seite 99 des Geschäftsberichts legt Peach Property in einer Art Stresstest-Tabelle dar – im Bericht heisst es «Sensitivitätsanalyse» –, wie sich ein Anstieg des Diskontsatzes auf den Wert des Portfolios auswirken würde. Dabei handelt es sich um eine Prozentzahl, mit der die Bewertungsgesellschaften den Gegenwartswert von Immobilien berechnen. Steigt der Diskontsatz an, sinkt der Wert der Immobilie. Das kann dann der Fall sein, wenn sich die immobilisenspezifischen Faktoren wie die Objektqualität verschlechtern oder die Erträge sinken. Die Bewertungsgesellschaften passen den Satz aber auch dann nach oben an, wenn die Investoren aufgrund von Veränderung der Zinsstruktur ihren Verzinsungsanspruch an Immobilieninvestitionen erhöhen und eine signifikant höhere Rendite – sprich: einen Preisabschlag – verlangen. Als Bezugsgrösse dient hier häufig die Verzinsung der zehnjährigen Bundesobligation.

Aus der Tabelle im Geschäftsbericht lässt sich herauslesen, dass bei einem Anstieg des zur Bewertung verwendeten Diskontsatzes um 0,4 Prozentpunkte das Portfolio von Peach Property 260 Millionen Franken an Wert verlieren würde. Das entspricht gut 10 Prozent des Gesamtwerts des knapp 2,7 Milliarden Franken schweren Portfolios. Nicht abgebildet sind die potenziellen Wertverluste im Fall eines Zinsanstiegs von mehr als 0,4 Prozentpunkten.

Abwertungsverluste werden für ein Immobilienunternehmen dann gefährlich, wenn die Eigenkapitaldecke zu dünn wird, die kreditgebenden Banken Nachschusspflichten geltend machen und sich die Kosten für neues Fremdkapital so stark erhöhen, dass das Geschäftsmodell nicht mehr rentiert.

Doch obwohl Wolken an der Zinsfront aufziehen, gibt sich Thomas Wolfensberger, CEO von Peach Property, beim Gespräch in einem Sitzungszimmer am Hauptsitz des Unterneh-

Peach Property hält trotz den gegenwärtigen Marktunsicherheiten an seinem bisherigen Ausblick für das Geschäftsjahr fest und will die Mieteinnahmen weiter steigern.



Thomas Wolfensberger
CEO von
Peach Property

mens im Zürcher Seefeld zuversichtlich. «Natürlich wäre es mir bezüglich unserer Fremdkapitalkosten lieber, wenn die Zinsen nicht zu stark steigen würden. Doch gesamthaft sind unsere Fremdkapitalkosten seit dem allgemeinen Zinsanstieg weiter gesunken, weil wir unsere Verschuldung gezielt reduziert und unsere Bonität verbessert haben.»

Peach Property hält trotz den gegenwärtigen Marktunsicherheiten an seinem bisherigen Ausblick für das Geschäftsjahr fest und will die Mieteinnahmen weiter steigern. Auch weitere Akquisitionen schliesst das Unternehmen nicht aus und hat sich von den Aktionären an der Generalversammlung vom 20. Mai grünes Licht für die dazu notwendige Kapitalerhöhung geben lassen. Die Kritik der Analytiker von ICV an den Bewertungsgewinnen der vergangenen Jahre hält Wolfensberger für überzogen: Es sei nicht sein Unternehmen, das die Immobilienbewertungen erstelle, sondern eine spezialisierte Bewertungsgesellschaft, auf deren Methode Peach Property keinen Einfluss habe. Nicht nur die Aufwertungsgewinne, auch die Einwertungsgewinne seien hart erarbeitet: «Wir kämpfen wie verrückt dafür, dass wir günstiger einkaufen können als die Konkurrenz.»

Wolfensberger ist von der Qualität des Portfolios von Peach Property überzeugt: Zwei Drittel des Portfolios befänden sich in Nordrhein-Westfalen, das mit 18 Millionen Einwohnern, 22 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung, einer stark gesunkenen Arbeitslosigkeit und einer hohen Zuwanderung «eine sehr starke Demografie» aufweise. Ge-

Das Immobilienportfolio von Peach Property: Geschichte einer radikalen Neuausrichtung

Zuerst setzte Peach Property auf Luxuswohnungen, heute besteht das Portfolio zum Hauptteil aus günstigen Wohnungen in Nordrhein-Westfalen



rade in Krisensituationen zeige sich, wie hoch die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum sei, sagt er. Der deutsche Wohnungsmarkt sei zudem stark unterversorgt, weil zu wenig gebaut werde. Die sich aufgrund der relativen Knappheit an Wohnraum weiter erhöhenden Marktmieten und die steigenden Baukosten im Neubau führen laut Wolfensberger zudem dazu, dass sich die Immobilienpreise im Segment des «bezahlbaren Wohnraums» auch nach dem Zinsanstieg weiter erhöhen werden. Die angesprochene Korrektur in diesem Segment werde sich kaum einstellen.

Immobilienexperten und Analytiker äussern sich zurückhaltender. Peach Property habe zwar einiges richtig gemacht, indem es etwa wiederholt sein Eigenkapital aufgestockt habe, sagt der Analytiker Marc Meili von ICV. Auch dass das Unternehmen nur wiederkehrende Erträge und keine Substanz ausschütte, sei «absolut sinnvoll». Trotzdem sieht er erhebliche Risiken auf Peach Property und die Immobilienbranche zukommen: «Der Zinsanstieg in Europa wird grosse Wertberichtigungen auslösen. Das ist unumgänglich.» Wenn ein Immobilienunternehmen dann aus konjunkturellen Gründen die Mieten reduzieren müsse oder die Leerstände anstiegen, sei schnell ein grosser Teil des Eigenkapitals weg.

Auch die Renovationskosten stiegen inflationsbedingt an und es gebe Verzögerungen im Bau, was sich zusammen mit den höheren Fremdkapitalkosten negativ auf die Profitabilität auswirke, sagt Meili. Die verbesserten Kredit-Ratings verschiedener Agenturen für Peach Property – bei Fitch fehlt mit dem Rating «BB+» nur noch eine Stufe bis zum begehrten Investment-Grade – sind in den Augen Meilis ebenfalls mit Vorsicht zu geniessen, da die Schuldner die Rating-Agenturen für die Bewertungen bezahlen müssen.

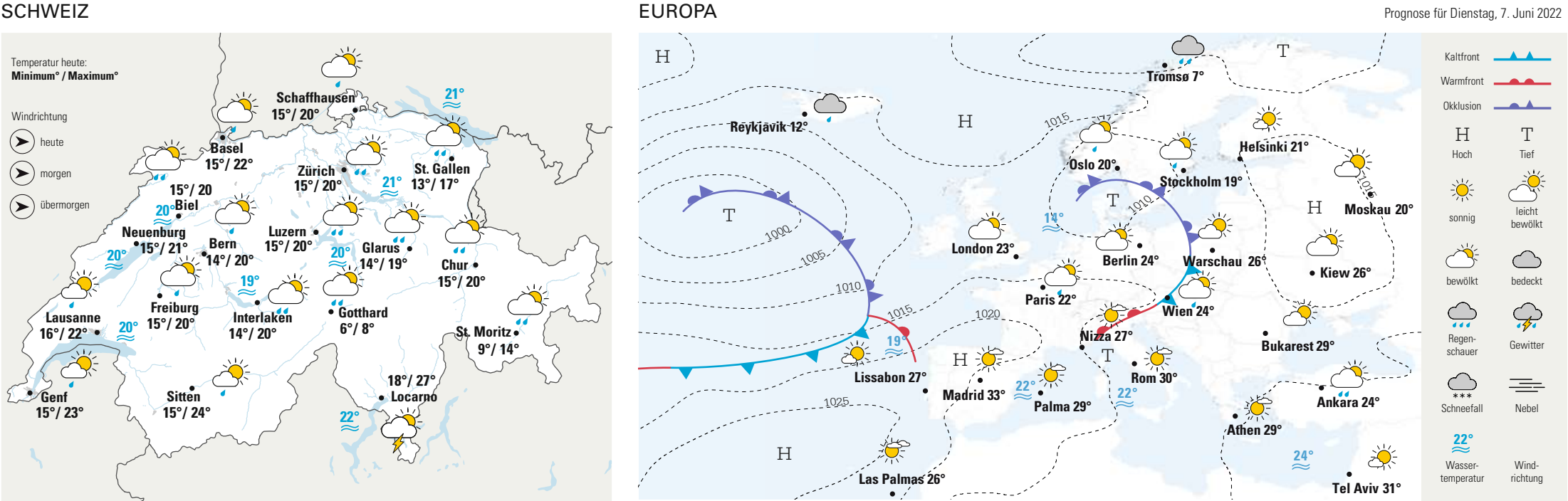
Mieterträge steuerbar?

Der Immobilienexperte und Dozent Stephan Kloess lobt zwar die Massnahmen, die Peach Property eingeleitet hat, um die Eigenkapitaldecke zu stärken. «Es scheint, dass sie die Zeichen der Zeit erkannt haben.» Die Tatsache, dass Peach Property auf seinen Unternehmensanleihen Coupons von 4 Prozent bezahlen müsse, sei aber ein Ausdruck des Risikos, das der Markt in dem Unternehmen sehe. Im Vergleich dazu habe das Schweizer Immobilienunternehmen PSP im vergangenen Jahr eine Anleihe mit 0 Prozent Zins ausgeben können, sagt Kloess. Umso wichtiger sei es für Peach Property, bei den Rating-Agenturen die Kategorie Investment-Grade anzustreben.

Sollte es zu Zinssteigerungen kommen, bestehe für Peach Property und andere Immobiliengesellschaften das Risiko, dass aufgrund von daraus folgenden potenziell niedrigeren Bewertungen sogenannte «Covenants» gerissen werden und Eigenkapital aufgestockt oder Kredite zurückbezahlt werden müssten, sagt Kloess. Gleichzeitig stiegen derzeit der behördliche Druck und die Kosten für Nachhaltigkeitsmassnahmen. Und die Erträge in dem von Peach abgedeckten Wohnungssegment sind in den Augen von Kloess kaum steigerungsfähig.

Der Peach-CEO Wolfensberger hält das Potenzial für eine Erhöhung der Mieterträge dagegen für intakt und verweist auf entsprechende interne Analysen. Nach den grossen Zukäufen in den Jahren 2020 und 2021 liege der Fokus nun auf Sanierungen und damit auf der Wertsteigerung des Bestands. Auch in die Qualität der Mieterbeziehung investiert Peach laut Wolfensberger viel. Es sei ihm wichtig, dass Probleme schnell und effizient gelöst würden. «Wir tracken jede Interaktion mit den Mietern und wissen jeden Abend, wie viele Tickets noch offen sind. Das ist uns im Zweifelsfall wichtiger als die nächste Immobilientransaktion.» Auf die Frage, ob der deutsche Immobilienmarkt gegenwärtig überhitzt sei, gibt Wolfensberger nur indirekt Antwort: «Wir haben für unsere Verhältnisse schon lange nichts mehr gekauft.»

NZZ / Iho



DIE NÄCHSTEN VIER TAGE

	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Samstag
Ostschweiz	 11°/ 22°	 13°/ 19°	 9°/ 24°	 11°/ 27°
Westschweiz	 13°/ 19°	 13°/ 19°	 10°/ 23°	 12°/ 28°
Südschweiz	 13°/ 27°	 14°/ 29°	 13°/ 29°	 14°/ 30°

BERGWETTER

	Wind	km/h	°C
4000 m	NW	25-60	-6°
3000 m	W	20-50	0°
2000 m	W	15-35	8°
1000 m	W	15-40	16°

Allgemeine Lage:

Die Schweiz liegt zwischen einem Tief mit Zentrum bei Dänemark und einem einmaligen Ausläufer des Azorenhochs über Südwesteuropa. Mit einer südwestlichen Strömung erreicht uns wieder ein Schub deutlich feuchterer Luft, zudem überquert uns ein sogenannter Höhentrog. In der Nacht zum Mittwoch wird kurz das Hoch bei uns wetterwirksam.

Heute:

Nach nächtlichen Regengüssen und Gewittern startet der Dienstag vor allem in der Zentral- und Ostschweiz trüb, es regnet verbreitet und zum Teil

kräftig. Nach wie vor sind eingelagerte Gewitter möglich. Tagsüber zieht das Regenband nach Osten ab. Am Nachmittage bilden sich noch einmal lokale, gewittrig durchsetzte Schauerzellen.

Aussichten:

In der kommenden Nacht beruhigt sich das Wetter vorübergehend. Der Mittwoch startet freundlich. Tagsüber nimmt die Bewölkung aus Westen wieder zu, nachfolgend breiten sich neue Regengüsse aus. Dazu gibt es auffrischenden Westwind.

NZZ

nzz.ch/wetter

SCHADSTOFFE

in µg/m³	Zürich	Bern	Lausanne	Tänikon	Basel	Lugano
Feinstaub (PM10)	8	11	7	7	9	11
Stickstoffdioxid	8	14	16	3	5	9
Ozon	79	77	80	87	82	97

Die entsprechenden Grenzwerte der Luftreinhalteverordnung lauten:
50, 80, 120, EU-Ozon-Alarmwert 240 µg/m³. Messwerte gestern, 14 Uhr.

SONNE UND MOND

	Aufgang heute morgen	Untergang heute morgen
Sonne	05:30 05:30	21:19 21:20
Mond	zunehmend 12:48 13:59	02:11 02:29
	7.6. 14.6. 21.6. 29.6.	



SRF 1

11.25 Die Schweizer Alpen – Bräuche, Käuze, Aberglaube. (4/4). (W). **12.20** Mini Chuchi, dini Chuchi. Magazin. (W). **12.45** Tagess. **12.55** Meteo. **13.05** Um Himmels Willen. **14.00** Um Himmels Willen. **14.55** mareTV. (W). **15.45** G&G Flash. **15.50** Rosamunde Pilcher: Heimkehr. Liebesdrama. (GB/D 1998). Mit Peter O'Toole. **17.25** Guetnachtsschichtli. **17.40** Telesguard. **18.00** Tagesschau. **18.10** Meteo. **18.15** Mini Chuchi, dini Chuchi. **18.35** G&G – Geschichten und Geschichten. Magazin. **19.00** Schweiz aktuell. Magazin. **19.25** SRF Börse. **19.30** Tagesschau. **19.55** Meteo.

20.05 Der Staatsanwalt. Krimi-Serie. Auf gute Nachbarschaft.

21.05 Kassensturz. Magazin.

21.50 10vor10.

22.15 Meteo. Wetterbericht.

22.25 Club. Diskussion.

23.45 Newsflash.

00.00 Die Seilbahn. Kurzfilm (CH 2008).

00.05 Selfies. Animationsfilm (CH 2017). Regie: Claudius Gentinetta.

00.10 Gipfel-Gig. Animationsfilm (CH 2011). Regie: Lukas Egger.

00.15 Ivan's need. Komödie (CH 2015).

00.20 The Kiosk. Animationsfilm (CH 2013). Regie: Anete Melece.

00.25 Little Miss Fate. Animationsfilm (CH 2020). Regie: Joder von Rotz.

SRF zwei

5.15 Drei auf zwei. Show. Radio SRF 3. **8.05** Steiner & Tingler. **8.10** Aufbruch ins All. (W). **8.55** My India – Ein Trip mit Joanna Lumley. (3/3). Dokumentation. (W). **9.45** Bianca – Wege zum Glück. **10.30** Tessa – Leben für die Liebe. Telenovela. **11.20** Tessa – Leben für die Liebe. **12.10** Drei auf zwei. Show. Radio SRF 3. **14.50** The Goldbergs. Comedy-Serie. **15.10** Hanna – Folge deinem Herzen. Telenovela. **16.00** Chicago Fire. Drama-Serie. Falsches Spiel. (W). **16.50** SOKO Kitzbühel. (W). **17.40** G&G Flash. Magazin. **17.50** Live: Handball: Handball League. Aus Schaffhausen.

20.00 sportflash.

20.10 Live: Fussball: Nations League. Aus München (D). Deutschland – England. Mit Rainer M. Salzgeber. Kommentar: Dani Kern.

23.05 sportflash.

23.10 Newsflash.

23.25 50 Jahre nach Stonewall. Dokumentarfilm (D 2019). Regie: André Schäfer. 50 Jahre nach den ersten Aufständen von Homo- und Transsexuellen sind diese in vielen Ländern rechtlich gleichgestellt.

00.35 Jahrhundertfrauen. Tragikomödie (USA 2016). Mit Greta Gerwig.

ARD

5.30 ARD-MoMa. **9.00** Tagesschau. **9.05** Live: Live nach Neun. Magazin. **9.55** Verrückt nach Meer. **10.45** Meister des Alltags. Krimi-Serie. **11.15** Wer weiss denn sowas?. (W). **12.00** Tagesschau. **12.15** ARD-Buffet. **13.00** ZDF-MiMa. **14.00** Tagesschau. **14.10** Rote Rosen. **15.00** Tagesschau. **15.10** Sturm der Liebe. Telenovela. **16.00** Tagesschau. **16.10** Verrückt nach Meer. Dokumentationsreihe. **17.00** Tagesschau. **17.15** Brisant. **18.00** Wer weiss denn sowas?. Show. **18.50** WaPo Berlin. Krimi-Serie. **19.45** Wissen vor acht – Natur. **19.50** Wetter vor acht. **19.55** Wirtschaft vor acht.

20.00 Tagesschau. Mit Wetter.

20.15 Die Kanzlei. Anwalts-Serie. Harte Worte.

21.00 In aller Freundschaft. Arzt-Serie. Unverstanden.

21.45 Report Mainz. Magazin.

22.15 Tagesthem. **22.50** Maischberger. Diskussion.

00.05 Nachtmagazin. **00.25** Die Kanzlei. Anwalts-Serie. Harte Worte.

01.10 In aller Freundschaft. (W). **01.55** Tagesschau. Die Nachrichten

02.20 Tatort. Das kalte Haus. Krimireihe (D 2022). (W).

03.30 Maischberger. Diskussion. (W).

04.45 Deutschlandbilder. Kamerafahrt.

ZDF

5.30 ARD-Morgenmagazin. **9.00** heute Xpress. **9.05** Volle Kanne – Service täglich. Magazin. **10.30** Notruf Hafenkante. **11.15** SOKO Wismar. **12.00** heute. **12.10** drehstube. Magazin. **13.00** ZDF-Mittagsmagazin. **14.00** heute – in Deutschland. **14.15** Die Küchenschlacht. Show. **15.00** heute Xpress. **15.05** Bares für Rares. Magazin. **16.00** heute – in Europa. **16.10** Die Rosenheim-Cops. **17.00** heute. **17.10** hallo deutschland. **17.45** Leute heute. **18.00** SOKO Köln. Krimi-Serie. **19.00** heute. **19.20** Wetter. **19.25** Die Rosenheim-Cops. Krimi-Serie. Abgerechnet wird zum Schluss.

20.15 Familie Bundschuh – Wir machen Abitur. Komödie (D 2019). Mit Andrea Sawatzki, Axel Milberg. Regie: Thomas Nennstiel. Familie Bundschuh gerät in Turbulenzen, als Schwager Hadi und seine Frau Rose ihre neuen Nachbarn werden.

21.45 Marie Brand und das Spiel mit dem Glück. Kriminalfilm (D 2019). Mit Mariele Millo-witsch. Regie: Michael Zens.

23.15 heute-journal. **23.45** Markus Lanz. Talkshow.

00.45 heute journal update. **01.00** Frozen Ground – Eisiges Grab. Kriminalfilm (USA 2013).

3 sat

11.05 Habsburgs heimliche Herrscherinnen. (W). **11.50** Hessen à la carte. **12.20** Servicezeit. **12.50** Natur im Garten. (W). **13.20** Inselreportage mit Judith Rakers. Fischland-Darss-Zingst. **14.05** Rügen entdecken. **14.50** Wunder-schön!. Reportage. **16.20** Die Ostsee von oben. Dokumentarfilm (D 2013). Mit Christian Wüstenberg. Regie: Silke Schranz, Christian Wüstenberg. Während die Nordsee die Kälte des Atlantik mit sich führt, gilt die Ostsee fast schon als liebliches Binnenmeer. **17.45** mareTV. Reportage. **18.30** nano. **19.00** heute. **19.20** Kulturzeit. Magazin.

20.00 Tagesschau. **20.15** Der gute Bulle. Thriller (D 2017). Mit Armin Rohde, Edin Hasanovic, Nele Kiper. Regie: Lars Becker.

21.45 kinokino. **22.00** ZIB 2. **22.25** Parfum – Der grosse Duftraub?. Dokumentation.

22.55 Menschen und Mächte. Dokumentationsreihe. Wenn die Polizei kommt.

23.50 Radikale Christen. (2/2). Reportage. Die Sekte von Ivo Sasek.

00.25 10vor10. **00.55** Inselreportagen mit Judith Rakers. Fischland-Darss-Zingst.

arte

9.25 Die schönsten Landschaften der Welt. (W). **10.10** Die schönsten Landschaften der Welt. (W). **10.55** Die schönsten Landschaften der Welt. (5/5). (W). **11.40** Kolumbien – Das entfesselte Paradies. (W). **12.25** Re. (W). **13.00** Stadt Land Kunst. **13.45** «Stadt Land Kunst»-Inspirationen. **14.20** Willkommen auf dem Land. Komödie (D 2013). (W). **16.10** Die schönsten Landschaften der Welt. Dokumentationsreihe. (W). **16.55** Affen in Thailand. Dokumentation. (W). **17.50** Eden auf Erden – Die letzten Paradiese. (W). **18.35** Wildes Marokko. (1/2). **19.20** Arte Journal. **19.40** Re.

20.15 Der Staat und sein Geld. (1/2). Dokumentation. Die Geschichte der Steuern.

21.05 Der Staat und sein Geld. (2/2). **22.00** Grüne Fonds, die grosse Illusion?. Dokumentation.

22.55 Tracks East. (1/10). Magazin. Wahrheit zwischen den Fronten.

23.25 Die neue industrielle Revolution. Dokumentation.

00.20 Mit offenen Karten. (1/29). (W). **00.35** Meine Tochter. Drama (I/D/CH 2018). Mit Valeria Golino.

02.10 Dokumente, die die Welt bewegen. **02.35** 42 – Die Antwort auf fast alles. Dokumentation.

03.05 Fotografien auf Reisen. (W).

RTL

6.00 Punkt 6. Magazin. **7.00** Punkt 7. Magazin. **8.00** Punkt 8. Magazin. **9.00** GZSZ. (W). **9.30** Unter uns. (W). **10.00** Die Retourenprofis. Show. Die Erleuchtung zum Sieg. (W). **11.00** Chefkoch TV – Lecker muss nicht teuer sein. Koch-Serie. **12.00** Punkt 12. Magazin. Das RTL-Mittagsjournal. **15.00** Die Retourenprofis. Show. **16.00** Die Retourenprofis. Show. **17.00** RTL Aktuell. **17.07** Explosiv Stories. **17.30** Unter uns. **18.00** Explosiv – Das Magazin. **18.30** Exklusiv – Das Star-Magazin. **18.45** RTL Aktuell. **19.05** Alles was zählt. Soap. **19.40** Gute Zeiten, schlechte Zeiten. Soap.

20.15 Reich und Herzlich – Ein Millionär geht undercover. (1). Dokumentation.

22.15 RTL Direkt. **22.35** Back to. Dokumentationsreihe. 2005 – 2009. Mit Laura Wontorra, Sasha.

00.00 RTL Nachtjournal. **00.35** Die Macht der Clans. Dokumentation.

01.25 CSI: Miami. Krimi-Serie. Notfall! **02.15** CSI: Miami. (1). Krimi-Serie. Die Kraft der Gerechten.

03.05 CSI: Den Tätern auf der Spur. Krimi-Serie. Ein sauberer Schnitt. Mit William Petersen.

03.55 CSI: Den Tätern auf der Spur.

SAT 1

10.00 Buchstaben Battle. **11.00** Buchstaben Battle. **12.00** Auf Streife. **13.00** Auf Streife – Berlin. **14.00** Auf Streife. **15.00** Auf Streife – Die Spezialisten. **16.00** Klinik am Südring. **17.00** Die Gemeinschaftspraxis. **17.30** Die Gemeinschaftspraxis. **18.00** Lenssen übernimmt. **18.30** Lenssen übernimmt. **19.00** K11. Doku-Soap. **19.30** K11 – Die neuen Fälle. Doku-Soap. **19.55** Sat.1 Nachrichten. **20.15** Navy CIS: Hawaii. Krimi-Serie. Modifizierter Fabian. **21.15** Navy CIS. Krimi-Serie. Begründete Zweifel. **22.15** Navy CIS. **23.10** Bull. Krimi-Serie. Die Hand auf dem Dach. **0.10** Bull. Krimi-Serie.

Pro Sieben

7.40 The Kids Are Alright. (W). **8.35** Man with a Plan. **9.00** Scrubs – Die Anfänger. (W). **11.25** Brooklyn Nine-Nine. **13.40** Two and a Half Men. **14.35** The Middle. **15.35** The Big Bang Theory. Sitcom. Die animalische Amy/ Der peinliche Kuss/ Die Bushose. **17.00** Live: taff. **18.00** Newstime. **18.10** Die Simpsons. Zeichentrick-Serie. Geächtert/ Der grosse Nachrichten-schwindel. **19.05** Live: Galileo. Magazin. Galileo baut ein Smartphone. Mit Aiman Abdallah. **20.15** Big Countdown!. Show. Die 50 aufregendsten Momente der 90er. **22.35** Wer stiehlt Mark Forster die Show?. (W). **1.30** TV total. Show. (W).

ORF 1

12.05 Gilmore Girls. **13.30** Smart10. **14.15** Q1 Ein Hinweis ist falsch. **14.55** Die Simpsons. **15.40** Young Sheldon. **16.20** ZIB Flash. **16.25** The Big Bang Theory. **17.45** ZIB Flash. **17.55** Smart10 – Das Quiz mit den zehn Möglichkeiten. **18.40** Q1 Ein Hinweis ist falsch. **19.30** ZIB. **19.51** Wetter. **19.56** Sport aktuell. **20.02** ZIB Magazin. **20.15** SOKO Donau. Krimi-Serie. Die letzte Party. **21.05** SOKO Kitzbühel. Krimi-Serie. **21.50** ZIB Flash. **22.00** Willkommen Österreich. **23.00** Science Busters – Wer nichts weiss, muss alles glauben. **23.25** ZIB Nacht. **23.40** Gute Nacht Österreich. (W). **0.05** Shameless. Comedy-Serie.

ORF 2

12.50 Seitenblicke. (W). **12.55** Wetter-schau. **13.00** ZIB. **13.20** Aktuell nach eins. **14.00** Silvia kocht. **14.25** Sturm der Liebe. **15.15** Die Rosenheim-Cops. **16.00** Die Barbara Karlich Show. **17.00** ZIB. **17.05** Aktuell nach fünf. **17.30** Studio 2. **18.30** Konkret. **18.51** infos & tips. **19.00** Bundesland heute. **19.23** Wetter. **19.30** Zeit im Bild. **19.51** Wetter. **19.56** Sport aktuell. **20.05** Seitenblicke. **20.15** Univers. Dokumentationsreihe. **21.05** Report. **22.00** ZIB 2. **22.25** Euromillionen. **22.35** kreuz und quer. **23.10** kreuz und quer. **23.50** Zwischen Himmel und Hölle. (1/2). Historienfilm (D/CZ 2017).

SRF info

18.05 Telesguard. **18.15** Tagesschau. **18.25** Meteo. **18.30** Telesguard. **18.40** Tagesschau. **18.50** Meteo. **18.55** Telesguard. **19.05** Tagesschau. **19.15** Meteo. **19.25** G&G Flash. **19.30** Tagesschau & Meteo in Gebärdensprache. **20.00** Tagess. **20.25** Meteo. **20.30** Schweiz aktuell in Gebärdensprache. **20.50** Börse. **20.55** sportflash. **21.05** Die Entscheidung – Samuel Friedman: Jude ohne Gott. **21.55** Schweiz aktuell. **22.20** sportflash. **22.25** Telesguard. **22.35** 10vor10. **22.30** Meteo. **23.35** sportflash. **23.40** G&G – Gesichter und Geschichten. Magazin. **0.00** SRF Börse.

Radio SRF 1

6.00 HeuteMorgen. **6.31** Regionaljournal. **7.00** HeuteMorgen. **7.17** Morgengast. **7.31** Regionaljournal. **7.40** Morgenstund hat Gold im Mund. **8.00** HeuteMorgen. **8.13** Espresso. **8.31** Regionaljournal. **9.00** HeuteMorgen. **9.40** Mundarttrubrik. **10.03** Treffpunkt. **11.08** Ratgeber. Aufgepasst beim Welpenkauf! **11.40** À point. **12.03** Regionaljournal. **12.30** Rendez-vous. **13.00** Tagesgespräch. **13.40** 3 vo 5. **14.03** Trick 77. **16.30** Regional Diagonal. **17.12** Sport. **17.30** Regionaljournal. **18.00** Echo der Zeit. **18.45** Sport. **20.03** BuchZeichen. **21.03** Nachtclub. **22.08** Nachtclub. **23.04** Nachtclub. **0.00** Nachrichten.

Radio SRF 2

6.30 HeuteMorgen. **6.54** 100 Sekunden Wissen. **7.00** Kultur-Nachrichten. **7.06** Kultur-Aktualität. **7.30** HeuteMorgen. **7.52** Kultur-Aktualität. **8.00** Kultur-Nachrichten. **8.06** Blick in die Feuilletons. **8.15** Blick in die Feuilletons. **8.30** HeuteMorgen. **9.05** Kontext. **10.20** 100 Sekunden Wissen. **11.20** Veranstaltungstipp. **11.40** Tageschronik. **12.10** Kultur kompakt. **12.30** Rendez-vous. **13.00** Klassiktelefon. **13.45** Concerto. **16.30** Kultur-Nachrichten. **17.08** Kultur-Aktualität. **17.16** Kultur-Aktualität. **17.30** Kultur-Nachrichten. **18.30** Kontext (W). **19.00** Echo der Zeit. **20.00** Late Night Concert. **22.05** Notturno. **0.06** Notturno.

TV-TIPPS

Arte, 22.00

Grüne Fonds, die grosse Illusion?

Seit einigen Jahren bietet sich für die Banken eine günstige Gelegenheit, mit «grünen» Aktienfonds ihr Image aufzupolieren. Ein Trend, der mit dem Krieg in der Ukraine weiteren Aufschwung erhält – dank Explosion der Energiepreise. Doch halten die Fonds, was sie versprechen, oder ist es schlicht Greenwashing?

3sat, 22.25

Parfüm – der grosse Duftraub?

Die Duftindustrie giert nach immer neuen, überraschenden Dufterlebnissen. Bei teuren Parfums legen die Hersteller ausserdem Wert darauf, dass die Essenzen aus der Natur kommen. Damit pflanzen ihre Duftstoffe freisetzen, werden sie oft regelrecht misshandelt. Immer häufiger sieht sich die Parfümindustrie mit der Nachfrage nach umweltschonend produzierten Duftstoffen konfrontiert und muss reagieren.

Arte, 23.25

Die neue industrielle Revolution

Mit dem 21. Jahrhundert zeichnet sich ein tiefgreifender Wandel der Arbeitswelt ab. Wird es in einer zunehmend globalisierten und digitalisierten Welt, in der Roboter und künstliche Intelligenz eine immer wichtigere Rolle spielen werden, noch genug Beschäftigung für Menschen geben? Die Corona-Pandemie hat diese Entwicklung wie im Zeitraffer beschleunigt und dabei die Instabilität der heutigen Arbeitsorganisation offenbart.

3sat, 23.50

Radikale Christen

Erstmals erzählen zwei Söhne über das Innenleben der Organischen Christus-Generation (OCG), einer Sekte im fundamentalistisch-christlichen Milieu mit Sympathien für Adolf Hitler. Begonnen hat er klein: Ivo Sasek gründet im ausserrhodischen Walzenhausen eine kleine christliche Gemeinschaft mit dem Ziel, Randständigen und Familien zu helfen. Noch heute propagiert Sasek, er helfe Familien, doch die Realität ist eine andere.

NZZ | Live

Veranstaltungsausblick

16. Juni 2022

60 Minuten für | NZZ-Foyer, Zürich, und online
Die Zukunft unserer Finanzen:
Kryptowährungen erklärt



18. Juni 2022

Promenade | Basel
Art Basel: Einblicke in die
wichtigste Kunstmesse der Welt

21. Juni 2022

Genussakademie | Restaurant Saltz, Zürich
Wine & Dine im «Dolder Grand»:
Weintrends

24. Juni 2022

Promenade | Klosterhof, St. Gallen
Hinter den Kulissen der St. Galler
Festspiele und Opernpremiere

Eine Übersicht über alle
Veranstaltungen der NZZ finden
Sie unter: nzz.ch/live

Der Johanniterkeller in Twann erzeugt ausdrucksstarke Weine

Das Schweizer Weingut des Jahres liegt am Bielersee

PETER KELLER

Der Johanniterkeller in Twann (BE) ist zum Schweizer Weingut des Jahres gekürt worden. Martin Hubacher und Michaela Gabriel stehen jetzt zwar im Fokus der Öffentlichkeit, arbeiten aber lieber abseits der grossen Bühnen. Ihre Weine sprechen für sich.

Wer Biel mit dem Zug in Richtung Neuenburg verlässt, kommt nach wenigen Minuten in den Genuss von Bilderbuch-Rebbergen. Die terrassierten, steilen Südosthänge des Bielersees bilden eine perfekte Kulisse für einen Besuch. Twann, Ligerz, Schafis: Die bekanntesten Orte stehen für Weine, die immer noch als Geheimtipps gelten. Das Anbaugebiet ist mit einer Rebfläche von 220 Hektaren klein und gehört weinpolitisch zur Drei-Seen-Region. Gross ist dagegen die Vielfalt: Über 40 verschiedene Rebsorten werden mit Sorgfalt und Engagement gehegt und gepflegt.

Zu den Aushängeschildern der kleinen, feinen Gegend gehört zweifellos das Weingut Johanniterkeller in Twann. Die seit Jahren konstant gute Qualitätsarbeit von Martin Hubacher und seiner Ehefrau Michaela Gabriel wurde im letzten Oktober gekrönt. Der Betrieb errang am Grand Prix du Vin Suisse den Titel «Weingut des Jahres». Das Duo schreibe eine perfekt anmutende Winzerstory, in der es keinen Stillstand, keine spektakulären Wendungen, dafür



Twann gehört weinpolitisch zur Drei-Seen-Region.

ADOBE STOCK

stete Weiterentwicklung gebe, schrieb die Jury zur verdienten Auszeichnung.

Das Winzerpaar sucht nicht zwingend die grosse Bühne, sondern arbeitet beharrlich und ohne lautes Marketinggetöse lieber im Stillen. Bewirtschaftet wird eine Rebfläche von lediglich 6 Hektaren, die sich auf 5 Parzellen verteilen. Das war nicht immer so: Vor der Güterzusammenlegung im Jahr 2009 war die Fläche in 35 Parzellen zerstückelt gewesen – entsprechend aufwen-

dig und ineffizient waren die Arbeiten im Rebberg. Die nun zusammenhängenden Lagen repräsentieren ein jeweils eigenständiges Terroir, das mit den entsprechenden Rebsorten bestockt ist.

Der Johanniterkeller, dessen Geschichte bis ins 13. Jahrhundert zurückreicht, fokussiert sich zwar auf gebietstypische Trauben wie Chasselas und Pinot noir. Aber auch Spezialitäten wie der aromatische Sauvignon blanc oder die exotische Rotweinsorte St. Laurent

sind zu finden. Hubacher und Gabriel, deren Betrieb im Gault-Millau-Führer zu den 125 besten Gütern der Schweiz zählt, verschliessen sich freilich nicht neuen Entwicklungen. Im Gegenteil: So keltert das Duo seit 2016 auch naturbelassene Weine. Dazu zählt etwa der Oräntsch, ein maischevergorener und kaum geschwefelter Wein aus der Neuzüchtung Nobling (Chasselas x Silvaner).

Schon lange eine Binsenwahrheit ist, dass gute Weine im Rebberg entstehen. Die für den Jurasüdfuss typische Kalkbraunerde bildet die perfekte Bodenunterlage, um ausdrucksstarke, fruchtige Weine mit einer hohen Mineralität zu kelteren. Nachher im Keller passiert bei Hubacher und Gabriel nicht mehr viel. Technik wird nur gerade in jenem Mass eingesetzt, das unbedingt nötig ist. Das heisst im Klartext: Die Trauben werden ganz gepresst. Die Mazerationszeit soll genügend lang sein. Die Gärung erfolgt spontan mit wilden Hefen. Man schaut auf einen bewussten Hefeeinsatz und sorgfältigen Holzausbau der Weine. Immer mit einem klaren Ziel vor Augen: Der Johanniterkeller will Crus kelteren, die den Jahrgang, den Boden, aber auch den Stil des Hauses zum Ausdruck bringen.

Martin Hubacher und Michaela Gabriel vom Johanniterkeller werden am Genussabend vom 8. August ihr Gut vorstellen und zahlreiche Spezialitäten aus ihrem Weinkeller mitbringen. Tickets unter nzz.ch/live

NZZ

Shop

shop.nzz.ch

+41 44 258 13 83

Praktische Designergefässe von Areaware

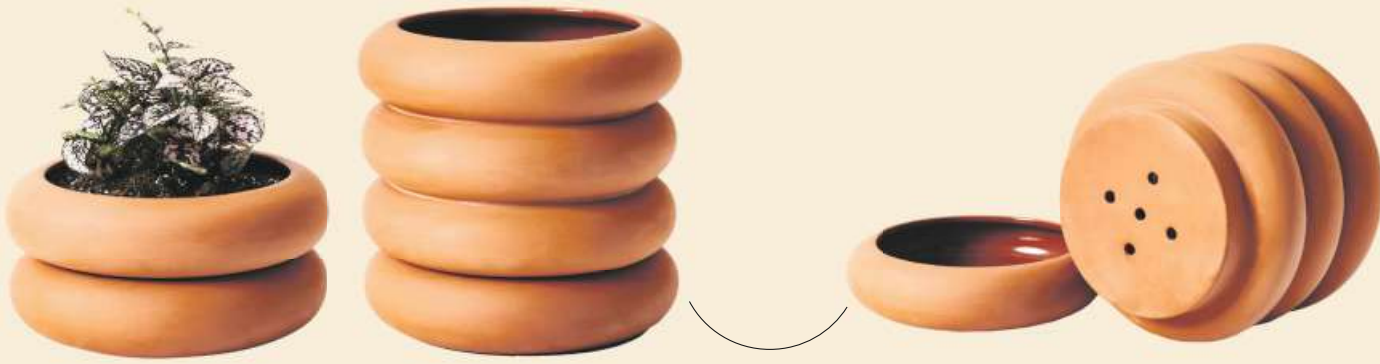


Die Stacking Planter – designed von Chen Chen & Kai Williams für Areaware – integrieren diskret sowohl ein Pflanzengefäss als auch einen Unterteller. Dadurch wird Ihre Pflanze auch bei zu grosszügigem Giessen nicht unter Wasser gesetzt. Die runde Keramikform ist inspiriert von keramischen Hochspannungsisolatoren auf Hochspannungsleitungen.

In den Farben Terracotta und Weiss erhältlich:

Stacking Planter gross, je Fr. 128.– / Fr. 118.–*

Stacking Planter klein, je Fr. 105.– / Fr. 95.–*



*Sonderpreise
für Abonentinnen
und Abonnenten

*Sonderpreise für Abonentinnen und Abonnenten

Krisen und Chancen

Die neuen Spielregeln für KMU

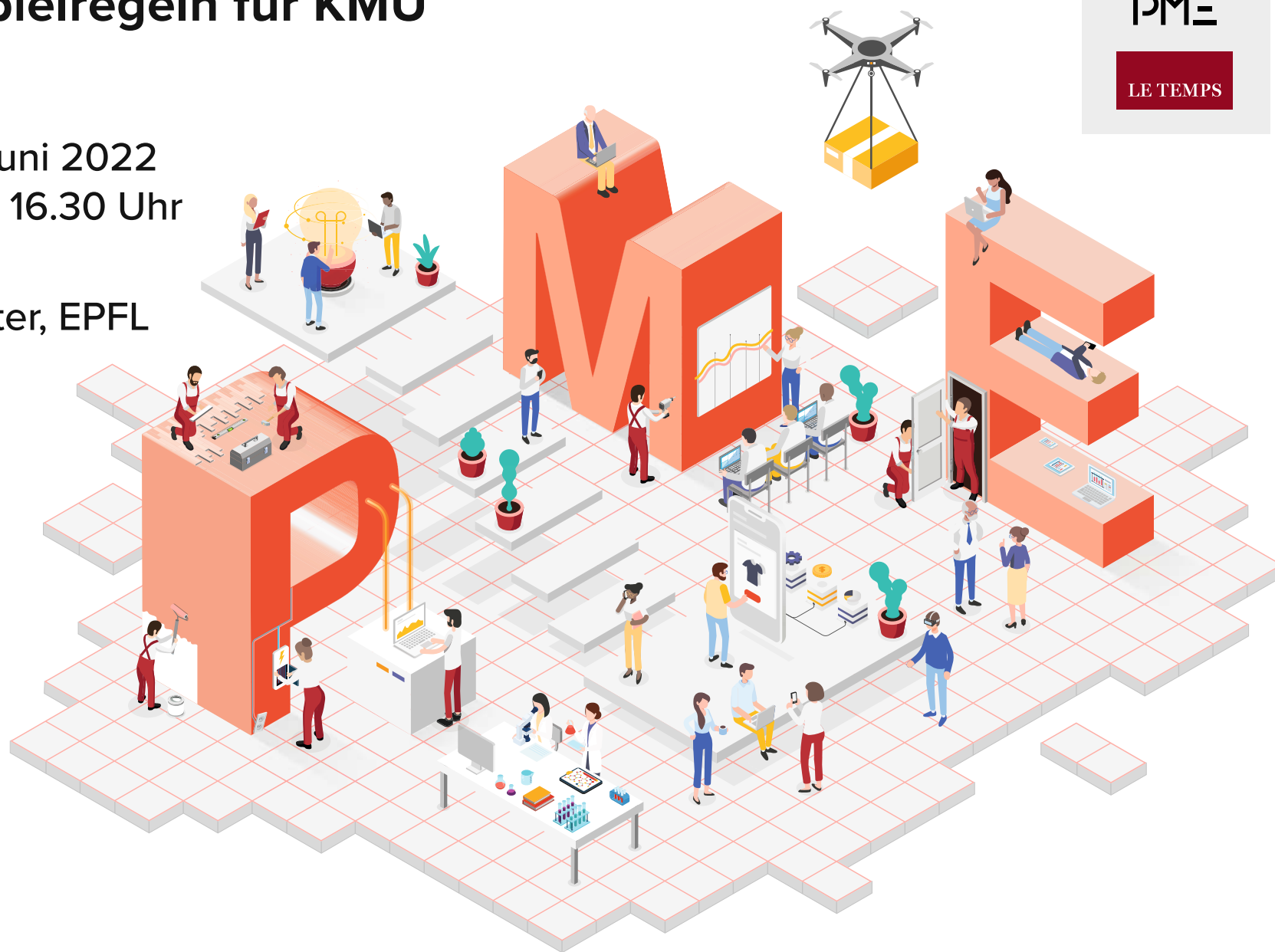
Donnerstag, 9. Juni 2022
von 9.00 Uhr bis 16.30 Uhr
SwissTech
Convention Center, EPFL

Eine Veranstaltung
Organisiert von

EPFL

PME

LE TEMPS



Pandemie, Inflation und seit einiger Zeit auch Krieg in der Ukraine. Das alles vor dem Hintergrund einer weltweiten Cyber-Unsicherheit und globaler Erwärmung. Wo soll man in diesem angstbesetzten Umfeld, in dem eine Krise die nächste jagt, die Kreativität hernehmen, um innovative Lösungen für sein Unternehmen zu entwickeln? Wie kann man seine Mitarbeiter trotz hybrider Arbeitsweisen mobilisieren? Wie kann man zunehmende Digitalisierung mit Schutz der Umwelt vereinbaren? Wie von einem möglichen wirtschaftlichen Neuanfang profitieren?

PLENUM

Eröffnungsansprache

MADELEINE VON HOLZEN
Chefredakteurin, «Le Temps»
MARTIN VETTERLI
Präsident, EPFL

Intervention und Austausch mit dem Publikum

PHILIPPE LEUBA
Staatsrat

Mein KMU und sein Innovationsweg

CAROLINE GAY
Manager, Chargeurs Business Solutions
URSULA OESTERLE
Vizepräsidentin für Innovation, EPFL
MATHIEU FALBRIARD
Co-Founder & CEO, Bearmind
TOBIAS GERFIN
CEO, Kühn Rikon

Digitalisierung mit Nachhaltigkeit in Einklang bringen

ÉMILIE JOSSEN
Stellvertretende Direktorin, Lungenliga NE
MIKAËL ZENNARO
Gründer / CEO, VNV
FABIEN ZENNARO
Gründer / CEO, VNV

Musikalische Animation

FLORIAN COLOMBO
Doktorand, Labor für neuromimetische Berechnungen,
EPFL

Hacker greifen an

CHRISTOPHE HUBSCHMID
CEO, DBS Immobiliengruppe

Drohende Knappheiten

BENOÎT DAGON
Gründer / CEO, Imina Technologies SA
AGNÈS PETIT
Gründerin / CEO, Mobbot SA
DOMINIQUE VALANTIN
Market Development Managerin, Hybrid SA

Den Glauben an das Unternehmertum bewahren

ÉTIENNE JORNOD
Präsident, OM Pharma / NZZ

Die disruptive Kontinuität des Westschweizer Unternehmertums auf dem Prüfstand der nachhaltigen multipolaren Globalisierung

RETO ZENHÄUSERN
Unternehmensberater, in Zürich niedergelassen

THEMATISCHE SITZUNGEN

1. Meine Kundschaft wird eine Familie
2. Das Personalwesen verändert seine Dimension
3. Mein KMU und sein Innovationsweg
4. Mein KMU und sein digitaler Zwilling
5. Ihr KMU unbesiegbar machen
6. Cyberangriffen widerstehen

PREIS

CHF 200.–* Speziell für Abonnenten von «Le Temps» und «PME»
CHF 390.–* Standard
CHF 100.–* Spezialpreis Studierende, Forscher und gemeinnützige Organisationen

*Im Preis inbegriffen: Plenum, thematische Sitzungen, Networking, Matchmaking, Kaffeepausen, Mittagessen, Abschluss-Aperitif. Inklusive Mehrwertsteuer.

FORWARD ist eine nationale und zweisprachige (fr/de) Veranstaltung

Vollständiges Programm und Anmeldung

www.forumforward.ch



Strategischer Partner

Institutioneller Partner

Gold Partner

Silver Partner

Technologiepartner

Medienpartner



Service de la promotion
de l'économie et de
l'innovation (SPEI)



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Innosuisse – Agence suisse pour
l'encouragement de l'innovation



UBS



yokoy



csem

NZZ

«Angst habe ich nur um meine Kollegen»

Die russische Journalistin Ekaterina Glikman kämpft mit der «Nowaja Gaseta» gegen Putins Propaganda. Von Lucien Scherrer

«Schrecklich», sagt Ekaterina Glikman mehrmals, «einfach schrecklich.» Vor ihr auf dem Bildschirm sind Leute zu sehen, die mit monotoner Stimme einen Text vortragen. Eine junge blonde Frau steht vor einem zerbrochenen Fenster. Sie entschuldigt sich dafür, russische Soldaten als Orks bezeichnet zu haben. Nun wisse sie es besser, denn: «Ich bin entnazifiziert worden.» Ein Jugendlicher mit Brille bittet um Entschuldigung dafür, dass er Geld für die ukrainischen Streitkräfte gesammelt hat. Nun ruft er das Publikum dazu auf, den Ukrainern nicht zu helfen. Er hat den Blick gesenkt, schaut immer wieder nervös zur Seite.

Die Videos stammen aus den russisch besetzten Gebieten in der Ostukraine, publiziert hat sie ein prorussischer Blogger. Für Ekaterina Glikman ist klar: Die Leute wurden von Handlangern Wladimir Putins gezwungen, die Texte vorzutragen. «Das haben sie schon im Tschetschenienkrieg gemacht, um die Bevölkerung einzuschüchtern.» Glikman ist 42, sie spricht Englisch mit russischem Akzent. Seit sie vor zwei Jahren der Liebe wegen von Moskau nach Schaffhausen gezogen ist, arbeitet sie in einer kleinen Wohnung in der Altstadt. Ihr russischer Pass liegt in der Schublade, zusammen mit Kreditkarten, die im Westen niemand mehr annimmt. «Useless bullshit», sagt sie lachend, nutzloser Mist.

Psychologen werten Videos aus

In Russland würde Glikman die Verhaftung drohen, denn sie arbeitet für die bekannteste Oppositionszeitung des Landes, die «Nowaja Gaseta». Ende März hat die Zeitung nach der zweiten Verwarnung durch die russischen Zensurbehörden ihr Erscheinen vorläufig eingestellt, bis zum Ende der sogenannten «Spezialoperation» in der Ukraine. Ans Aufgeben denkt jedoch niemand, schon gar nicht jetzt. Deshalb haben Mitarbeiter die «Nowaja Gaseta Europa» lanciert, eine von der alten Zeitung formell unabhängige Online-Plattform, für die rund 50 Journalisten aus dem Exil schreiben. Einige sind auch in Russland geblieben, obwohl sie dort in Gefahr sind. Sie betreuen Informanten und Mitarbeiter im Kriegsgebiet, prüfen Dokumente und versuchen der staatlichen Desinformation mit Fakten entgegenzuwirken.

Die Videos mit den angeblich reumütigen Ukrainern sind für die «Nowaja Gaseta» von einem Psychologen analysiert worden. Nicht nur das russische, auch das ukrainische Publikum soll erfahren, dass die Leute höchstwahrscheinlich unter Zwang aussagten – und dass dahinter bekannte Methoden der psychologischen Kriegsführung stehen. Ekaterina Glikman hat den Text über die Videos nicht selber geschrieben, aber sie ist stolz darauf. «Wir können nicht viel beeinflussen. Wir können Putin nicht stoppen. Aber wir können die wahre Geschichte festhalten. Sonst hat sie nie stattgefunden.»

Anders als im Westen, wo diese Geschichten lange verdrängt worden sind, hat Putins Krieg in oppositionellen russischen Kreisen kaum jemanden überascht. «Putin hat nie so getan, als wäre er ein guter Mensch», sagt Ekaterina Glikman, «wer es sehen wollte, konnte es sehen.» Als sie mit Anfang zwanzig ihre ersten Zeitungsartikel schreibt, geht gerade die Ära von Boris Jelzin zu Ende, in der es zumindest Ansätze einer Demokratisierung und einer Aufarbeitung der sowjetischen Verbrechen gab.

Der ehemalige KGB-Mann Wladimir Putin, den damals manche im Westen als lupenreinen Demokraten betrachteten, geht schon zu Beginn seiner Amtszeit gegen kritische Journalisten vor. Die populäre Satiresendung «Kukly» (Puppen), die ihn als hässlichen «kleinen Zaches» verspottet, wird 2002 abgesetzt, der Fernsehsender geschlossen. Die Zeitung, bei der Ekaterina Glikman nach dem Studium in Moskau arbeitet, muss ebenfalls schliessen, der Besitzer flüchtet ins Ausland. Bei



«Wir können Putin nicht stoppen, aber die wahre Geschichte aufschreiben», sagt Ekaterina Glikman.

KARIN HOFER / NZZ

der «Nowaja Gaseta» erlebt die junge Journalistin regelmässige Einschüchterungs- und Zensurversuche, etwa nach einer Recherche über Korruption und illegale Fischerei.

Vergiftet, eingesperrt, gefoltert

Glikmans erster Chef, der Rechercheur Juri Schtschekotschichin, stirbt 2003 einen rätselhaften, qualvollen Tod. Da Autopsieberichte und Blutproben verschwunden sind, glauben heute viele an einen Giftmord. Schtschekotschichins Bild hängt über Glikmans Schreibtisch, es zeigt einen lächelnden grauhaarigen Mann mit einer orangenen Sportjacke. «Er war so ein warmherziger Mensch», sagt sie, «ich habe oft mit ihm gestritten, weil er viele meiner Artikel gestoppt hat. Er sagte immer: «Nein, das schreibst du nicht, das ist zu gefährlich.»

Die Warnungen sind berechtigt. Neben Schtschekotschichin sterben in den letzten Jahren fünf weitere Journalisten, unter ihnen die Starreporterin Anna Politkowskaja, die 2006 im Aufzug ihres Hauses in Moskau erschossen wird. Sie gehört zu den Ersten, die

«Wir haben Verbrechen nie Verbrechen genannt. Es gab bei uns nie einen Nürnberger Prozess, wo die Greuel der Sowjetzeit aufgearbeitet wurden.»

vor Wladimir Putin warnen, berichtet von den Misshandlungen junger Soldaten in der russischen Armee und von Kriegsverbrechen in Tschetschenien. Ein anderer Kollege Glikmans wird 2014 in den separatistischen Gebieten der Ukraine von lokalen Behörden gefangen genommen, in ein Kellerloch gesperrt und gefoltert.

Ihr langjähriger Chef, der Nobelpreisträger Dimitri Muratow, leidet derzeit unter lichtempfindlichen Augen, weil ihm zwei Männer kürzlich im Nachtzug ab Moskau mit Aceton versetzte rote Farbe ins Gesicht geschüttet haben. Nach dem Anschlag wurden die beiden beobachtet, wie sie auf dem Perron mit Polizisten plauderten. Bestrafe einen, erziehe Hunderte – nach diesem maoistischen Prinzip sind in Russland Dutzende kritische Journalisten zum Schweigen gebracht worden.

In der Schweiz und anderen westlichen Ländern beginnt die Öffentlichkeit erst jetzt, sich mit diesen Realitäten auseinanderzusetzen. Russland war für die meisten weit, die russische Geschichte noch weiter entfernt. Die verdrängte Geschichte des Landes ist für

Ekaterina Glikman jedoch ein Hauptgrund, weshalb Putin seinen Krieg überhaupt führen kann.

Wie verlogen der Umgang mit dem Erbe des Landes ist, wird ihr erstmals in der Schule bewusst, und das nicht nur, weil die meisten Schulbücher noch aus der Sowjetunion stammen. Mit 15 wird sie von ihren Lehrern aufgefordert, an einem nationalen Schreibwettbewerb teilzunehmen, zum 50. Jahrestag des sowjetischen Sieges über Nazideutschland. Glikman schildert das Schicksal ihres Grossvaters, der drei Jahre in einem deutschen Kriegsgefangenenlager vegetierte. Bei der Befreiung wog er noch 38 Kilogramm – glücklich, dass man ihn nicht gleich zurück in die Sowjetunion schickte, wo Stalin ehemalige Gefangene gleich nochmals einsperren und hungern liess, wegen «Verrat am Vaterland».

Der Text wird nicht angenommen: zu wenig heroisch, zu wenig Pathos, zu wenig militaristisch. Nur die Geschichte eines gebrochenen Lebens. Seither ist für Glikman klar, dass die Autoritäten ihres Landes kein Interesse an der Wahrheit haben. Für sie wäre der 9. Mai, den Putins Regime jedes Jahr feiert, kein Tag der Militärparaden, sondern einer der Trauer, an dem man all der Toten gedenkt, die der Militarismus gefordert hat. Tote, die in manchen Gegenden Russlands immer noch namenlos unter der Erde liegen, weil sie nie jemand ausgegraben, identifiziert und ordentlich bestattet hat. «Das wäre doch Aufgabe der Regierung!», ruft Glikman aus. «Sie hat keinerlei Respekt vor den einzelnen Menschen. Stattdessen hämmert sie den Leuten seit Jahren ein, wie heroisch der Krieg sei.»

Blumen auf dem Titelbild

Diese Geringschätzung des Individuums ortet die Journalistin auch in der russischen Bevölkerung. Oft sei es den Leuten egal, wie viele Soldaten und Zivilisten in der Ukraine sterben. Auf die Frage, weshalb das viele einfach hinnähmen, überlegt Glikman lange. Dann antwortet sie: «Wir haben Verbrechen nie Verbrechen genannt. Es gab bei uns nie einen Nürnberger Prozess, wo die Greuel der Sowjetzeit aufgearbeitet wurden. Man hat zwar Denkmäler gestürzt, aber man hat die Verklärung Stalins nie unterbunden, weder in den Schulen noch in der Propaganda. So kommt alles zurück.»

In Schaffhausen fühlt sich Ekaterina Glikman sicher. Sie mag die Stadt mit ihren herausgeputzten Häusern und den vielen Erkern, auch wenn ihr viele Einheimische sagen, dass es für sie hier bestimmt langweilig sein müsse. Etwas vom Ersten, was ihr in ihrer neuen Heimatstadt auffiel, war ein Schaukasten mit den Zeitungsseiten der «Schaffhauser Nachrichten». Auf dem Titelbild waren Blumen abgebildet, dazu ein Artikel über den nahenden Sommer. Sie muss lachen, wenn sie sich daran erinnert, aber sie wirkt nicht zynisch – mehr erfreut, dass es für Journalisten eine andere Realität gibt, in der es nicht nur um Lügen, Korruption und Verbrechen geht.

Das Einzige, worum sie sich sorgt, das sind ihre Kollegen und ihre Informanten in Russland und der Ukraine, die der «Nowaja Gaseta» unter Lebensgefahr von Zwangsrekrutierungen und Soldaten berichten, die ohne Erfahrung an die Front geschickt werden. «Ich weiss, ich kann diese Leute nicht stoppen», sagt sie, «ich war ja selber so, als ich jünger war.»

Ein ungutes Gefühl hat sie nur einmal, am 24. Februar, dem Tag der russischen Invasion. Glikman ist schockiert, hält es zu Hause nicht mehr aus, sie will rausgehen und etwas unternehmen, aber wie würden die Leute auf sie reagieren? Sie setzt sich in den Zug nach Bern, wo sich am Bahnhof Leute mit ukrainischen Flaggen versammeln. «Sie fragten mich, ob ich auch Ukrainerin sei. Als ich antwortete, dass ich Russin sei, umarmten sie mich, und wir begannen alle zu weinen.» Die blau-gelbe Fahne, die ihr die Demonstranten geschenkt haben, hängt jetzt im Fenster ihrer Schaffhauser Wohnung.

Salzburger Mädchen- und Bubenträume

Cecilia Bartoli und Rolando Villazón machen Rossinis «Barbier von Sevilla» bei den Pfingstfestspielen zum Kinderparadies

MICHAEL STALLKNECHT, SALZBURG

Mehr als 150 Opern hat man gezählt, die in Sevilla spielen, darunter einige der berühmtesten, von Mozarts «Don Giovanni» über Beethovens «Fidelio» bis zu Bizets «Carmen». Der romantischen Spanien-Begeisterung insbesondere des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts erschien die Stadt als perfekte Projektionsfläche für eine explosive Mischung aus restriktivem Katholizismus und schwelender Sexualität, aus Patriarchat und wild aufbegehrenden Frauen.

Bei Cecilia Bartoli hat dagegen vor allem der Flamenco das Interesse an der andalusischen Hauptstadt geweckt. Sie hat ihn schon zu Schulzeiten entdeckt und zeitweise in einer semiprofessionellen Gruppe selber getanzt. Viel Flamenco gab's deshalb auch am vergangenen Pfingstwochenende, das Bartoli als künstlerische Leiterin der Salzburger Pfingstfestspiele diesmal ganz den musikalischen Träumen von Sevilla gewidmet hat. Hörbar werden diese unter anderem bei einer Gala mit Ausschnitten aus einigen Sevilla-Opern, für die sie Kollegen wie Plácido Domingo, Piotr Beczala oder Maria Agresta eingeladen hat. Und man darf es wohl als Rückkehr zu einem Mädchentraum begreifen, wenn Bartoli sich selbst bei der Eröffnungspremiere in einem Flamencko Kleid zeigt – in ebenjener Oper, die den Namen der Stadt schon im Titel trägt: Gioachino Rossinis «Barbier von Sevilla».

Filmstar Bartoli

Natürlich ist es eine fast schon komische Reminiszenz, wenn Bartoli hier die Rolle der Rosina singt, mit der sie vor mehr als dreissig Jahren ihr professionelles Debüt gegeben hat: Eigentlich ist es ja die Rolle eines weiblichen Teenagers, der vom strahlend jugendlichen Grafen Almaviva aus den Klauen des autoritären Doktor Bartolo befreit wird. La Bartoli macht auch klar, dass sie sich dem Zwang der Rolle nicht beugt – auch stimmlich nicht. Zu gurrend selbstbewusst klingt ihre Mezzotiefe, zu artifiziell und vielstimmig verschörkelt die Koloraturen.

Zur Aufttrittsarie «Una voce poco fa» wird sie in einem riesigen Vogelkäfig auf die Bühne gerollt, dessen Stäbe sich bald als biegsam wie Gummi erweisen. Um Realismus geht es der Regie nicht – Bartoli hat sie einem altbekannten Sängerkollegen anvertraut: Rolando Villazón, der im frühen Spätherbst seiner Tenorkarriere seine Bekanntheit und Beliebtheit nutzt, um daneben als Regisseur oder Romanautor in Erscheinung zu treten.

Dass er auch ein Filmfan ist, lernt man aus seiner Inszenierung von Rossinis meist gespielter Oper (die Produktion wird an die diesjährigen Sommerfestspiele übernommen). Er verlegt sie an ein Filmset, in dessen Hintergrund lustvoll stereotype Kinobilder flackern,



Cecilia Bartoli (Rosina) und Nicola Alaimo (Figaro) in Rolando Villazóns Inszenierung von Rossinis «Barbier von Sevilla».

MONIKA RITTERSHAUS / SF

deren Star natürlich Bartoli ist. Was wiederum Villazón die Möglichkeit gibt, sich sämtliche Bubenträume zu erfüllen und wahlweise eine mexikanische Mariachi-Band auf die Bühne zu schicken oder eine Horde alter Römer, die, jawohl, von Frankenstein's Monster in die Schranken gewiesen werden.

Originalklang-Rossini

Die Sänger machen es launig mit: Ildebrando D'Arcangelo zum Beispiel, eigentlich der Musiklehrer Basilio in der Oper und ein Bass von Welt-rang, schleicht mit den Krallen-fingern von Murnaus Nosferatu durch das Set. Nicola Alaimo ist ein Figaro, wie er im Buche steht, ein echter Sympathieträger: Raumgreifend und selbstbewusst tönt sein Bariton, den er gleichwohl den Finessen von Rossini's Wortwitz gefügig anzupassen versteht. Dass dennoch am Ende Edgardo Rocha als Almaviva nicht nur Bartolis Herz erobert, liegt weniger am Zorro-Kostüm, in das ihn Villazón gesteckt hat, als vor allem daran, dass er stimmlich alle Vorzüge eines echten Tenore di Grazia zeigt: höhensicher und voll-

endet elegant im Legato, voll jugendlicher Kraft und doch beweglich in den Koloraturen. Seine (oft gestrichene) Schlussarie «Cessa di più resistere» teilt er sich mit Bartoli – eine kollegiale Geste, auch gegenüber dem Publikum, das von der Diva dann doch noch mehr hören will als das Revival einer Jugendrolle.

Im Orchestergraben setzt die Chef-in wie in den Vorjahren auf das Ensemble, das sie selbst an der Oper Monte-Carlo ins Leben gerufen hat: «Les Musiciens du Prince – Monaco» sind ein Alte-Musik-Orchester, das, bei Rossini noch recht ungewöhnlich, auf Original-instrumenten spielt. Unverkennbar sind die Prinzipien der historischen Aufführungspraxis im Dirigat von Gianluca Capuano: Die Bläser gewinnen deutlich an Gewicht gegenüber den Streichern, die auf ihren Darmsaiten trockener, kratziger klingen als gewohnt. Capuano lässt scharf, auch kleinteilig phrasieren, die Musik surrt, schnarrt, brummt, pfeift, je nach Szene, und wird auch schon einmal perkussiv vorangetrieben von der Gitarre oder – wir sind schliesslich in Sevilla – den Kastagnetten, die Rossini nicht notiert hat.

Klanglich immer präsent bleibt das Hammerklavier, dessen Rolle als Continuo, gemeinsam mit einem Cello, vor allem in den Rezitativen ausgeweitet wird. Andrea Del Bianco improvisiert über die Bässe, umspielt die Sängerstimmen, streut immer wieder Material ein, das nicht von Rossini stammt, bis hin zu nostalgischen Filmmusik-Zitaten. Das folgt einer stilistischen Tendenz, wie sie zuletzt auch der Dirigent Teodor Currentzis bei den Salzburger Sommerfestspielen an Mozart erprobt hat: Die Theatralität steht über der sturen Befolgung des Notentextes, der Umgang mit der Musik wird flexibilisiert, auch im Sinne einer engeren Abstimmung mit der Regie.

Gag-Parade

Villazón nutzt den neu gewonnenen Raum reichlich, um seiner Passion für das Clowneske freien Lauf zu lassen. Die Bühne wird mit obskuren Requisiten regelrecht zugeschüttet. Zudem hat er den Verwandlungskünstler Arturo Brachetti in die Inszenierung eingebaut, der immer noch irgendwo eine schief sitzende Perücke findet. Als omni-

präsenes Faktotum verdrängt er freilich Figaro, dem genau diese Rolle im Stück zugewiesen ist. Überhaupt tritt die Geschichte zunehmend in den Hintergrund, zugunsten der mehr und mehr enervierenden Gag-Parade. Als Regisseur scheint Villazón dieselben Probleme zu haben wie als Romancier: Er muss beständig alles doppeln, mag keine Idee ungenutzt lassen und verliert darüber den Faden.

Rossini ist jedoch kein Romantiker, der sich an den Moment verlore, er verfolgt vielmehr ein klassizistisches, an Mozart geschultes Ideal, in dem die Getriebenheit der Handlung subtil durch die geschlossenen musikalischen Nummern aufgefangen wird. Dass das Dirigat sich Villazóns Lesart anschliesst und sich jedem seiner Mätzchen fügt, bringt den inneren Rhythmus des Stücks aus dem Tritt. Dem Abend, der sich trotz schnellen Tempi auf ungewöhnliche dreieinhalb Stunden dehnt, fehlt szenisch wie musikalisch das Innehalten – und damit auch der Zauber der Liebe, den Rossini so fein gegen den Humor ausbalanciert hat. Von der Erotik Sevil-las bleibt im chaotischen Kinderparadies zu wenig.

Neue Zürcher Zeitung

UND
SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 243. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor: Eric Gujer (eg.).

Stellvertreter: Daniel Wechlin (daw.), Nicole Anliker (ann.), Carola Ettenreich (cet.), Tom Schneider (sct.).

Tagesleitung: Nicole Anliker (ann.), Christian Steiner (cts.), Benno Mattli (bem.).

International: Peter Rásonyi (gra.), Andreas Rüesch (A. R.), Werner J. Marti (wjm.), Andrea Spalinger (spl.), Andreas Ernst (ahn.), Meret Baumann (bam.), Patrick Zoll (paz.), Elena Panagiotidis (ela.), Dominique Burckhardt (dbu.), Fabian Urech (urf.), Judith Kormann (jkr.), Ulrich von Schwerin (uvs.), Katrin Büchenbacher (k.b.), Pauline Voss (ine.).

Meinung & Debatte: Martin Senti (se.), Andreas Breitenstein (A. Bn.), Claudia Schwartz (ces.).

Schweiz: Christina Neuhaus (cn.), Andri Rostetter (art.), Erich Aschwanden (ase.), Daniel Gerny (dgy.), Marc Tribelhorn (tri.), Michele Coviello (cov.), Simon Hehl (lhs.), Angelika Hardegger (haa.), Tobias Gafafar (gaf.), David Vomplon (dvp.), Samuel Tanner (sta.).

Bundeshaus: Fabian Schäfer (fab.), Christof Forster (For.), Georg Häslar Sansano (geo.), Katharina Fontana (fon.).

Westschweiz: Antonio Fumagalli (fum.).

Zürich: Daniel Fritzsche (dfr.), Fabian Baumgartner (fbi.), Dorothee Vögeli (vö.), Stefan Hotz (sho.), Adi Kälin (ak.), Katja Baigger (bai.), Jan Hudec (jhu.), Florian Schoop (sct.), Claudia Rey (clr.), Raffaela Angstmann (ran.), Michael von Ledebur (mvl.), Nils Pfändler (nil.), Linda Koponen (lko.), Dennis Hoffmeyer (dho.), Zeno Geisseler (zge.), Isabel Heusser (heu.).

Wirtschaft: Chanchal Biswas (bis.), Dieter Bachmann (dba.), Alexandra Stühff (alk.), Thomas Fuster (tf.), Christin Severin (sev.), Nicole Rütti Ruzicic (nrü.), Christoph Eisenring (cei.), Andrea Martel Fus (am.), Thomas Schürpf (tsf.), Gerald Hosp (gho.), Matthias Benz (mbe.), Hansuelli Schöchli (hus.), Benjamin Triebe (bet.), Dominik Feldges (df.), André Müller (amü.), Stefan Häberli (hat.), Nelly Keusch (nel.).

Börse: Michael Ferber (feb.), Werner Grundelner (gru.), Lorenz Honegger (lho.).

Chefökonom: Peter A. Fischer (pfi.).

Wissenschaft, Technologie und Mobilität: Christiane Hanna Henkel (C. H.), Christian Speicher (Spe.), Alan Niederer (ni.), Herbert Schmidt (hdt.), Lukas Mäder (mdr.), Ruth Fultner (ful.), Gioia da Silva (gds.), Eveline Geiser (evg.), Sven Titz (stv.), Judith Blage (jbl.), Esther Widmann (wde.).

Feuilleton: Benedict Neff (ben.), Roman Bucheli (rbl.), Thomas Ribl (rib.), Ueli Bernays (ubs.), Philipp Meier (phi.), Claudia Mäder (cmd.), Lucien Scherrer (lsc.), Christian Wildhagen (wdh.), Manuel Müller (mm.), Sabine von Fischer (svf.), Andreas Scheiner (sca.).

Spport: Elmar Wagner (wag.), Philipp Bärtsch (phb.), Andreas Kopp (ako.), Benjamin Steffen (bsn.), Daniel Germann (gen.), Peter B. Birrer (bir.), Nicola Berger (nbr.), Stefan Osterhaus (sos.), Christof Krapf (krp.).

Wochenende/Gesellschaft/Reisen: Daniel Wechlin (daw.), Birgit Schmid (bgs.), Michael Schilliger (msl.), Susanna Müller (sm.).

Reporter: Marcel Gyr (gyr.), Anja Jardine (jar.), Martin Beglinger (beg.).

Nachrichten: Janique Weder (wej.), Kathrin Klette (kkl.), Tobias Sedlmaier (tsm.), Esther Rüdiger (eru.), Gian Andrea Marti (gam.), Esther Widmann (wde.), Nadine Brügger (nad.), Franco Arnold (fra.), Melchior Poppe (ppe.).

Social Media: Reto Stauffacher (rst.), Philipp Gollmer (phg.), Ferdinand Knapp (FK.), Marit Langschwager (mls.).

Community: Anja Grünfelder (ang.).

Podcast: David Vogt (dv.), Benedikt Hofer (bho.), Nadine Landert (lna.), Marlen Oehler (oeh.), Sebastian Panholzer (sep.).

Audience Management: Dominik Batz (btz.), Jonas Holenstein (jho.).

Visuals & Editorial Tech: Barnaby Skinner (bsk.), Kaspar Manz (xco.), Christian Kleeb (cke.), Anja Lemcke (lea.), Eugen Fleckenstein (efl.), Joana Kelén (jok.), Nikolai Thelitz (nth.), Jonas Oesch (joe.), Florian Seliger (fsi.), Adina Renner (adi.), Nicolas Staub (las.), Charlotte Eckstein (eck.), Franco Gervasi (fgr.), Simon Haas (sah.), Eike Hoppmann (eik.), Simon Huwiler (shu.), Manuela Paganini (mpa.), Michel Grautstück (mgr.), Forrest Rogers (fr.), Julia Monn (jum.), Roland Shaw (sro.).

Video/TV: Markus Stein (sma.), Andrea Hauner (hwa.), David Hess (dhe.), Jasmine Ruegg (jmr.), Jörg Walch (jwa.), Conradin Zellweger (czw.), Isabelle Pfister (ipt.), Jasmine Jacot-Descombes (jja.), Nicole Krättli (krä.).

Produktionsredaktion: Benno Mattli (bem.), Caspar Hesse (cah.), Christoph Fisch (cf.), Claudia Baer (cb.), Manuela Kessler (mak.), Lucie Paška (lpa.), Roland Tellenbach (rol.), Stefan Reis Schweizer (srs.), Robin Schwarzenbach (R. Sc.), Bodo Lamparsky (la.), Lukas Leuzinger (lkz.), Philipp Hufschmid (phh.), Yvonne Eckert (lye.), Benno Brunner (bbr.), Iida Özpai (ilö.).

Art Director: Reto Althaus (ral.).

Bildredaktion: Gilles Steinmann (gst.), Andrea Mittelbach (and.), Roman Sigrist (rsi.), Reto Gratwohl (grr.), Nicole Aebly (nae.), Rahel Arnold (raa.), Martin Berz (brz.), Joël Humn (huj.), Dominic Nahr (dna.).

Fotografen: Christoph Ruckstuhl (ruc.), Karin Hofer (hfk.), Annick Ramp (ara.), Simon Tanner (tan.).

Korrekturen: Natascha Fischer.

KORRESPONDENTEN

Paris: Nina Belz (nbe.). **London:** Niklaus Nuspliger (nn.). **Berlin:** Marc Felix Serrao (flx.), René Höltschi (ht.), Jonas Hermann (jsh.), Hansjörg Friedrich Müller (hmü.), Anja Stehle (ast.), Alexander Kissler (kis.), Hannah Bethke (hb.), Oliver Maksan (oma.), Fatina Keilani (kei.). **Frankfurt:** Michael Rasch (ra.). **München:** Stephanie Lahrtz (slz.). **Rom:** Luzi Bernet (lzb.), Andres Wysling (awy.). **Madrid:** Ute Müller (utm.). **Wien:** Ivo Mijnsen (mij.), Daniel Imwinkelried (imr.). **Stockholm:** Rudolf Hermann (ruh.). **Brüssel:** Christoph G. Schmutz (sco.), Daniel Steinvorth (DSt.). **Moskau:** Markus Ackeret (mac.). **Nairobi:** Samuel Misteli (smi.). **Istanbul:** Volker Pabst (pab.). **Jerusalem:** Inga Rogg (iro.). **Beirut:** Daniel Böhm. **Delhi:** Andreas Babst (abb.). **Seoul:** Matthias Müller (mue.). **Peking:** Matthias Kamp (mka.). **Shenzhen:** Matthias Sander (msa.). **Tokio:** Martin Kölling (koe.). **Sydney:** Esther Blank (esb.). **Washington:** Christian Weisflog (ws.). **Chicago:** David Signer (ds.). **New York:** Christof Leisinger (cri.). **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (lma.). **Rio de Janeiro:** Thomas Milz (mit.). **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (bu.).

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ am Sonntag: Chefredaktor: Jonas Projer (jp.). **NZZ Folio:** Aline Wanner (awa.), Reto U. Schneider (res.), Flurin Clalüna (fcl.), Barbara Klingbacher (bak.).

NZZ Geschichte: Lea Haller (lha.), Daniel Di Falco (ddf.).

DAS UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf (CEO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung.

Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen nach Art. 322 Abs. 2 StGB: Neue Zürcher Zeitung (Deutschland) GmbH, Hausvogteiplatz 3/4, 10117 Berlin; The Market Media AG, Zürich.

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, redaktion@nzz.ch, www.nzz.ch.

Zuschriften: Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, leserbrieft@nzz.ch.

Verlag: Falkenstrasse 11, Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, verlag@nzz.ch.

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, service@nzz.ch, www.nzz.ch/fag.

Inserate: NZZone, Neue Zürcher Zeitung AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, inserate@nzz.ch, www.nzzone.ch.

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich.

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MwSt)

NZZ Print & Digital: 847 Fr. (12 Monate), 77 Fr. (1 Monat).

NZZ Digital Plus: 579 Fr. (12 Monate), 54 Fr. (1 Monat).

NZZ Wochenende Print: 374 Fr. (12 Monate), 34 Fr. (1 Monat).

Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital.

NZZ International Print & Digital: 572 € (12 Monate), 52 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandpreise auf Anfrage.

NZZ Kombi Print & Digital: 949 Fr. (12 Monate), 87 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital.

NZZ für Studierende: 5 Fr. (1 Monat).

Alle Preise gültig ab 1. 1. 2022.

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2022.

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen. © Neue Zürcher Zeitung AG Kartengrundlage: © Openstreetmap, © Maptlier

Wo die Grossmächte aufeinandertreffen

Zwei Bücher beleuchten das Kräftemessen zwischen den USA und Russland im Nordpazifik und in der Arktis

THOMAS SPECKMANN

Vor gut 150 Jahren musste Russland im imperialen Ringen mit den Vereinigten Staaten klein begeben. Seit 1818 hatte Alaska offiziell als Kolonie «Russisch-Amerika» zum Zarenreich gehört. 1867 aber ging das Gebiet an die USA über: Die russische Flagge wurde feierlich eingeholt – was nicht ohne peinliche Panne vorstattenging. Die Fahne verhakte sich am Mast, mehrere Matrosen mussten emporklettern, um das Tuch zu lösen. Dabei fiel das Symbol der imperialen Macht so unglücklich herab, dass es sich in den aufgerichteten Bajonetten der angetretenen Soldaten verfang und an mehreren Stellen einriss.

Man vergisst es leicht: Schon im 19. Jahrhundert kämpften Russland und die Vereinigten Staaten um Macht und Einflussgebiete. Es ist daher sehr verdienstvoll, dass Robert Kindler mit seinem neuen Buch ein in Europa kaum bekanntes Kapitel russischer Geschichte in Erinnerung ruft.

Darauf ist der in Berlin lehrende Osteuropahistoriker gewissermassen spezialisiert: In dem Jahr, in dem Russland die Krim besetzte, gelang Robert Kindler mit «Stalins Nomaden – Herrschaft und Hunger in Kasachstan» ein Erfolg. Das preisgekrönte Buch zeigte, wie in der multiethnischen Bevölkerung Kasachstans Millionen von Menschen Stalins Unterwerfung zum Opfer fielen.

In seiner neuen Studie widmet sich Kindler nun Russlands Engagement im Nordpazifik im 19. Jahrhundert. Das Buch liest sich wie eine Vorgeschichte der Gegenwart, denn in ihm spiegeln sich andauernde Konflikte um Einfluss, Macht und Ressourcen. Schauplatz ist das nordpazifische «Robbenreich».

Kampf um begehrte Felle

Die Felle der Robben waren auf dem globalen Tierfellmarkt des ausgehenden 19. Jahrhunderts ausserordentlich begehrt. Entsprechend hart war der ökonomische Kampf um diese Tiere, den sich staatliche wie private Akteure aus den Vereinigten Staaten, Kanada und Japan in der imperialen Peripherie des russischen Zarenreichs lieferten.

Dabei stiess das in Kindlers Augen schon damals auf Expansion, Ausbeutung und Unterwerfung basierende Herrschaftsmodell des russischen Staates an seine Grenzen. Nicht zuletzt mili-



Die Erwärmung und das immer stärkere Abschmelzen des Eises erlauben es, Seewege und Ressourcen der Arktis besser zu nutzen – was aber wiederum auf das Klima zurückwirkt. Deutsches Forschungsschiff in der zentralen Arktis.

STEFAN HENDRICKS / ZUMA / IMAGO

tärisch wurde die Lage zunehmend prekär für das Zarenreich. Nach der Niederlage im Krimkrieg (1853–1856) gegen das Osmanische Reich und seine Verbündeten Frankreich und Grossbritannien glaubte weder die Admiralität noch die Armeeführung des Zaren, die nordpazifische Kolonie verteidigen zu können. Schliesslich verkaufte Alexander II. Russisch-Amerika an die USA – es entstand das heutige Alaska. Die russische Flagge wurde eingeholt, die amerikanische gehisst.

Um Flaggen geht es auch im neuen Buch von Michael Paul, «Der Kampf um den Nordpol». Nicht anders als im Nordpazifik standen und stehen Länderfahren auch am Nordpol für Ansprüche grosser Mächte. Wobei diese nördlichsten Schauplätze traditioneller Machtpolitik zugleich immer im Windschatten der öffentlichen Aufmerksamkeit lagen und liegen. Diese ist gegenwärtig gefes-

selt vom Krieg in der Ukraine und vom neuen «Great Game» zwischen China und den Vereinigten Staaten. Wer schaut da schon zum Nordpol?

Leute wie Michael Paul, denen aufgefallen ist, wie sich die beiden starken Prägungen der Gegenwart – der Klimawandel und die kriegsrische Rivalität der Grossmächte – gerade in der Arktis gegenseitig beeinflussen. Der Senior Fellow der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin beschreibt den Klimawandel nicht nur als massgeblichen Treiber der Veränderungen in der Arktis, sondern auch als Verantwortlichen für das «arktische Paradox»: Die Erwärmung und das immer stärkere Abschmelzen des Eises würden es erlauben, Seewege und Ressourcen besser zu nutzen – was wiederum auf das Klima zurückwirke.

In der Folge ist nach Pauls Analyse ein Sicherheitsdilemma in der

Region entstanden: Aufgrund des Klimawandels sei die Arktis zum Austragungsort der Konkurrenz grosser Mächte geworden. Hinzu kämen russische Militäraktivitäten, die europäische Nato-Staaten im Norden verunsichern und eine höhere Präsenz von amerikanischen Streitkräften bewirken würden, was Russland wiederum in seiner Bedrohungswahrnehmung bestärke.

Paul weist darauf hin, dass die Arktis zwar erst seit wenigen Jahren wieder ein sicherheitspolitisches Thema sei. Gleichwohl seien strategische und militärische Erwägungen seit dem Ende des – alten – Kalten Krieges nie ganz verschwunden. Allein schon aufgrund ihrer Lage bleibt die Arktis in Pauls Augen von hoher Bedeutung für Russland und die USA, die in der Beringstrasse nur 85 Kilometer voneinander entfernt sind. Und angesichts der erneut auch atomaren Drohungen aus Moskau

erinnert Paul daran, dass die russischen und amerikanischen Interkontinentalraketen bei einem nuklearen Schlagabtausch ihren Kurs über das Nordpolarmeer nähmen.

Eine zerschlagene Hoffnung

Ähnlich wie auf den Hauptschauplätzen des neuen kalten Krieges in Europa und Asien hat es auch bezogen auf die Arktis in den 1990er Jahren Hoffnung auf eine andauernde Ära der Kooperation zwischen Ost und West gegeben. Das 21. Jahrhundert hätte nach Pauls Einschätzung sogar die «Ära der Arktis» werden können. Aber stattdessen kehrte spätestens seit Beginn der 2020er Jahre die Rivalität grosser Mächte zurück, militärisch wie ökonomisch.

Dabei gehen die politischen Konflikte und Spannungen der jüngsten Zeit nur zu einem kleinen Teil von der Arktis selbst aus. Wie Paul schreibt, kommen sie grösstenteils von aussen – gleichsam als geopolitischer Kollateralschaden der Konkurrenz zwischen China, Russland und den USA. Denn die Arktis sei aus verschiedenen Gründen bedeutsam, um den eigenen Einfluss zu sichern oder zu vergrössern.

Washington habe sie als «Arena» im Machtkampf identifiziert und wolle den Status quo erhalten. Moskau wolle sie als Ressourcenbasis nutzen, um seine Rolle als Grossmacht auszubauen. Und Peking wolle sie für den Aufstieg zur Weltmacht instrumentalisieren. Diese unterschiedlichen Ziele spiegeln sich laut Paul auf beispielhafte Weise im jeweiligen Umgang mit den Schifffahrtswegen: Die Amerikaner wollen freie Routen, die Russen wollen den Zugang begrenzen.

Unvergessen bleibt die spektakuläre Aktion Russlands, bei der 2007 eine russische Flagge in über viertausend Metern Tiefe auf den Meeresboden am Nordpol gesetzt wurde – verbunden mit Moskaus Erklärung, die Arktis sei russisch. Ob diese Flagge auch einmal feierlich eingeholt werden wird?

Robert Kindler: Robbenreich. Russland und die Grenzen der Macht am Nordpazifik. Hamburger Edition, Hamburg 2022. 460 S., Fr. 56.90.

Michael Paul: Der Kampf um den Nordpol. Die Arktis, der Klimawandel und die Rivalität der Grossmächte. Herder-Verlag, Freiburg im Breisgau 2022. 287 S., Fr. 28.90.

Echt sind nur die Royals

Prinz Charles tritt in der seit bald vierzig Jahren laufenden Serie «East Enders» auf – just zum Thronjubiläum von Queen Elizabeth

MARION LÖHNDORF, LONDON

Seit einer gefühlten Ewigkeit erzählt die Endlosserie «East Enders» aus dem britischen Alltag. Genau gesagt: seit dem Jahr 1985 und mehr als 6000 Episoden. Die Strassen, in denen die «East Enders» leben, die Geschäfte und das Pub, das schon viel gesehen hat, sind erfunden, ebenso die Charaktere. Aber die Serie läuft schon so lange und ist so nah an der Wirklichkeit, dass es manchmal wie Reality-TV wirkt.

Pünktlich zum Platin-Kronjubiläum der Queen wurde es noch lebensechter. Bei einem Strassenfest in der Folge, die ebenjenes Jubiläum feiert, das gerade England kopfstehen lässt, kommt der künftige König von England mit seiner Frau bei den «East Enders» vorbei, um Hände zu schütteln und für etwas Smalltalk. Die Menschen geraten vor Begeisterung ausser sich: Wenn sie per Hofknicks in die Knie gehen, sehen sie aus, als würden sie augenblicklich in Ohnmacht fallen. Es sind wirklich Charles und Camilla!

Die Serienfiguren überschlagen sich mit Gesten der Überraschung («Ich zittere!») «Ich kann es nicht glauben!»). Anders als die Fernsehzuschauer, die sich schon vor Wochen durch Zeitun-

gen und das Fernsehen seelisch auf den prinziplichen Auftritt vorbereiten konnten. Die Tatsache, dass hier zwei Menschen als sie selbst in Erscheinung treten, wenn auch in königlicher Rolle, wird durch die Anwesenheit von Imitatoren berühmter britischer Pop-Musiker beim Strassenfest noch betont. Shirley Bassey, David Bowie, Amy Winehouse und andere sind fake, Charles und Camilla aber «the real thing».

Auf diese Weise tut die Serie das, worin England besonders gut ist: sich selbst und seine Idole feiern. Und behaupten, dass auch Charles und Camilla Ikonenpotenzial haben. Zugleich ruft sich Charles durch den vielbeachteten Auftritt als Nachfolger seiner betagten Mutter ins Gedächtnis, die sich am Morgen des Ausstrahlungstermins der Episode auf dem Balkon von Buckingham Palace so grandios feiern liess.

Das nicht mehr so arme Viertel

Schon in der Vergangenheit wanderte die Wirklichkeit gelegentlich in die Kulissen von «East Enders». Auch Grossbritanniens Premierminister Boris Johnson, damals noch Bürgermeister von London, aber schon sehr öffentlichkeitsbewusst, hatte 2009 einen Gast-

auftritt, in dem er sich selbst darstellte. In der Serie landet Johnson nach einer Velopanne im fiktiven Queen-Victoria-Pub und trinkt ein Pint Bier. Die Pub-Besitzerin, die kurz zuvor in der Episode noch über Johnson gelästert hat, verfällt seinem Charme augenblicklich – so wie ja auch später das ganze Land (für einige Jahre).

Die Anziehungskraft der Serie, als deren Äquivalent im deutschsprachigen Raum die «Lindenstrasse» gilt, ist ihre scheinbare Authentizität. Die Charaktere kommen, gehen, und manche bleiben und werden vor den Augen der Zuschauer alt. Nur der Schauplatz bleibt derselbe: ein fiktives Viertel im Londoner East End, einer klassischen Einwanderer- und Arbeitergegend, die seit weit über hundert Jahren von einer besseren Zukunft träumt. In der Wirklichkeit nagt die Gentrifizierung zwar bereits mächtig am Armutsmythos, in der Serie ist vom urbanen Chic aber noch nicht viel zu sehen. Obwohl sonst vieles dem Leben nachgebildet ist. Der zentrale Platz, Albert Square, folgt den Umrissen eines echten Platzes in London.

Hier wird zu Geschichten gebündelt, was in den Nachrichten vorkommt, hier werden gesellschaftliche Themen verhandelt, denen die Serienmacher das In-

teresse des Publikums zuschreiben. Im Grunde aber geht es dabei immer um eines, um zwischenmenschliche Beziehungen. Es wird gelogen und betrogen, geliebt und gelitten, vor allem aber Letzteres. «East Enders» ist keine Wohlfühlserie im eigentlichen Sinne; es sei denn, man zählte das erleichterte Empfinden dazu, das sich nach der Sichtung einer oder mehrerer Folgen einstellen kann: es im eigenen Leben doch deutlich besser getroffen zu haben.

Besuch steht in einer Tradition

Trotzdem – oder gerade deswegen – haben sich die Royals die «East Enders» für ihr schauspielerisches Debüt ausgesucht. Die britische Tageszeitung «The Independent» bemerkte spitz, dass Charles' Leben in gewisser Weise ja auch einer Soap-Opera gleiche, mit Affären, einer vieldiskutierten Scheidung, dramatischen Todesfällen und streitenden Kindern.

In Wirklichkeit mag dem Königssohn der Besuch der Queen am Drehort der Serie vor einigen Jahren in den Sinn gekommen sein. Oder der berühmteste königliche Termin im wirklichen East End, der von Charles' heiss geliebter Grossmutter, der Queen

Mum, im Zweiten Weltkrieg absolviert wurde. Sie weigerte sich damals, das bombardierte London zu verlassen, und besichtigte stattdessen mit ihrem Mann, King George VI, das schwer beschädigte Arbeiterviertel. Der Besuch trug dem Königspaar grosse Sympathien ein.

Auch wenn das heutige East End kein Trümmerhaufen mehr ist, ruft das Erscheinen des Prinzenpaares diese Begebenheit in Erinnerung, und wohl nicht zufällig, da sich das Königshaus auf Symbole versteht. Hier wie dort demonstrierte man Volksnähe. Natürlich hat die Erscheinung der Royals auch etwas Märchenhaftes. Zugleich dokumentiert sie eine höchst undemokratische soziale Fallhöhe, vom Prinzen und den ihn anhimmelnden ärmlichen Untertanen.

Davon aber wollte die Episode, die mit Fähnchen und dem Union Jack auf jeder denkbaren Oberfläche vor allem das Königreich feierte, nichts wissen. Zum seligen Abspann jedenfalls mischte sich die Erkennungsmelodie der Serie mit der englischen Nationalhymne, und alle hoben ihr Glas zum Toast auf das Platin-Jubiläum der Queen. Wie die Menschen im ganzen Land zu jener Stunde im richtigen Leben.

«Manchmal muss man Menschen schützen, auch mit Gewalt»

Daniel Cohn-Bendit beschäftigte sich lange nicht mit seinem Jüdischsein. Jetzt erklärt er sich in einem Dokumentarfilm. Im Gespräch mit Andreas Scheiner verteidigt der Grünen-Politiker Waffenlieferungen an die Ukraine und erläutert sein gespaltenes Verhältnis zu Israel

Daniel Cohn-Bendit, ganz banal gefragt: Sind Sie Jude?

Ja. Ich bin Jude. Was auch immer das heisst. Mein Bruder sagte kategorisch: «Ich bin nicht Jude.» Aber meine Frau, die nicht jüdisch ist, fand, ich könne das nicht sagen, damit würde ich es mir zu einfach machen. Denn wieso würde ich sonst so stark auf manche Dinge reagieren?

Was für Dinge?

Am stärksten war es beim Bosnienkrieg: Ich sah, mitten in Europa, Menschen in einem Konzentrationslager. Es waren Muslime, aber als Jude habe ich darauf heftig reagiert. Das Jüdische an mir ist eine bestimmte Idee von Gerechtigkeit, gegen Formen von Unterdrückung. Das berühmte Foto des Jungen, der aus dem Ghetto kommt – irgendwann hat sich in mir der Gedanke festgesetzt: Dieses Kind hätte ich sein können.

Und beim Bosnienkrieg ...

... war ich so sauer auf die deutschen Grünen mit ihrem «Krieg führt nur zu Krieg». Manchmal muss man Menschen schützen, auch mit Gewalt. Heute höre ich wieder diese Debatten in Deutschland, die Gruppe um Alice Schwarzer. Oder Habermas. Ich habe den Eindruck: Die wünschen sich insgeheim, dass Selenski so wird wie Pétain. Ein Land wird geteilt, man unterwirft sich. Nein, es gibt Momente, in denen Krieg einfach notwendig ist. Meine Eltern haben mich gezeugt nach der Landung der Alliierten in der Normandie, ich bin 1945 geboren. Wenn die Pazifisten sagen, Krieg bringe nichts Gutes, sage ich: «Einspruch, Euer Ehren. Ohne die Alliierten – und sie kamen nicht etwa mit der Fliegenklatsche – wäre ich nicht geboren.»

Haben die Grünen ihre Lektion gelernt?

Ja, Bosnien war entscheidend. Mein guter Freund Joschka Fischer und ich haben uns unheimlich gestritten am Anfang! Ich habe gesagt: «Wenn heute 68 wäre, würden wir jetzt für eine militärische Intervention in Bosnien demonstrieren.» Joschka hat sich aufgeregt: «Würdest du deinen Sohn hinschicken?» Ich sagte: «Er würde selber entscheiden. Aber stell dir vor: Dein Sohn hat sich entschieden, Feuerwehrmann zu sein, und es brennt im Hochhaus. Würdest du ihm verbieten, hochzugehen?» Joschka hat lange gezögert: Was kann man dieser pazifistischen Partei zumuten? Mir war das egal. Beim Sonderparteitag bin ich ausgepiffen worden. Aber nach Srebrenica hat Joschka gesagt: Jetzt ist Schluss.

Heute sind die Grünen für Waffenlieferungen an die Ukraine.

Allerdings war Robert Habeck schon letztes Jahr im Mai in der Ukraine und hat Waffen gefordert. Da waren wir noch ganz wenige, die ihn unterstützt haben. Annalena Baerbock war dagegen, die Medien waren entsetzt. Aber ja, doch, die Grünen sind schon gut. Habeck wird noch Kanzler.

Meinen Sie?

Wenn es noch drei Jahre so läuft, bin ich gespannt auf die Auseinandersetzung Merz gegen Habeck.

Sind Sie eigentlich dank Israel zum «Realo» geworden?

Nein, das hat mit Frankreich zu tun. De Gaulle gegen Pétain: Man muss Widerstand leisten. Aber klar: Die Israeli müssen um ihren Staat, ihren Traum kämpfen. Gleichzeitig muss man auch die Tragödie der andern verstehen. Die Nakba, die Katastrophe, wie die Palästinenser sagen.

Wann waren Sie das erste Mal in Israel?

Mit 17. Es war ein Wunsch meiner Mutter. Ich ging in einen Kibbuz. War nett.

Und später? Fühlt sich Israel an wie ein Nachhausekommen?

Überhaupt nicht. Ich fahre gerne hin. Aber ich bin danach immer völlig fertig. Es ist jedes Mal sehr kompliziert. Einmal, in den frühen siebziger Jahren, veranstalteten Studenten einen grossen Friedenskongress, Sartre war eingeladen, Marcuse. Ich habe die Leute vor den Kopf gestossen, weil ich für eine Zweistaatenlösung einstand. In «Maariw» kam ein Leitartikel: Das ist der kleine Cohn, der de Gaulle gestürzt hat, unser Held, wenn er aber Unsinn sagt, können wir ihn genauso rausschmeissen, wie ihn Frankreich 1968 rausgeschmissen hat. Bei Radio Kairo war ich schon bei meiner Ankunft «der Zionist». Andere stellten mich in die Ecke: Das sind die Juden, die uns wieder nach Auschwitz bringen wollen. Dabei bin ich weder Antizionist noch Zionist. Ich bin Azionist.

Will heissen?

Ich muss nicht nach Israel, es geht nicht um mich. Aber: Eine Einstaatlösung ist Unsinn. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Juden in einem Staat leben wollen, in dem sie zur Minderheit werden. Dann brauchen sie nicht nach Israel zu gehen. Ich verstehe, dass die Leute nach der Shoah sagten: Wir wollen jetzt einen Staat für uns, wo wir in der Mehrheit sind. Das heisst aber nicht, dass diese Mehrheit dann so agieren soll, wie sie jetzt agiert. Jedes Mal, wenn ich in Israel bin, versucht man mich zu überzeugen: Eigentlich käme ich doch nach Hause.

Franzosen wandern en masse nach Israel aus.

Sie haben Angst vor dem muslimischen Antisemitismus. Aber mehr als ein Drittel ist schon wieder zurück in Frankreich. Geld verdienen ist nicht so einfach in Israel.

Weshalb tut sich die Linke so schwer damit, den muslimischen Antisemitismus zu benennen?

Weil für einen Teil der Linken in ihrer Dritte-Welt-Ideologie die Unterdrückten heute die Palästinenser sind. Was ja auch nicht ganz falsch ist. Israel verhält sich in den besetzten Gebieten wie eine Kolonialmacht.

Wie, konkret, könnte es sich anders verhalten?

Es könnte die Besetzung aufgeben.

Es hat Gaza aufgegeben, was ist passiert?

Man hätte mit der Fatah verhandeln müssen, wie man das einfädelt. Sharon ist einfach weggegangen. Es gibt niemanden in Israel, der wirklich eine Lösung will.

Ja, und bei den Palästinensern?

Marek Edelman, der Kommandeur des Aufstands im Warschauer Ghetto, hat einmal in der «New York Times» einen offenen Brief an Israeli und Palästinenser veröffentlicht, zu den Israeli hat er gesagt: Ihr müsst verstehen, dass die Palästinenser genauso für ihren Staat kämpfen wie ihr damals für euren. Den Palästinensern hat er gesagt: Wir haben im Ghetto gegen die Wehrmacht und die Nazis gekämpft, wir haben nie Frauen und Kinder angegriffen. Nie.

Ihre Eltern sind aus Nazideutschland geflohen.

1933. Aus politischen Gründen zwar, mein Vater war Anwalt der Roten Hilfe. Aber dann mussten die Eltern in Frankreich zum Teil versteckt leben.

Hat die Flucht etwas gemacht mit dem Judentum Ihrer Eltern?

Natürlich. Mein Bruder sagte immer: Der Vater ist als Linker in die Emigra-



«Ich bin weder Antizionist noch Zionist. Ich bin Azionist», sagt der deutsch-französische Publizist und Politiker Daniel Cohn-Bendit.

MARKUS HINTZEN / LAIF

«Das Jüdische an mir ist eine bestimmte Idee von Gerechtigkeit, gegen Formen von Unterdrückung.»

Yesh – vielschichtige jüdische Filmwelt

sca. · Es gibt unzählige Judentümer, Daniel Cohn-Bendit sucht seines: Die Doku «Wir sind alle deutsche Juden» führt den 77-jährigen Europapolitiker ins Heilige Land. Mit der Kamera begleitet hat ihn sein Stiefsohn, der Filmemacher Niko Apel. Die beiden haben ein breites Spektrum von Leuten getroffen, unter ihnen eine liberale Rabbinerin, den Ex-Chef des Inlandsgeheimdienstes, eine redengewaltige Orthodoxe auch. Israel zeigt viele Facetten, Cohn-Bendit genauso: Das einfühlsame Doppelporträt dürfte sich gut einreihen in das Programm des jüdischen Filmfestivals Yesh! (Zürich, 9. bis 16. Juni), das vom Eröffnungsfilm, der romantischen Komödie «Sublet», bis zum israelischen Oscar-Beitrag «Let It Be Morning» und dem Cannes-geprüften Animationsfilm «Where Is Anne Frank» vielschichtiger die Judentümer nicht abbilden könnte.

tion und kam zurück als Jude. Aus dem politischen Flüchtling wurde ein jüdischer Flüchtling.

Der Vater blieb trotzdem Atheist. War die Mutter religiös?

Heute würde man sagen: softreligiös. Ab und zu besuchte sie die Synagoge. Sie hätte auch gerne gesehen, dass ich Bar Mizwa mache oder in den Hashomer Hatzaïr gehe.

Die sozialistisch-zionistische Jugendorganisation.

Ich wollte nicht in Uniform herumlaufen. Bin dann nur zwei Wochen geblieben.

War die Flucht aus Nazideutschland, war die Shoah ein Thema zu Hause?

Wie in fast allen jüdischen Familien: eigentlich nicht. Was Thema war: Mein Vater konnte in Frankreich nicht als Anwalt arbeiten, deshalb wollte er zurück nach Deutschland. Meine Mutter wäre gerne nach Israel gegangen, sie war eine linke Zionistin. Aber das kam für meinen Vater nicht infrage.

Er ging nach Deutschland, die Mutter kam 1958 mit Ihnen nach.

Ja, meine Eltern waren getrennt. Als mein Vater sehr krank war, beschloss meine Mutter, ihn zu pflegen.

Sie waren 13 Jahre alt. Mit welchen Gefühlen gingen Sie nach Deutschland?

Ich war unheimlich traurig. Mit sieben oder acht war ich schon einmal auf Besuch gewesen bei meinem Vater in Deutschland, und ich erinnere mich, wie mein Bruder und ich durch die Strassen gingen und Leute musterten: «Nazi», «kein Nazi», «Nazi» ... Als wir dann nach Deutschland zogen, habe ich

im Zug nach Frankfurt die ganze Nacht geweint. Ich wollte nicht in eine deutsche Schule. Nicht in eine «Nazischule». Ich kam dann in die Odenwaldschule, die später so ein furchtbares Ende nehmen sollte. Aber ich habe mich sehr wohl gefühlt.

Die Vorfälle von sexuellem Missbrauch ...

Gab's nicht damals.

Gab's nicht, oder Sie haben sie nicht mitgekriegt?

Nein, gab's nicht. Die Berichte beginnen in dem Jahr, nachdem ich Abitur gemacht habe. Unfassbar. Man bekommt das mit den eigenen schönen Erinnerungen kaum zusammen.

In einem Buch von 1975 haben Sie erotische Spiele mit Kindern beschrieben. Sie haben das längst bedauert. Aber hat Ihnen damals ein moralisch-religiöser Kompass gefehlt?

Moralischer Kompass ja, religiöser nein. Das war so ein Provokationsbedürfnis. Ein bisschen wie bei den Surrealisten. In der Provokationslust hat eine moralische Selbstreflexion gefehlt. Eine religiöse nicht. Es gibt Moral ohne Religion.

Löste der frühe Verlust der Eltern eine Hinwendung zur Religion aus bei Ihnen?

Nein. Aber die körperlichen Schwächen meiner Eltern hatten auch mit der Flucht, der Verfolgung zu tun. Bei meinem Vater war es Krebs, meine Mutter ist an einem Herzinfarkt gestorben. Sie waren körperlich gezeichnet. Fragen zu meinem Judentum begann ich mir erst spät zu stellen.

1968 waren Sie aber fast schon zu einer Art jüdischen Galionsfigur geworden, bei der Studentenrevolte in Paris skandierten die Leute für Sie: «Wir sind alle deutsche Juden.»

Ich war ja nicht dabei. Man hatte mich ja aus Frankreich ausgewiesen. Aber emotional war das ein unfassbar schöner Moment, Christen, Muslime, Schwarze, Weisse sagten: «Wir sind deutsche Juden, Dany ist einer von uns.»

Aber fühlten Sie sich nicht instrumentalisiert als Jude?

Ich war nicht instrumentalisiert. Sie haben sich mit mir identifiziert, ich war der Lautsprecher. Mit meinem Lachen war ich die Sonne dieser Bewegung, dieser lachende Till Eulenspiegel.

Dann aber schlug die Bewegung um in eine israelkritische, antisemitische.

Ja, es war so ein Moment von: Verweile doch, es war so schön. Es hat nicht angehalten. Es kam das Ideologische, das Maoistische, das Dummliche. Die Bewegung ist zerfallen in ideologische Sekten. Sie waren nicht fähig, zu sehen, was Israel bedeutet und was man an Israel ablehnen kann. Das ist bis heute so. BDS. Ich halte BDS für falsch und totalitär. Produkte aus dem besetzten Gebiet boykottieren, darüber kann man nachdenken. Aber Intellektuelle und Künstler? Das ist totalitär.

«Wir sind alle deutsche Juden» scheint weit weg.

Ja. Ich bin ja damals illegal nach Paris gefahren, kam mit schwarz gefärbten Haaren an die Uni, habe die Sonnenbrille abgenommen, und es gab tosen den Beifall. Plötzlich versammelten sich im Hof der Sorbonne 30 000 Leute.

Ihr persönlicher Rockstar-Moment?

Dann skandierten sie: «Grenzen sind uns scheisseegal, wir überwinden alle, wir wollen eine andere Welt.» Ja, es war ein Moment von Rockstar.